

III-54 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP



**Perspektiven der europäischen Sicherheitsstruktur
und die Rolle Österreichs**

Parlamentarische Enquete

Donnerstag, 5. Oktober 1995

(Stenographisches Protokoll)

Gedruckt auf 70g chlorfrei gebleichtem Papier

Parlamentarische Enquête

Donnerstag, 5. Oktober 1995

(XIX. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

Perspektiven der europäischen Sicherheitsstruktur und die Rolle Österreichs

Dauer der Enquête

Donnerstag, 5. Oktober 1995: 9.09 – 13.18 Uhr

Tagesordnung

I. Einleitungsreferate von:

Dr. Franz Vranitzky, Bundeskanzler

Dr. Wolfgang Schüssel, Vizekanzler und Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

II. Impulsreferate von:

1. Robert Antretter, Stellvertretender Vorsitzender der WEU-Versammlung: „Die europäische Sicherheitsstruktur und die Westeuropäische Union“

2. Karsten Voigt, Vorsitzender der Nordatlantischen Versammlung: „Die europäische Sicherheitsstruktur und die NATO beziehungsweise die PFP“

3. Dr. Wilhelm Höynck, Generalsekretär der OSZE: „Die europäische Sicherheitsstruktur und die OSZE“

4. Universitätsprofessor Dr. Hanspeter Neuhold, Universität Wien, und

5. Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter, Universität Linz: „Intergouvernementale Kooperation – supranationale Zusammenarbeit – kollektive Sicherheit: Ideen für eine europäische Sicherheitsstruktur“

III. Diskussionsbeiträge

IV. Zusammenfassung von:

Dr. Werner Fasslabend, Bundesminister für Landesverteidigung

Mag. Brigitte Ederer, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt

Einleitungsreferate

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky	5
---	---

Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel	8
---	---

Impulsreferate

Robert Antretter	11
------------------------	----

Karsten Voigt	14
---------------------	----

Generalsekretär Dr. Wilhelm Höynck	17
--	----

Universitätsprofessor Dr. Hanspeter Neuhold	20
---	----

Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter	23
--	----

Geschäftsbehandlung

Vorsitzender Abg. Peter Schieder	43, 50
--	--------

Bundesminister Dr. Werner Fasslabend	50
--	----

Antrag im Sinne des § 98a Abs. 5 GOG, das Stenographische Protokoll dieser Enquête dem Nationalrat als Verhandlungsgegenstand vorzulegen	59
--	----

Annahme	59
---------------	----

Diskussionsbeiträge

Abg. Dr. Peter Kostelka	26
-------------------------------	----

Abg. Ingrid Tichy-Schreder	28
----------------------------------	----

Abg. Herbert Scheibner	29, 43
------------------------------	--------

Abg. Dr. Severin Renoldner	30
----------------------------------	----

Abg. Hans Helmut Moser	31
------------------------------	----

Abg. Anton Gaal	33
-----------------------	----

Abg. Dr. Karl Maitz	34
---------------------------	----

Abg. Mag. Johann-Ewald Stadler	35
--------------------------------------	----

Dr. Lutz Unterseher	36
---------------------------	----

Abg. Peter Schieder	37
---------------------------	----

Sektionschef DDr. Erich Reiter	38
--------------------------------------	----

Abg. Dr. Alfred Gusenbauer	40
----------------------------------	----

Universitätsprofessor Dr. Heinrich Schneider	41
--	----

Abg. Otmar Brix	42
-----------------------	----

DDr. Heinz Vecera	44
-------------------------	----

Abg. Mag. John Gudenus	45
------------------------------	----

Universitätsprofessor Johan Galtung	46
Abg. Günter Kiermaier	47
Bundesrätin Dr. Susanne Riess	48
Universitätsprofessor Dr. Egon Matzner	49
Dipl.-Ing. Hans Michael Malzacher	50
Brigadier Wolfgang Jung	52
Brigadier Wolfgang Plasche	53
Zusammenfassung	
Bundesminister Dr. Werner Fasslabend	54
Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer	57

Beginn der Enquête: 9.09 Uhr

Vorsitzende: Abgeordneter Peter Schieder, Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder.

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich und **eröffne** die Enquête.

Der Hauptausschuß des Nationalrates hat die Abhaltung einer parlamentarischen Enquête zum Thema: „Perspektiven der europäischen Sicherheitsstruktur und die Rolle Österreichs“ beschlossen.

Es soll den Teilnehmern die Möglichkeit geboten werden, ihre Vorstellungen zu diesem Thema einzubringen. Ich möchte Ihnen allen, insbesondere den aus dem Ausland angereisten Referenten, für Ihr Erscheinen sehr herzlich danken. Ich bin überzeugt davon, daß die einzelnen Diskussionsbeiträge interessante Anregungen für das österreichische Parlament darstellen werden.

Bevor ich das Wort an die Referenten weitergebe, möchte ich einige kurze Anmerkungen zur organisatorischen Gestaltung machen.

Die Enquête ist an sich nicht mit einer zeitlichen Begrenzung festgesetzt. Es besteht jedoch Einvernehmen, sie zwischen 12.30 Uhr und 12.45 Uhr zu beenden, sodaß nach dem kleinen Mittagsbuffet, das vorbereitet ist, das aber wirklich nur sehr klein ist, die Tagung um 13 Uhr abgeschlossen werden kann, damit die Fraktionen noch Zeit haben, sich auf den um 14 Uhr stattfindenden Außenpolitischen Ausschuß vorzubereiten.

Im Verlauf der Sitzung werde ich dann die stellvertretende Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder, ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen.

Die Einleitungsreferate werden vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Vizekanzler übernommen, denen im Anschluß die in der Tagesordnung vorgesehenen Impulsreferate folgen werden.

Als Dauer für die Einleitungsreferate sind 15 Minuten vorgesehen; Impulsreferate sind mit 10 Minuten begrenzt. Für jede weitere Wortmeldung sind 5 Minuten Redezeit vorgesehen. Mit Ihrem Einverständnis werden wir jemandem aus dem Kreis der Teilnehmer erst zum zweiten Mal das Wort erteilen, wenn nicht noch jemand zu Wort gemeldet ist, der das erste Mal sprechen wird.

Die Zusammenfassungen werden vom Bundesminister für Landesverteidigung sowie von der Staatssekretärin für Europafragen im Bundeskanzleramt nach Erschöpfung der Rednerliste vorgenommen werden.

Auf Ihren Plätzen liegen Zettel für eine mögliche Wortmeldung auf. Ich ersuche Sie, diese Zettel, wenn Sie vom Rederecht Gebrauch machen wollen, auszufüllen und den Mitarbeitern der Parlamentsdirektion, die neben mir sitzen, zu übergeben.

Die Referenten sprechen von ihren Plätzen aus. Die anderen Teilnehmer bitte ich, vom Rednerpult aus das Wort zu ergreifen – das aus dem Grund, weil nicht in allen Reihen Mikrophone sind und wir alle Diskutanten, die das Wort ergreifen wollen, gleich behandeln wollen.

Wenn Sie irgendwelche Wünsche oder Fragen haben, dann können Sie sie während der Veranstaltung selbstverständlich an die Parlamentsbediensteten, die hier sitzen, richten, die Ihnen gerne zur Verfügung stehen werden. – Soweit das Organisatorische.

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder**I. Punkt: Einleitungsreferate**

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Wir gehen in die Tagesordnung unserer Enquête ein, und ich ersuche den Herrn Bundeskanzler, mit der Einleitung und seinem Beitrag zu dieser Enquête zu beginnen. – Bitte, Herr Bundeskanzler.

9.14

Referent Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im subjektiven Sicherheitsempfinden unserer Bürger reichen die Probleme von der internationalen Kriminalität über das Risiko unsicherer Atommeiler in unseren östlichen Nachbarländern bis zur Proliferation moderner Waffentechnologien. Sie reichen von unkontrollierten Wanderungsbewegungen bis zu destabilisierenden Auswirkungen regionaler Konflikte und einer Welle eines ungezügelten neuen Nationalismus.

Das nüchterne Urteil der Fachleute führt uns dahin, daß Westeuropa und damit auch Österreich auf absehbare Zeit keiner unmittelbaren militärischen Bedrohung ausgesetzt sind und auch die in Europa ausgebrochenen innerstaatlichen oder regionalen Konflikte keine direkte militärische Gefahr darstellen.

Von einem breiten Sicherheitsverständnis ausgehend läßt sich folgendes sagen, was auch ein Teil der europäischen Integrationspolitik ist, nämlich daß die Sicherheitsprobleme von einem Land allein nicht gelöst werden können, sondern nur durch regionale, kontinentale Zusammenarbeit. Das heißt aber auch, daß ein solches breites Sicherheitsverständnis, das politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimensionen miteinschließt, impliziert, daß die allermeisten dieser Unsicherheiten nicht militärisch gelöst werden können, und damit relativiert sich auch der allfällige Beitritt zu einem Militärbündnis.

Gerade deshalb ist es für uns so wichtig gewesen, der Europäischen Union beizutreten, weil eine enge Zusammenarbeit die beste Grundlage dafür ist, unseren Bürgern ein Höchstmaß an Sicherheit zu erhalten, diese Sicherheit weiterzuentwickeln und mit den vielfältigen Herausforderungen noch besser fertigzuwerden. Dazu zählt innerhalb der Europäischen Union die sogenannte Dritte Säule, die auch Teil des EU-Vertrages ist, nämlich der Ausbau der inneren Sicherheit.

Von ebenso erheblicher Wichtigkeit ist die konsequente Unterstützung der Reformen in den Ländern Zentraleuropas und Osteuropas bis hin zu deren Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Ich meine, daß jeder Beitrag, mit dem wir Österreicher, wir EU-Mitglieder diesen Reformprozeß unterstützen, eine direkte Investition in unsere eigene Sicherheit und Stabilität ist.

Österreich hat sich mit dem Beitritt zur Europäischen Union zur aktiven Mitarbeit am Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems bekannt. Einige Aspekte seien herausgegriffen:

Sicherheit – ich sagte es schon – umfaßt mehr als militärische Sicherheit, und militärische Sicherheit geht wiederum weit über den Bereich der Verteidigung hinaus. Ich meine, daß es wichtig ist, die Begriffe immer wieder von neuem klarzustellen.

Zweitens stehen wir am Anfang eines sehr komplizierten und wohl über mehrere Jahre laufenden Prozesses, in dem es darum geht, noch sehr divergierende Meinungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Der Vertrag von Maastricht hat in diesem Zusammenhang eine sehr logische, eine sehr vernünftige Reihenfolge von Entwicklungsschritten festgelegt: Am Anfang dieses Prozesses steht die Definition und Verwirklichung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; diese sollte anschließend auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik umfassen; und diese wiederum könnte gegebenenfalls zu einer gemeinsamen Verteidigung führen.

Meiner Auffassung nach wird hier die einzige richtige Reihenfolge einer Diskussion zu diesem Thema dargelegt. Denn solange es keine funktionierende Außen- und Sicherheitspolitik, so lange es noch keinen Konsens über die gemeinsamen Zielsetzungen gibt – der Konflikt im ehe-

Referent Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky

maligen Jugoslawien oder der französische Alleingang bei den Atomversuchen haben dies mit aller Deutlichkeit gezeigt –, so lange ist es für ein Mitgliedsland, insbesondere für ein kleineres Mitgliedsland, nicht denkbar, seine Souveränität und seine autonome Entscheidungsfreiheit in einer so zentralen Frage wie der Verteidigung oder des Einsatzes seines Militärs aufzugeben.

Wir stehen mit dieser Überlegung selbstverständlich nicht allein, denn alle Mitgliedstaaten stimmen darin überein, daß Entscheidungen mit militärischen Auswirkungen auch in Zukunft nur einstimmig gefaßt werden können.

Trotzdem ist die laufende Sicherheitsdiskussion zu führen. Österreich hält diese für wichtig, hält sich nicht fern und ist auch über jeden Verdacht erhaben, diese Diskussion zu hemmen. Im Gegenteil, wir unterstützen die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; wir fördern die Diskussion über ihren Stellenwert und Inhalt; wir nehmen uns auch eines sehr wichtigen Themas an, nämlich des stufenweisen Übergangs zu Mehrheitsentscheidungen; wir unterstützen die Schaffung von Analyse- und Planungskapazitäten, die Stärkung des Ratssekretariats in außenpolitischen Fragen sowie eine bessere Koordination zwischen Erster und Zweiter Säule, um die außenpolitische Schlagkraft der Union zu stärken.

In diesem Zusammenhang erscheint mir der Aufbau von operativen Kapazitäten der Europäischen Union in den Bereichen Konfliktverhütung, Krisenmanagement, friedenserhaltende Operationen, Katastrophenschutz und humanitäre Einsätze als eine wichtige Ergänzung der Handlungsfähigkeit der Union.

Etwas unterbelichtet ist bisher der Inhalt der sogenannten Petersberger Aufgaben geblieben, und ich lege großen Wert darauf, das hier in meiner Einleitung, Herr Vorsitzender, unterstreichen zu können. Ich kann mir nämlich die Hereinnahme der Inhalte der Petersberger Erklärung als einen sehr realistischen Schritt im Rahmen der bevorstehenden Regierungskonferenz vorstellen, der auch die Unterstützung Österreichs finden sollte.

Ich halte eine Mitwirkung unseres Landes an solchen Maßnahmen schon deshalb für sinnvoll, weil diese laut der Petersberger Erklärung von 1992 im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen oder der OSZE durchgeführt werden sollen und jedes Land frei entscheiden kann, ob es an einer konkreten Operation mitwirkt oder nicht. Im übrigen erstrecken sich diese Aufgaben auf jene Bereiche, in denen Österreich schon bisher aktiv und erfolgreich mitgearbeitet hat.

Ich füge hinzu, daß diese operative Kapazitäten in der GASP vor allem auch im zivilen Bereich ausgebaut werden sollen. So wäre zum Beispiel zu überlegen, einen EU-Pool von Menschenrechts- und Wahlbeobachtern aufzubauen oder Vorkehrungen für gemeinsame Polizeieinheiten zu treffen, die für internationale Aufgaben eingesetzt werden können. Das hat ebenfalls einen sehr realen Hintergrund und baut auf Erfahrungswerten auf. Es wurden beispielsweise Mitglieder der österreichischen Sicheritsexekutive in Länder Asiens und Afrikas entsandt, um bei erstmaliger Abhaltung freier Wahlen wichtige Assistenz zu leisten. Legendar und bekannt sind beispielsweise auch die positiv eingeschätzten Aktivitäten österreichischer Exekutivbeamter und Bundesheerangehöriger bei der Abhaltung der ersten Wahl in Kambodscha.

Unser besonderer verfassungsrechtlicher Status legt diese Autonomie, diese Entscheidungsfreiheit auf eine gute Grundlage, und daher bitte ich einmal mehr – besonders aus diesem Aspekt –, unter den gegebenen Umständen die Neutralität hier nicht ins Gespräch zu bringen. Sie ist darüber hinaus auch ein inhaltlicher Auftrag, unsere bewährten internationalen Engagements für Frieden und Demokratie, für Menschenrechte und für Minderheitenrechte fortzusetzen und dafür auch die Möglichkeiten im Rahmen der Europäischen Union zu nutzen. Ich bin überzeugt davon, daß diese inhaltliche Ausrichtung nicht nur kein Widerspruch zu einer aktiven Mitarbeit am Aufbau funktionierender Sicherheitsstrukturen ist, sondern dazu auch wichtige Impulse geben kann.

Eines wollen wir nicht: Zur Schaffung neuer Trennungslinien, neuer Blöcke in Europa beitragen, wir wollen auch nicht dabeisein oder es in irgendeiner Weise unterstützen, daß Strukturen aufgebaut werden, die gegen andere Länder gerichtet sind. Anlässlich des Treffens der Regierungschefs in Mallorca am vergangenen Wochenende ist dieser Punkt sehr deutlich betont worden,

Referent Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky

vor allem vom deutschen Bundeskanzler Kohl und vom britischen Premierminister Major, aber auch von anderen. Das ist im Hintergrund die Diskussion über den künftigen Stellenwert einer europäischen Sicherheitszusammenarbeit mit Rußland. Niemand denkt daran, Rußland möge Mitglied der EU oder der WEU werden, aber auch niemand Vernünftiger denkt daran, irgend etwas zu unternehmen, um den Eindruck zu erwecken, eine Sicherheitsarchitektur **gegen** Rußland zu entwickeln – mit und nicht gegen Rußland geht es.

Es ist deshalb auch so wichtig, daß die sicherheitspolitischen Strukturen der Europäischen Union, wie ich sie skizziert habe, in ein umfassendes Sicherheitssystem eingebettet werden, das sich im übrigen nicht nur – Interessen während – in Richtung Osteuropa – da ist auch die Ukraine als ein ganz wichtiger Staat zu nennen – richtet, sondern ein solches Sicherheitssystem sollte im Grundsatz auch Nordamerika nicht exkludieren.

Sollte uns das alles nicht gelingen, meine Damen und Herren, dann könnte der Aufbau der westeuropäischen Strukturen – insbesondere wenn sie bloß auf den Bereich der militärischen Verteidigung eingeengt werden – in einer self-fulfilling prophecy zu einer neuen Trennlinie oder vielleicht sogar – was ich nicht hoffe – zu Konfrontationen in Europa führen, was angesichts der immer noch gegebenen Existenz nuklearer Waffen alles andere als hinzunehmen wäre.

Dieses umfassendere gesamteuropäische Sicherheitssystem sollte sich deshalb nicht auf den militärischen Bereich beschränken, sondern im Sinne des breiten inhaltlichen Sicherheitsbegriffes auf einer umfassenden Strategie der Zusammenarbeit aufgebaut sein.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich noch darauf hinweisen, daß eine solche Strategie natürlich auch die Fragen der Organisationen und der Institutionen nicht außer acht lassen kann. Die Aufgaben und die Handlungsfelder der einzelnen sollten so aufeinander abgestimmt werden, daß sie einander ergänzen und verstärken und nicht Duplizitäten hervorrufen. Das reicht vom strukturierten Dialog und den Assoziations- und Kooperationsabkommen der Europäischen Union mit den ehemaligen Oststaaten bis zum Europarat, der im Bereich der sogenannten demokratischen Sicherheit eine äußerst wichtige Aufgabe wahrnimmt.

Im Bereich der militärischen Sicherheit im weiteren Sinn muß man einmal mehr auch die OSZE in die Überlegungen einbeziehen. Ich glaube, daß wir uns in der Europäischen Union für eine Revitalisierung der OSZE einsetzen sollten, um dieser derzeit wichtigsten Klammer zwischen Ost und West zur Stärke zu verhelfen. Sie ist eine wichtige, sie ist eine objektive, sie ist eine gemeinsame Klammer – sie hat nur keine Schlagkraft.

Langfristig sollte auf die Einrichtung eines gesamteuropäischen Systems kollektiver Sicherheit hingearbeitet werden, das sich am ehesten aus der OSZE entwickeln könnte. Dieser Auffassung sind auch viele andere Regierungsvertreter in Europa. Voraussetzung für ein solches, zur Aufrechterhaltung des Friedens nach innen berufenes Systems ist eine weitgehende politische Kohärenz zwischen den Mitgliedern. Solange diese inhaltliche Kohärenz nicht gegeben ist, werden vorerst kooperative Sicherheitsstrukturen im Vordergrund stehen, wie sie bereits jetzt in der OSZE oder in der „Partnerschaft für den Frieden“ grundgelegt sind.

Österreich hat im letzten Jahr zukunftsweisende Schritte gesetzt, die eine aktive Mitarbeit an der Verwirklichung des ambitionierten europäischen Friedensprojekts möglich machen: Mitgliedschaft in der EU, Unterzeichnung des Schengener Abkommens, Beobachterstatus in der Westeuropäischen Union, Teilnahme an der „Partnerschaft für den Frieden“, Aufnahme als Mitgliedstaat der Genfer Abrüstungskonferenz.

All diese Maßnahmen erfordern natürlich umfangreiche inhaltliche Arbeiten, aber auch sehr viele strukturelle, materielle und personelle Anpassungen und Änderungen. Wir wollen uns natürlich darauf konzentrieren, daß nur gut begründete und nachvollziehbare Maßnahmen die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit finden.

Wir sollten auch unsere in der Verfassung verankerten sicherheitspolitischen Grundposition dazu nutzen, tragfähige Modelle zu entwickeln – im Interesse der Sicherheit Österreichs, aber auch Europas. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herr Bundeskanzler! Herzlichen Dank für Ihre einleitenden Worte.

Ich ersuche nun den Herrn Vizekanzler und Außenminister um sein Einleitungsreferat. – Bitte, Herr Vizekanzler.

9.28

Referent Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel: Danke schön, Herr Vorsitzender.

Die Union ist derzeit – pointiert formuliert – eigentlich nichts anderes als ein besserer Binnenmarkt mit Elementen, die darüber hinausgehen. Aber sie ist eigentlich nicht einmal ein vollendeter Binnenmarkt, denn es ist heute noch Ökodumping möglich, es ist heute noch Sozialdumping möglich, es ist Währungsdumping möglich, es gibt keine gemeinsame Außenpolitik, und es gibt keine gemeinsame Sicherheitspolitik.

Daher treten wir mit der im nächsten Jahr beginnenden Regierungskonferenz in eine ungeheuer spannende Diskussion ein, wie sich die Union zu einer vollen politischen Union weiterentwickelt, die all diese Elemente mit einschließt und lösen möchte.

Ich bin dem Hohen Haus sehr dankbar, daß es uns Gelegenheit gibt von seiten der Bundesregierung, den aktuellen Stand der österreichischen Überlegungen zur europäischen Sicherheitspolitik hier zu präsentieren. Ich tue das umso lieber, als ich unsere gemeinsame Europapolitik stets als angewandte Sicherheitspolitik verstanden habe.

Nach meiner festen Überzeugung hat die österreichische Bevölkerung auch deshalb ja zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union gesagt, weil sie damit nicht nur ökonomische Interessen im Auge gehabt hat – Investitionen, Arbeitsplätze, Preisvorteile –, sondern weil sie auch die sicherheitspolitische Dimension dieser Mitgliedschaft berücksichtigte. Sie hat ja gesagt, weil sie wollte, daß Österreich fest und dauerhaft in die einzige verlässliche Stabilitäts- und Sicherheitszone unseres Kontinents eingebunden ist. Die Bevölkerung hat erkannt, daß sich die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nur mehr durch gemeinsame europäische Anstrengungen umfassend bewältigen lassen und nicht dadurch, daß jeder in seiner Loge sitzt und beobachtend zur Kenntnis nimmt, was sich unten auf der Bühne der europäischen beziehungsweise der Weltpolitik abspielt.

Den Begriff „umfassende Anstrengungen“ möchte ich besonders betonen. Derzeit ist sicherlich nur die Europäische Union in der Lage, mit den vielen nichtmilitärischen Bedrohungen, auf die der Bundeskanzler, glaube ich, zu Recht hingewiesen hat, mit denen Europa heute konfrontiert ist, fertigzuwerden. Die grenzüberschreitenden ökologischen Gefahren, die Gefahr unkontrollierter Migrationswellen, die Auswüchse einer rapide zunehmenden internationalen Kriminalität – das kann nur gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigt werden.

Eine überragende sicherheitspolitische Bedeutung kommt daher – ich glaube, das ist die gemeinsame Auffassung der Bundesregierung – der Erweiterung der Europäischen Union um die Reformländer Zentral- und Osteuropas zu, einer Erweiterung, welche unsere Nachbarn an der friedensschaffenden Kraft einer starken und entscheidungsfähigen Europäischen Union teilhaben lassen sollte.

Zur umfassenden Sicherheit – das sage ich aber auch sehr klar und eindeutig – gehört für uns auch die äußere militärische Komponente. Natürlich ist es richtig, daß ein großer kontinentaler Konflikt seit der historischen Wende 1989 sehr unwahrscheinlich geworden ist, spätestens seit 1991 haben wir aber erfahren müssen, daß gerade auch Österreich an den Rand einer gefährlichen regionalen sicherheitspolitischen Bebenzone geraten kann.

Ich meine, daß die tragischen Ereignisse auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien unterstreichen, wie sehr wir daran interessiert sein müssen, daß Europa so bald wie möglich über

Referent Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel

funktionierende Sicherheitsstrukturen verfügt, die Europa wirksam vor Rechtsbrechern, vor Aggressoren schützen und in die auch wir dann voll und gleichberechtigt eingebunden sind.

Weil wir solche Sicherheitsstrukturen wollen, hat sich Österreich mit seinem EU-Beitritt zu der im Maastrichter Vertrag verankerten Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik verpflichtet und hat überdies auch die Schlüsselrolle akzeptiert, welche der Westeuropäischen Union – wörtliches Zitat – „als integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union“ zukommt.

Das war auch der Grund, warum wir zeitgleich mit unserem EU-Beitritt Beobachter bei der Westeuropäischen Union geworden sind. Wir haben diesen Schritt auch deshalb gesetzt, weil sich die WEU mit den sogenannten Petersberg-Missionen ein neues Instrumentarium für die Aufgaben des Krisenmanagements, für friedenserhaltende und -schaffende Einsätze und für humanitäre Aktionen und für die Maßnahmen des Katastrophenschutzes geschaffen hat.

Wir glauben, daß diese Entwicklung den neuen sicherheitspolitischen Erfordernissen auf bemerkenswerte Weise Rechnung trägt. Die Erfahrung der Balkantragödie zeigt uns doch, daß die entscheidende Herausforderung, der sich das gemeinsame Europa derzeit stellen muß, eben nicht der klassische Allianzfall ist, wie er in der NATO oder im Artikel 5 des Vertrages der Westeuropäischen Union festgelegt ist, sondern aktives Krisenmanagement in benachbarten Regionen erfordert, weil deren Instabilität ansonsten auch auf uns übergreifen könnte.

Wir müssen betrübt feststellen, daß heute gerade in diesen Aspekten ein ungeheures Defizit vorherrscht. Daher ist es folgerichtig, daß man sich im Rahmen der Regierungskonferenz, im Rahmen der Diskussion in allen Organen auf Staatschefsebene, auf Außenministerebene innerhalb der Europäischen Union auf die Behebung dieser Defizitbereiche konzentriert.

Daher werden die Zukunft der Westeuropäischen Union und ihr künftiges Verhältnis zur Europäischen Union auch das zentrale sicherheitspolitische Thema sein, mit dem sich die bevorstehende Regierungskonferenz zu befassen haben wird. Dieses Thema stellt sich auch deshalb, weil ja mit Ende 1998 den Mitgliedern der Westeuropäischen Union eine einseitige Kündigungsmöglichkeit für den WEU-Vertrag eingeräumt worden ist.

Es ist offenkundig – das ist der gegenwärtige Diskussionsstand innerhalb der EU –, daß viele Mitglieder der Union längerfristig für eine Verschmelzung, für ein Aufgehen der Westeuropäischen Union in der Europäischen Union eintreten. Der bisherige Gang der Beratungen läßt allerdings den Schluß zu, daß die Westeuropäische Union vorerst als eigenständige Organisation erhalten bleibt. Zugleich sind aber Bemühungen im Gange, die Westeuropäische Union zumindest für den schon mehrmals genannten Bereich der Petersberg-Mission – also Krisenmanagement, Peace-keeping, Katastrophenschutz, humanitäre Einsätze – ausdrücklich politischen Richtlinien oder Instruktionen der Europäischen Union zu unterstellen.

Ich bin überzeugt davon, daß es aus österreichischer Sicht wünschenswert wäre, wenn es zu einer solchen Annäherung der Europäischen Union und der Westeuropäischen Union käme. Wir werden daher auch als österreichisches Mitgliedsland innerhalb der Regierungskonferenz dafür eintreten, daß die Union die Möglichkeit bekommt, der WEU konkrete Aufträge in diesen Bereichen zu erteilen, daß also die WEU für diese Aktionen gleichsam zum operationellen Arm der Union wird. Eine solche Entwicklung kann von Österreich als Mitglied der Union und als Beobachter bei der Westeuropäischen Union auch voll mitgetragen werden.

Meine Gespräche im Rahmen der EU haben mich überdies die Überzeugung gewinnen lassen, daß eine solche Entwicklung derzeit jedenfalls von der überwältigenden Mehrheit der EU-Staaten als sinnvoller und notwendiger nächster Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik angesehen wird.

Dieser konkrete nächste Schritt ist umso wichtiger, als die Entwicklung umfassender und funktionsfähiger Sicherheitsstrukturen sicher nur im Rahmen eines längerfristigen, etappenweisen Prozesses erfolgen kann, eines Prozesses, der außerdem in einem größeren geo-

Referent Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel

graphischen Rahmen als in jenem der heutigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu sehen ist.

Hier denke ich auch – genauso wie mein Vorredner – an die OSZE. Ich bin mir wohl bewußt, daß die Möglichkeiten dieses Forums aus strukturellen Gründen begrenzt sind. Man soll sich hier auch keinen Illusionen hingeben. Trotzdem ist aus österreichischer Sicht die OSZE unverzichtbar, schon deshalb, weil sie den einzigen gesamteuropäischen Rahmen für einen wirklichen sicherheitspolitischen Dialog mit Rußland bietet und weil ein stabiles Rußland, eingebunden in Diskussionen und eingebunden in Aktionen, ein essentieller Faktor für Frieden und Sicherheit in Europa ist.

Andererseits denke ich aber auch an die NATO. Natürlich hat sich auch die Rolle der NATO seit dem Ende des Ost-West-Konflikts grundlegend gewandelt. In den mehr als 40 Jahren des Kalten Krieges hatten die Verteidigungsanstrengungen dieser Allianz für jenes strategische Gleichgewicht gesorgt, das die Sicherheit des demokratischen Europa und letztlich auch die des neutralen Österreich gewährleistet hat.

Heute ist dieses Zeitalter der Konfrontationen – ich füge hinzu: hoffentlich! – vorbei, und die NATO hat darauf reagiert, indem sie mit dem nordatlantischen Kooperationsrat, der „Partnerschaft für den Frieden“, neuartige gesamteuropäische Netzwerke der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit entwickelt hat. Wenn man so will: Die NATO von heute, ich sage: mehr noch die NATO der Zukunft wird eine völlig andere NATO sein, mit weitaus umfassenderen Themenstellungen, als dies in der Vergangenheit, in den letzten Dekaden, der Fall gewesen ist.

Auch Österreich ist in diese Kooperation seit Februar 1995 durch ein Rahmenprogramm „Partnerschaft für den Frieden“ eingebunden, und wir wollen und werden die Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit bestmöglich nützen, insbesondere im Bereich der Friedenserhaltung, der humanitären Einsätze und der Katastrophenhilfe.

Übrigens sollte hinzugefügt werden, daß – für jene, die immer, so wie ich ja auch, den umfassenden Sicherheitsbegriff im Munde führen – eigentlich die einzige Organisation, die da wirklich spezifische, höchstinteressante Aktionen angeboten hat, die NATO mit den Partnerschaftsprogrammen ist, die sehr wohl ökologische Katastropheneinsätze oder soziale Entschärfung von Spannungen, etwa im Bereich der Wissenschaften, die früher für die Rüstungsindustrie tätig gewesen sind, anbietet wie kaum andere Organisationen.

Meine Damen und Herren! Alle Mitglieder der Union sind sich freilich auch darin einig, daß die Sicherheitsinteressen Europas und Nordamerikas weiterhin im Rahmen der atlantischen Allianz verklammert bleiben müssen. Es sei auch daran erinnert, daß die NATO all jenen Staaten, die an der „Partnerschaft für den Frieden“ teilnehmen – auch Österreich –, vor wenigen Tagen eine neue Studie zur Frage der NATO-Erweiterung übergeben hat. Wir stehen natürlich gerne und auch offen für die Diskussion über die Konsequenzen dieser Studie zur Verfügung.

Konkrete Beitrittskandidaten werden in diesem Dokument nicht genannt. Verschiedene Formulierungen, zum Beispiel der Hinweis, daß eine NATO-Erweiterung zur Unterstützung demokratischer Reformprozesse in den Beitrittsländern beitragen könnte, lassen aber erkennen, daß sich diese Studie primär an die Reformländer Zentral- und Osteuropas richtet, die ihr nachhaltiges Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft auch schon wiederholt bekundet haben.

Wir glauben, daß eine solche Erweiterung der Allianz eine souveräne Angelegenheit der jeweiligen Mitglieder und der beitrittswilligen Staaten ist. Weil die Sicherheit Europas unteilbar ist und weil Österreich durch Jahrhunderte und Jahrtausende an einer Kreuzung zwischen Nord und Süd, West und Ost liegt, sind wir an allen Entwicklungen interessiert, welche die Sicherheit und Stabilität unserer Nachbarn in Zentral- und Osteuropa stärken können, solange dadurch – diesbezüglich möchte ich dem Bundeskanzler vollkommen recht geben und dies unterstreichen – in Europa keine neuen Trennlinien entstehen.

Referent Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel

Was Österreich selbst betrifft, liegen unsere eigenen sicherheitspolitischen Prioritäten derzeit bei jener Debatte, die in der Regierungskonferenz stattfinden wird, auf die ich bereits eingegangen bin. Weitere Schritte sind derzeit nicht aktuell.

Schon heute ist erkennbar, daß die künftigen europäischen Sicherheitsstrukturen nicht völlig neu geschaffen, sondern auf dem Potential der bestehenden Organisationen – EU, WEU, NATO und OSZE – aufbauen werden. Es ist noch unklar, wie das konkrete Zusammenspiel dieser Organisationen funktioniert, und es ist klar, daß dies eine Entwicklung ist, die noch viel Zeit brauchen wird.

Deshalb meine ich, daß es für Österreich im derzeitigen Stadium wichtig ist, behutsam und schrittweise in diese Entwicklung hineinzugehen, sich sicherheitspolitische Optionen offen zu halten, um zum gegebenen Zeitpunkt vollberechtigt an den künftigen europäischen Sicherheitsstrukturen teilhaben zu können.

Schon heute sind wir aber aufgerufen, aktiv und solidarisch am Aufbau dieser Strukturen mitzuwirken und diese Bemühungen auf einen möglichst breiten innerösterreichischen Diskussionsprozeß abzustützen. Dabei darf es weder falsche Tabus noch unnötige Berührungsängste geben. Es ist nur eines letztlich wichtig für uns alle: die Sicherheit unserer Heimat, die Sicherheit unserer Bürger. Ich bin davon überzeugt, daß die heutige Enquête einen sehr wichtigen Beitrag dazu leistet.

9.42

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank, Herr Vizekanzler.

II. Punkt: Impulsreferate

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Nunmehr ersuche ich Herrn Robert Antretter, Vizepräsident der WEU-Versammlung, um seinen Beitrag zum Thema „Die europäische Sicherheitsstruktur und die Westeuropäische Union“. – Bitte.

„Die europäische Sicherheitsstruktur und die Westeuropäische Union“

9.43

Referent Robert Antretter (Stellvertretender Vorsitzender der WEU-Versammlung): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Vielen Dank für die Einladung, hier sprechen zu dürfen.

Die Struktur Ihres Enquête-Programms läßt erkennen, daß Sie die europäische Sicherheit im Rahmen von verschiedenen ineinander greifenden internationalen Organisationen zu verwirklichen suchen, in dem jeweils die NATO, die WEU, die Europäische Union und die OSZE ihre spezifische Funktion haben. Vielleicht wäre es angebracht, hier auch die Vereinten Nationen nicht zu vergessen, wie es bei Ihnen, Herr Bundeskanzler und Herr Vizekanzler, schon angedeutet ist, und selbst den Europarat, der zwar keine Kompetenz im Sicherheits- und Verteidigungsbereich hat, der aber durch die Art seiner Tätigkeit und durch seine gesamteuropäische Zusammensetzung, die möglicherweise auch bald Rußland umfassen wird, ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur gesamteuropäischen Stabilität leistet. Ich bin sicher, Ihre im Europarat hochangesehene österreichische Delegation, mit den Herren Schieder und Schwimmer an der Spitze, wird diese Einschätzung von mir bestätigen.

In der Fülle der Fragen, die auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz stehen, nimmt das Ziel einer wirksamer funktionierenden Sicherheits- und Verteidigungsidentität für Europa einen besonderen Stellenwert ein. Hierbei steht naturgemäß die zukünftige Rolle der WEU im Mittelpunkt der Überlegungen. Dabei müssen wir uns zunächst über die veränderten Rahmenbedingungen der europäischen Sicherheit und über die Natur der neuen Risiken und Gefahren klarwerden, denn davon hängt ab, auf welche Weise wir die strukturellen und organisatorischen Fragen regeln. Nach wie vor gilt, daß seit Ende des Ost-West-Konflikts an die Stelle einer massiven militärischen Konfrontation neue Risiken und Unsicherheiten getreten sind, die teils zu latenten, teils zu offenen regionalen Konflikten geführt haben, von denen der Krieg auf dem Balkan uns in Europa anhaltend am meisten beunruhigen muß.

Referent Robert Antretter

Die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und deren Trägern ist trotz der verschiedenen internationalen Begrenzungsabkommen nicht gebannt. Internationaler, staatlich gelenkter Terrorismus, Drogenhandel, organisiertes Verbrechen und illegale Masseneinwanderung, religiöser Fundamentalismus, aber auch Umweltgefahren haben eine Dimension bekommen, die zu ernsten Risiken für Sicherheit und Stabilität in Europa führen kann.

Die innere Entwicklung in Rußland und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bleibt nach wie vor unsicher. Wir wissen noch nicht, welche Richtung die Politik Rußlands international endgültig einschlagen wird. Und natürlich ist auch die Entwicklung der Sicherheitslage im Mittelmeerraum und in Nordafrika, im Nahen, Mittleren und Fernen Osten für Europa von erheblicher Bedeutung.

Angesichts dieser Situation müssen diejenigen von ihrer Illusion Abschied nehmen, die meinten, kollektive Sicherheit könne nunmehr ausschließlich durch kooperative Sicherheitsstrukturen wie KSZE, also heute OSZE, und die Vereinten Nationen gewährleistet werden, und die daher das Ende der westlichen Verteidigungsbündnisse vorausgesagt haben.

Daß es auch künftig wirkliche Sicherheit nur im Rahmen gemeinsamer Verteidigungsstrukturen geben kann – diese Erkenntnis hat sich nahezu allgemein durchgesetzt. Sie wird übrigens unterstrichen von dem nachdrücklichen Wunsch der Staaten Ost- und Mitteleuropas, in diese Strukturen aufgenommen zu werden.

Einigkeit besteht im wesentlichen darin, daß die europäische Sicherheit auch künftig nur zusammen mit unseren amerikanischen Verbündeten gewährleistet werden kann und daß deshalb die atlantische Allianz der Grundpfeiler für die europäische Sicherheit bleibt. Andererseits möchten die Europäer ihren Einfluß innerhalb der Allianz vergrößern, und es besteht auch Einigkeit darüber, daß der politische Zusammenschluß im Rahmen der Europäischen Union so lange unvollständig ist, solange er nicht auch eine gemeinsame Verteidigung in einem einheitlichen europäischen institutionellen Rahmen umfaßt.

Darüber hinaus gibt es ein europäisches Interesse, in bestimmten militärischen Bereichen, beispielsweise auf dem Feld der weltraumgestützten Aufklärungstechnik, eine größere Unabhängigkeit von den USA zu bekommen. Hier hat die WEU etwa mit der Errichtung des Satellitenauswertungszentrums in Torrejón und den vor dem Abschluß stehenden Arbeiten für ein weltraumgestütztes europäisches Beobachtungssystem eine Vorreiterrolle übernommen.

Was jedoch echte europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität betrifft, so ist diese bekanntlich im Vertrag von Maastricht nicht gelungen. Dies ist vor allem dadurch zu erklären, daß der Bereich militärischer Aktionen von der überwiegenden Mehrheit der Staaten weiterhin als Kernbereich ihrer nationalen souveränen Entscheidungsgewalt betrachtet wird, die sie auch nicht teilweise an integrierte europäische Entscheidungsgremien übertragen wollen.

Im Vertrag von Maastricht wurde daher die WEU, in der alle Entscheidungen im intergouvernementalen Konsens zustande kommen, zum integralen Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union erklärt, mit der Aufgabe, auf deren Ersuchen die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen.

Nach der kurzen Zeit, die seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht verstrichen ist, ist es vielleicht noch verfrüht, endgültig zu sagen, ob sich diese Konstruktion bewährt hat oder nicht. Konkrete Ersuchen an die WEU sind jedenfalls, abgesehen von der Bitte, eine WEU-Polizeigruppe für die Verwaltung der bosnischen Stadt Mostar aufzustellen – was ich für außerordentlich wichtig halte –, bisher von der Europäischen Union nicht ausgegangen.

Ausgehend von der im geänderten Brüsseler Vertrag begründeten europäischen und atlantischen Dimension der WEU war man sich in Maastricht darüber einig, daß die WEU nicht nur als Verteidigungskomponente der Europäischen Union, sondern auch als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der atlantischen Allianz entwickelt werden solle. Hierbei hatte sich die WEU konkrete Ziele gesetzt im Hinblick auf den Ausbau ihrer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, mit der Allianz und im Hinblick auf die Stärkung ihrer operationellen Rolle.

Referent Robert Antretter

Um die praktische Zusammenarbeit mit den Gremien der Europäischen Union und der NATO zu erleichtern, wurde der Sitz des Rates und des Generalsekretariats der WEU von London nach Brüssel verlegt. Die WEU hat ferner beschlossen, die Dauer der rotierenden Ratspräsidentschaft von einem Jahr auf sechs Monate zu verkürzen, so wie es in der Europäischen Union üblich ist. Auf diese Weise liegt seit dem 1. Juli dieses Jahres die EU- und die WEU-Präsidentenschaft zum ersten Mal in den Händen eines Landes, nämlich Spaniens.

Was die konkrete Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organen der WEU und der Europäischen Union angeht, gibt es wohl gewisse, ich würde sagen, eher bescheidene Fortschritte in praktischen Fragen, aber noch sehr wenig in der Substanz. Der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Versammlung der WEU und dem Europäischen Parlament ist bisher über informelle Kontakte nicht hinausgekommen. Im Verhältnis zur atlantischen Allianz arbeitet die WEU weiter an dem in ihrer Maastricht-Erklärung formulierten Ziel, sie als Mittel zur Stärkung des Europäischen Pfeilers der Allianz zu entwickeln. Auch hier sind bisher nur eher bescheidene Fortschritte erzielt worden.

Noch schwieriger scheint die Verwirklichung des angestrebten Ziels zu sein, gemeinsame WEU-Positionen in den Konsultationsprozeß der Allianz einzubringen. Dies zeigt, wie schwer es ist, die europäische Verteidigungsidentität praktisch zu verwirklichen. Natürlich möchten auch die nordamerikanischen Verbündeten nicht gerne vor ein europäisches Fait accompli gesetzt werden, obwohl sie sich andererseits für die europäische Verteidigungsidentität ausgesprochen haben.

Im Mittelpunkt der Erörterungen steht natürlich die Verwirklichung der auf dem NATO-Gipfel vom Januar 1994 von der Allianz angekündigten Bereitschaft, NATO-Einrichtungen für eventuelle WEU-Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung zu stellen. In engem Zusammenhang hiermit stehen die Anpassung der NATO-Militärstrukturen und die Verwirklichung des Konzepts der gemeinsamen Streitkräftekommandos. Der politische Hintergrund für dieses Konzept ist die Tatsache, daß sich sowohl die WEU als auch die NATO darauf vorbereiten, als Reaktion auf die veränderte internationale Sicherheitslage für humanitäre, friedenserhaltende, aber auch friedensschaffende Kampfeinsätze unter dem Mandat der Vereinten Nationen oder auch der OSZE zur Verfügung zu stehen.

Die WEU hat in ihrer Petersberg-Erklärung von 1992 zu diesem Zweck den Begriff der „WEU zugeordneten militärischen Einheiten“ geprägt. Diese sollen außerhalb des Falles der Verteidigung bei einem bewaffneten Angriff auf Europa für Einsätze im Krisenmanagement zur Verfügung stehen. Dies soll teilweise im Rahmen multinationaler Verbände verwirklicht werden, die, wie beispielsweise das Eurocorps und andere im Aufbau befindliche multilaterale Einheiten, sowohl der WEU als auch der NATO zugeordnet werden können. Es gibt noch keine festen Kriterien, nach denen diese Arbeitsteilung zwischen der WEU und der NATO in diesem Bereich durchgeführt werden soll.

Im Konflikt auf dem Balkan hat die NATO die Hauptfunktion im Krisenmanagement unter dem Mandat der UNO übernommen. Die WEU ist an der Kontrolle der Einhaltung des Embargos auf der Adria, an der Donau und bei der Sicherung des Wiederaufbaus der Stadt Mostar beteiligt. Es war für die Versammlung enttäuschend, daß die im Juni aufgestellte britisch-französisch-niederländische Eingreiftruppe für Bosnien nicht unter WEU-Verantwortung gestellt worden ist, obwohl die Aufgabe dieser Truppe doch genau den in der Petersberg-Erklärung dargelegten Missionen entspricht. Die WEU-Flagge auf dem Berg Igman – so hat es ein Parlamentarier in der Juni-Sitzung formuliert – wäre ein sichtbares Zeichen gewesen, daß der operationelle Aufbau der WEU inzwischen so weit gediehen ist, daß sie im Krisenfall in der Lage ist, zu handeln. So aber bleibt trotz erheblicher Fortschritte im operationellen Aufbau die WEU weiterhin den Beweis schuldig, ein echter politischer und militärischer Faktor zu sein.

Meine Damen und Herren! Allerdings kann eine Institution wie die WEU nicht mehr leisten, als es der politische Wille der sie tragenden Regierungen erlaubt.

Referent Robert Antretter

Wie steht es nun mit den Aussichten, einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität dadurch näherzukommen, daß man die WEU und die Europäische Union institutionell noch mehr verzahnt? In diesem Zusammenhang möchte ich vor der Illusion warnen, man könne den Mangel an gemeinsamem politischem Willen durch vertragliche Strukturreformen erzwingen.

Inzwischen hat sich die Erkenntnis bei der überwiegenden Mehrheit der Beteiligten durchgesetzt, daß im Verteidigungsbereich auch weiterhin am Konsensprinzip auf der Grundlage nationaler Souveränität festgehalten werden soll. Daran würde auch eine Verschmelzung der WEU mit der Europäischen Union nichts ändern. Sie brächte aber zahlreiche vertragstechnische, bürokratische und praktische Probleme, allein schon aus Gründen der unterschiedlichen Mitgliedschaften.

Meine Damen und Herren! Ich meine abschließend, daß die WEU nach wie vor das geeignetste Instrument ist, um eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verwirklichen. Was die WEU aber dazu braucht, ist ein beträchtlicher politischer Impuls, den die Regierungen ihr aber endlich geben müssen. – Vielen Dank.

9.55

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Ich danke Herrn Antretter sehr herzlich für seine Ausführungen und darf nun als nächsten Redner Herrn Karsten Voigt, Vorsitzender der Nordatlantischen Versammlung, um seinen Beitrag zum Thema „Die europäische Sicherheitsstruktur und die NATO beziehungsweise the partnership for peace“ ersuchen. – Bitte schön.

„Die europäische Sicherheitsstruktur und die NATO beziehungsweise die PFP“

9.55

Referent Karsten Voigt (Vorsitzender der Nordatlantischen Versammlung): Herr Bundeskanzler! Herr Bundesaußenminister! Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung. – Zuerst drei Vorbemerkungen:

Erstens: Da ich zwar ein Manuskript habe, aber frei rede, werden naturgemäß mein Manuskript und das, was ich sage, nicht identisch sein.

Zweitens: Meine Bemerkungen betreffen die europäische Sicherheitsstruktur und nicht die österreichische Neutralität. Das bedeutet, daß meine Vorschläge die österreichische Neutralität nicht berühren. Die Frage, ob Österreich neutral bleiben will, seine Neutralität neu definiert oder sie aufgeben will, ist allein eine österreichische Entscheidung. Es gibt keinen Druck der NATO, eine solche Entscheidung von außen irgendwie zu beeinflussen, und wenn es einen solchen Druck gäbe, würde ich mich ihm widersetzen.

Drittens: Ich habe meine Vorstellung zur europäischen Sicherheitspolitik nach 1989 geändert, und zwar in folgender Weise:

Bis 1989 ging ich davon aus, daß die Überwindung der Spaltung Europas durch die Entwicklung und Stärkung gesamteuropäischer Institutionen, insbesondere der KSZE, zu erreichen sei, bei gleichzeitiger Entmilitarisierung des Blockgegensatzes durch Rüstungskontrolle und Abrüstung bei zunehmender Kooperation der Institutionen, die es zwischen Ost und West gibt, wie EG, RGW, NATO, Warschauer Pakt, und bei Umgestaltung des Antagonismus in ein kooperatives Verhältnis mit der Perspektive einer europäischen Friedensordnung.

Ich habe bis Ende 1989 nicht für möglich gehalten, daß Deutschland innerhalb der NATO vereinigt sein würde. Deshalb habe ich einige meiner Vorstellungen nach 1989 geändert. Zu welchen Schlußfolgerungen komme ich heute?

Erstens: Die Stärkung der KSZE, jetzt OSZE, ist vorrangig und wichtig. Ich glaube, daß sie besonders im Bereich der präventiven Sicherheit und auch im Bereich der Friedenserhaltung und bei Fragen von Minoritätenrechten und vielen dieser Probleme eine Rolle hat und noch einnehmen wird, die viele unterschätzen, weil sie Konflikte verhindert, bevor diese militärisch werden.

Referent Karsten Voigt

Ich sehe aber in meiner politischen Lebenszeit keine Chance, die OSZE zu einem System kollektiver Sicherheit im engeren Sinne weiterzuentwickeln, und zwar deshalb nicht, weil selbst Länder, die die Unterordnung der NATO unter die OSZE wünschen, wie Rußland in gelegentlichen Vorschlägen, nicht bereit wären, ihre eigene nationale Landesverteidigung der OSZE unterzuordnen. Ich sehe auch bei anderen Staaten nicht, daß sie – und das ist eigentlich der Kerngedanke einer kollektiven Sicherheit – das Prinzip der nationalen Verteidigung oder der Landesverteidigung oder der Bündnisverteidigung zugunsten einer kollektiven Sicherheit aufgeben. Und ich sehe auch nicht, daß ich meine eigenen Landsleute davon überzeugen könnte, sich für die Sicherheit von Tadschikistan zur automatischen Verpflichtung hinreißen zu lassen. Das ist aber der gesamte OSZE-Rahmen.

Deshalb glaube ich, daß es in den nächsten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten, darauf ankommen wird, die OSZE in Richtung kollektiver Sicherheit weiterzuentwickeln, aber daß es nicht zu einem Ersatz von anderen Institutionen durch ein System kollektiver Sicherheit kommen wird. Es gibt also verschiedene Institutionen und verschiedene Trends, die in Richtung einer europäischen Friedensordnung führen könnten und führen sollten, aber es wird nicht zu der einen großen Institution kommen, die alle Staaten Europas oder des OSZE-Rahmens umfaßt und dann alle Probleme der Sicherheit gleichermaßen abdeckt. Deshalb bin ich für ein überlappendes System verschiedener Institutionen, verschiedener regionaler Verantwortung und auch verschiedener Aufgabenbereiche.

Zweitens: der Europarat. Mein Kollege Antretter hat es schon gesagt, der Europarat hat in bestimmten Bereichen, obwohl Sicherheit eigentlich formal nicht zu seinem Gebiet gehört, doch sicherheitsprägende Funktionen. Bis Mitte der achtziger Jahre durfte Finnland dem Europarat faktisch nicht beitreten. Heute sind die osteuropäischen Staaten Mitglieder des Europarats; Rußland wird es hoffentlich bald sein. Damit hat eine ursprünglich rein westliche Institution, die von den Russen – damals den Sowjets – ursprünglich als ein Bollwerk ideologischer Art gegen die Sowjetunion empfunden wurde, inzwischen eine gesamteuropäische Funktion eingenommen.

Das gleiche ist tendenziell der Fall bei der Europäischen Union. Die Europäische Union wurde in den fünfziger Jahren als ein Bollwerk ökonomisch-politischer Art gegen die ökonomische Destabilisierung empfunden, wurde – zusammen mit dem Marshall-Plan – als Gefahr empfunden, als ideologische und ökonomische Bedrohung gegen den Marxismus-Leninismus.

Heute ist die Europäische Union auf dem besten Wege, gesamteuropäische Funktionen auszuüben durch Öffnung, durch neue Mitglieder und im Vorfeld durch die Europaverträge, und trotzdem ist Rußland nicht Mitglied, wird nicht Mitglied, sind die USA auch nicht Mitglied, werden nicht Mitglied. Aber selbstverständlich heißt das nicht, daß man neue Grenzen aufbaut, sondern im Zuge der Erweiterung ist jedesmal ein Schritt der Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Staaten, die nicht Mitglied sind oder noch nicht Mitglied sind, gemacht worden. Als zum Beispiel Österreich Mitglied wurde, wurden gleichzeitig fast parallel die Europaverträge mit den ostmitteleuropäischen Staaten gemacht, und jetzt, parallel zum Erweiterungsprozeß um die ostmitteleuropäischen Staaten, will man die Zusammenarbeit mit Rußland, mit der Ukraine verstärken, und im Dialog ist auch eine Verstärkung der transatlantischen ökonomischen und politischen Zusammenarbeit.

Das, was bei Europarat und EG möglich war, ist meiner Meinung nach vom Prinzip her auch bei der NATO möglich. Eine Osterweiterung der NATO befürworte ich, sie sollte zügig stattfinden. Ich bin für den Beginn von solchen Verhandlungen – präziser, als es im Text der NATO-Erklärung enthalten ist – in der zweiten Hälfte 1996. Ich bin auch für einen zügigen Abschluß dieser Verhandlungen. Wenn ich sage „zügig“, weiß jeder, daß es faktisch nicht vor 1988 zur Ratifikation kommen würde, was heißtt, daß russische Befürchtungen, es würde überstürzt erweitert, unberechtigt sind, weil faktisch die Verhandlungen über Erweiterungen nicht stattfinden können vor Abschluß aller russischen Wahlen, und der Vollzug einer Erweiterung kann dann auch erst nach Jahren stattfinden. Also die NATO wird vieles können, aber überstürzt handeln, das ist keine Eigenschaft, die solche multilateralen Institutionen haben.

Referent Karsten Voigt

Die Osterweiterung sollte bei gleichzeitigem Angebot einer engen Kooperation vertraglicher Art mit Rußland stattfinden. Das heißt, Rußland sollte über alle Fragen innerhalb der NATO umfassend informiert und in allen Fragen der kollektiven Sicherheit in Europa konsultiert werden. Dies ist in der Bosnien-Situation zum Teil nicht genügend geschehen. Man hätte Rußland frühzeitig über Aktionen der UNO – NATO informieren müssen. Das wird jetzt nachgeholt, und das ist auch richtig so. Ich bin dafür, daß sich Rußland bei dem Bosnien-Arrangement auch vor Ort beteiligt und in die Kommandostruktur einer eventuellen Friedenstruppe integriert wird.

Ich bin dafür, daß im Zusammenhang mit der Osterweiterung klar gesagt wird: In den neuen Staaten – diese wurden übrigens nicht von der NATO aufgefordert, beizutreten, sondern sie wollen beitreten, und die NATO muß sich mit diesem Wunsch auseinandersetzen – sollten in Friedenszeiten keine Nuklearwaffen und keine ausländischen Truppen stationiert werden, was die Beteiligung an der Infrastruktur an Kommandostrukturen und Manövern nicht ausschließt.

Ich bin auch dafür, daß im Zusammenhang mit einer Osterweiterung der NATO die ceilings, die Obergrenzen, für konventionelle Rüstung in Europa überprüft, revidiert werden, und zwar nach unten.

Eine so erweiterte und mit einem Vertrag auch mit Rußland verbundene NATO ist kein System kollektiver Sicherheit. Sie ist weiterhin ein System kollektiver Verteidigung, aber sie erfüllt und kann erfüllen Funktionen kollektiver Sicherheit, was etwas anderes ist. Sie erfüllt die Funktion kollektiver Sicherheit, wie jetzt in Bosnien, im Auftrage entweder der OSZE oder der UNO. Ich bin skeptisch gegenüber Vorschlägen, daß die NATO unabhängig von solchen Mandaten agieren sollte, und dafür, daß sie im Rahmen solcher Mandate agieren sollte. Wenn sie im Rahmen solcher Mandate agiert und dabei Funktionen kollektiver Sicherheit übernimmt, dann muß sie in der Zusammenarbeit – wie ich das eben gesagt habe mit dem Begriff der Konsultation – auch bereit sein für die Öffnung für Nicht-NATO-Staaten hinsichtlich Beteiligung und Durchführung, das heißt, für Rußland, aber auch für andere Staaten, die entweder bündnisfrei sind oder sich wie Rußland selbst definieren. Dieses ist möglich, bei den verschiedenen militärischen Strukturen, die jetzt in der NATO reformiert werden, auch beabsichtigt.

Es erfüllt auch die NATO Funktionen kollektiver Sicherheit, da sie faktisch zusammen mit der Europäischen Union die europäischen Staaten, die Mitglied dieser Institution sind, daran hindert, alte nationale Rivalitäten wieder zu revitalisieren. Dies ist eine der wichtigen Funktionen, die NATO und Europäische Union heute gemeinsam haben: nach innen als Zonen des Friedens zu wirken und zu verhindern, daß europäische Rivalitäten in der nationalen Sicherheitspolitik wieder entstehen. Die Osterweiterung selbst – EU, aber in anderer Weise auch NATO – soll dazu beitragen, sonst die nationale Sicherheitspolitik im Osten mit Europa, die selbst ein Faktor der Instabilität werden könnte, durch Integration sozusagen präventiv zu stabilisieren. Wenn Rußland nicht so in Kategorien von Einfluß, sondern in Kategorien von Stabilität denken würde, dann müßte es genauso, wie wir an einer Osterweiterung interessiert sind, auch an einer Stabilisierung westlich seiner Grenzen interessiert sein.

Zum Schluß: Ich glaube, daß diese Reformen auf dem Wege sind. Die „Partnerschaft für den Frieden“ ist in einer Phase, wo ich absehe, daß sich eine innere Differenzierung schon anzeigt, nämlich daß sich einige Staaten damit faktisch schon an bestimmte Strukturen – ursprünglich westeuropäischer Art – anpassen. Ich bin dafür, daß die „Partnerschaft für den Frieden“ in den nächsten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit den ganzen Papieren, die jetzt erarbeitet worden sind, überprüft wird, um zu sehen, ob sie neue Aktivitäten umfaßt.

Daß solche Veränderungen stattfinden können, sieht man am besten in der Versammlung, der ich als Präsident vorsitze – das war einmal solch ein Bollwerk der NATO. Als ich hineinkam, war ich mit meinen Vorschlägen zur Reform der militärischen Strategien ziemlich isoliert, wurde ich bestenfalls als naiv und schlimmstenfalls als Agent der anderen Seite angesehen. Heute sitzen auch all die Osteuropäer in der Nordatlantischen Versammlung, inklusive Russen und baltische Staaten, Moldova, Ukraine, Albanien und Slowenien als assoziierte Mitglieder. Sie haben dort das Rederecht, das Antragsrecht, sie arbeiten in Unterkommissionen mit – und Österreich ist Beobachter; zusammen mit Marokko, Schweden und Israel.

Referent Karsten Voigt

Ich glaube, daß solche Institutionen, die ursprünglich ihren Charakter im Rahmen des Ost-West-Konfliktes hatten, ihre Funktion verändern können. Ich erinnere einfach daran, daß der von mir repräsentierte Verein, nämlich die Westeuropäische Union, ursprünglich gedacht war als Brüsseler Vertrag, als ein Vertrag, der schützen sollte vor der Gefahr eines deutschen Militarismus. Das war ein britisch-französischer Vertrag, der, falls die Amerikaner aus Europa abziehen, vor allem gegen den sich wiederbelebenden deutschen Militarismus wirken sollte. Man kann heute vieles sagen über die Westeuropäische Union, aber daß sie sich gegen Deutschland richtet und gegen die Gefahr eines europäischen Militarismus, sicher nicht. Und so, wie diese Institution ihre Funktion verändern konnte, können und sollen, glaube ich, auch andere Institutionen ihren Zweck verändern. Automatisch geschieht nichts – Politiker müssen das gestalten.

10.08

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank.

Ich ersuche nunmehr Herrn Dr. Wilhelm Höynck, Generalsekretär der OSZE, um seinen Beitrag zur europäischen Sicherheitsstruktur und der OSZE. – Bitte.

„Die europäische Sicherheitsstruktur und die OSZE“

10.08

Referent Dr. Wilhelm Höynck (Generalsekretär der OSZE): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Die NATO und die OSZE treffen ihre Entscheidungen nach dem Konsensprinzip, und ich muß gestehen, ich habe meine Ausführungen diesem Härtetest nicht unterworfen. Ich bitte deshalb um Verständnis dafür, daß nicht jedes meiner Worte auf einer akkordierten Position beruht.

Aber akkordiert ist, Herr Vorsitzender, in der OSZE unter allen OSZE-Staaten die Bedeutung eines auf die heutige Realität bezogenen Verständnisses von „Sicherheit“. Obwohl es schon mehrmals gesagt wurde, möchte ich nochmals betonen, daß nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Militärpotentiale nicht mehr der alles beherrschende Faktor von Stabilität und Sicherheit sind. Die Ausrichtung des Staates auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Ausrichtung auf Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt sowie die Bereitschaft zu einer von Solidarität mitbestimmten internationalen Zusammenarbeit sind entscheidende Faktoren neuer Stabilität.

Auch heute wird niemand die Bedeutung militärischer Aspekte der Sicherheit unterschätzen. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina, der die aktuellen Überlegungen von Sicherheitspolitik vielleicht im Übermaß beeinflußt, macht dies jeden Tag sichtbar. Aber es wäre eine weitere unheilvolle Folge dieses tragischen Konflikts, wenn er dazu verleiten würde, militärische Aspekte der Sicherheit unter den fundamental veränderten Bedingungen der heutigen Lage in Europa erneut in den Mittelpunkt einer zukunftsweisenden umfassenden Sicherheitspolitik zu stellen.

Die transatlantische Dimension europäischer Sicherheit ist unstreitig. Das Verständnis für die fundamentale Bedeutung **aller** Teile der früheren Sowjetunion für die Sicherheit Europas ist aber immer noch unterentwickelt. Europäische Sicherheit kann umfassend nur in einem gemeinsamen Sicherheitsraum konzipiert und gestaltet werden, der von Vancouver bis Wladiwostok reicht und weder den Kaukasus noch Zentralasien ausschließt.

Die OSZE leistet ihren Beitrag zu neuer Stabilität in drei Bereichen:

Stärkung der menschlichen Dimension und sozialer Marktwirtschaft als Grundlage einer Bürgergesellschaft, einer civil society;

vorbeugende Diplomatie, Konfliktverhütung und Krisenmanagement;

Entwicklung von Elementen einer kooperativen Sicherheitsordnung einschließlich militärischer Aspekte der Sicherheit.

Die **menschliche Dimension** ist der Kernbereich und Ankerpunkt aller OSZE-Bemühungen.

Referent Dr. Wilhelm Höynck

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind als Grundlagen nicht nur des inneren, sondern auf des internationalen Friedens anerkannt. Damit bieten sich hier neue Ansätze einer aktiven Friedenspolitik. Der Europarat spricht mit dem gleichen Ziel von „demokratischer Sicherheit“. Die menschliche Dimension, wie wir in der OSZE sagen, strahlt in alle gesellschaftlichen Bereiche aus, von der Wirtschaft bis zur Kontrolle und Führung von Streitkräften.

Was kann die OSZE praktisch für die Menschenrechte tun? – Entscheidend ist, daß die OSZE-Staaten sich auf eine sehr niedrige „Interventionsschwelle“ zum Schutz der menschlichen Dimension geeinigt haben. Hier kann kein OSZE-Staat die Einmischung der OSZE oder eines anderen OSZE-Staates mit dem Argument „innere Angelegenheit“ abwehren. Das hat sich insbesondere im Hinblick auf das Verhalten von Streitkräften der Russischen Föderation in Tschetschenien gezeigt. Obwohl es sich eindeutig um eine innere Angelegenheit Rußlands handelt, wurde die Einmischung der OSZE akzeptiert. Dies ermöglichte die Entsendung einer OSZE-Unterstützungsgruppe nach Grosny. Wie Sie wissen, finden die Verhandlungen gegenwärtig buchstäblich unter dem Dach dieser OSZE-Unterstützungsgruppe statt.

Die Staats- und Regierungschefs der OSZE-Staaten haben bei ihrem Treffen im Dezember letzten Jahres in Budapest die Aufgaben der OSZE als eines der Hauptinstrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in der Region bestätigt. Die Erfahrungen der letzten Jahre mit regionalen Konflikten zeigen, wie schwierig es ist, Krisen einzudämmen, nachdem die Schwelle militärischer Gewalt überschritten wurde.

Vorbeugende multilaterale Diplomatie und Konfliktverhütung müssen deshalb weiterentwickelt und effizienter gestaltet werden. Dies ist für die Zukunft der wichtigste operative Beitrag der OSZE zu europäischer Sicherheit, wie das bereits in verschiedenen Referaten angeklungen ist. Hauptinstrumente sind die OSZE-Missionen und der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten.

Ich möchte einen Aspekt besonders hervorheben: Die Mehrzahl der OSZE-Missionen arbeitet an der Lösung von Problemen, die die Interessen Rußlands direkt oder indirekt berühren. Konstruktive Zusammenarbeit mit Rußland innerhalb der OSZE auch in kritischen Bereichen russischer Interessen ist ein entscheidender Beitrag zu effektiver Konfliktverhütung und zur Entwicklung einer kooperativen Sicherheitsstruktur.

Dies gilt in besonderem Maße für die Bemühungen der OSZE um eine friedliche Lösung des Nagornij-Karabach-Konflikts. Die Integration Rußlands in die laufenden politischen Verhandlungen verbessert die Erfolgschancen für eine Stabilisierung dieser Region, auf die sich gewichtige politische und wirtschaftliche Interessen zahlreicher OSZE-Staaten richten, oder man könnte auch sagen, in der sich diese Interessen treffen. Bei der von der OSZE geplanten „peace keeping operation“ in Nagornij-Karabach würde Rußland sein militärisches Potential bei einer Maßnahme in einem GUS-Staat erstmals in einen breiten internationalen Rahmen einbringen. Was dies bedeutet, hat Außenminister Kosyrew vor kurzem in anderem Zusammenhang erläutert, indem er darauf hingewiesen hat, daß es sehr schwierig sei, ohne einen internationalen Rahmen eine klare Trennungslinie zu ziehen zwischen einer „peace keeping operation“ und einer Ausdehnung des militärischen Einflußbereiches.

Präventive Diplomatie und Konfliktverhütung sind nicht in erster Linie, meine Damen und Herren, Probleme des „diplomatischen Handwerks“, das heißt der Entwicklung und Anwendung bestimmter Instrumente und Mechanismen. Es geht um konkrete Antworten auf die Kernfrage zukünftiger Sicherheit: Lassen sich die unvermeidlichen Interessenkonflikte großer und kleiner Staaten auf zivilisierte Weise, das heißt ohne Gewaltanwendung, lösen? Die erst kurzen Erfahrungen der OSZE auf diesem jedenfalls im OZSE-Raum neuen Feld internationaler Politik sind ermutigend. Alle unsere Missionen haben zur Entschärfung der Probleme und Konflikte, an deren Lösung sie arbeiten, wesentlich beigetragen.

Was geschieht, wenn präventive Diplomatie, Konfliktverhütung und peace-keeping nicht zu einer politischen Lösung führen? – Dann ist über nichtmilitärische oder militärische Zwangsmaßnahmen zu entscheiden. Diese Entscheidungen sind die Prärogative des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Natürlich verbessert es die Chancen friedlicher Regelungen erheblich,

Referent Dr. Wilhelm Höynck

wenn den Streitparteien frühzeitig und glaubwürdig klar wird, daß am Ende des Krisenmanagement-Spektrums auch militärische Zwangsmittel eingesetzt werden können.

Kooperative Sicherheit muß auch die im OSZE-Raum nach wie vor vorhandenen großen Militärpotentiale einbeziehen. Auch im militärischen Bereich schafft die OSZE Sicherheit durch Zusammenarbeit. Wenn die für alle OSZE-Teilnehmerstaaten geltenden gemeinsamen Verpflichtungen im Bereich der militärischen Sicherheit beachtet werden und wenn die für einige geltenden Bestimmungen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa eingehalten werden, ist die Gefahr militärischer Konfrontationen im OSZE-Raum wesentlich reduziert.

Aber allein durch die Entwicklung der OSZE entsteht keine neue Sicherheitsstruktur. Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs in Budapest beschlossen, eine Diskussion über ein Modell für gemeinsame und umfassende Sicherheit im 21. Jahrhundert aufzunehmen. Der OSZE-Rahmen ermöglicht es allen Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostok, an der Diskussion über ein Sicherheitsmodell gleichberechtigt teilzunehmen. Schon jetzt zeigt sich: Durch die offene Ansprache der Sicherheitsprobleme entsteht neues Vertrauen.

Kooperative Sicherheit braucht Klarheit und eine realistische Einschätzung der Sicherheitsfaktoren. Dazu gehört auch die schwierige und kritische Frage, welchen Grad von Sicherheit die OSZE-Staaten durch ihre Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE erwarten können. Im „Verhaltenskodex zu politischen und militärischen Aspekten der Sicherheit“ haben sich die OSZE-Staaten gegenseitig zugesichert, „bei Verletzungen von KSZE-Normen und -Verpflichtungen solidarisch vorzugehen und aufeinander abgestimmt zu reagieren“. Dies sind weitgehende Verpflichtungen, aber auch diese Verpflichtungen ändern nichts daran, daß die OSZE ihren Teilnehmerstaaten nicht die Sicherheitsgarantien eines Bündnisses bieten kann. Unteilbare Sicherheit, die wirklich alle OSZE-Staaten einbezieht, ist heute ein Ziel, aber – wie sich insbesondere in Bosnien-Herzegowina und im Kaukasus zeigt – noch nicht die Wirklichkeit.

Eine europäische Sicherheitsstruktur, die dem Anspruch unteilbarer Sicherheit gerecht wird, kann sich nur aus dem Zusammenwirken aller im OSZE-Raum bestehenden regionalen Organisationen und mit den Vereinten Nationen entwickeln. Das Ziel ist ein Zustand, in dem dauerhafte neue Stabilität sich dadurch ergibt, daß diese Organisationen intensiv zusammenarbeiten und sich gegenseitig stützen und stärken.

Was bedeutet dies konkret? – Europäische Union, NATO, Europarat, Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, OSZE und die zahlreichen subregionalen Strukturen müssen in einem Netzwerk miteinander verbunden werden, das alle Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostok einschließt.

Hierzu nur zwei Stichworte: In einem Netzwerk stellt sich nicht die Frage von Über- und Unterordnung. Ich glaube, in einem Netzwerk werden alle Organisationen auch dazu beitragen, daß die einzelnen Organisationen weder von innen noch nach außen Festungscharakter entwickeln.

Wiederum in Budapest hat die OSZE die ausschlaggebende Rolle für ein System kooperativer Sicherheit im OSZE-Raum dieser OSZE zugeschrieben. Dies manifestiert sich durch die gleichberechtigte Mitgliedschaft aller Staaten in der OSZE. Es manifestiert sich in den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen als Maßstab zivilisierten Verhaltens der Staaten und Organisationen nach innen und außen und in den operativen Aufgaben im Bereich der Konfliktverhütung.

Die OSZE kann viel für die Sicherheit im OSZE-Raum tun, aber sie kann keine Sicherheitsgarantien bieten. Wieviel sie tun kann, das hängt ab von der Bereitschaft der Teilnehmerstaaten, sicherheitspolitisch Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv an der notwendigen Stabilisierung zu beteiligen, auch durch ihre Beiträge zur OSZE.

Es geht nicht nur um Haushaltsfragen, es geht auch um die operative Tätigkeit im Bereich vorbeugender Diplomatie und Konfliktverhütung. Hier bedarf es geeigneter Diplomaten und Militärs, und ich denke, die OSZE-Mitgliedsstaaten sollten überlegen, bei den Außen- und Verteidigungsministerien Pools von Leuten mit der richtigen Vorbildung, den richtigen Sprach-

Referent Dr. Wilhelm Höynck

kenntnissen – insbesondere Russisch ist heute sehr gefragt – und – im Laufe der Zeit – den einschlägigen Erfahrungen zu bilden.

Darüber hinaus braucht die OSZE Konkretisierungen des Willens ihrer Mitglieder, sich an einer „peace keeping operation“ für Nagornij-Karabach zu beteiligen und die notwendigen Mittel aufzubringen. Österreich hat hier ermutigende Zeichen gegeben. Der Erfolg aller Bemühungen der OSZE um vorbeugende Diplomatie und Konfliktverhütung hängt davon ab, ob die Mitgliedsstaaten diese Bemühungen für die Beteiligten sichtbar unterstützen.

Schließlich, Herr Vorsitzender, kann die OSZE auf Dauer nur erfolgreich arbeiten, wenn ihre Arbeit wahrgenommen wird. Österreich als Sitzstaat der wichtigsten OSZE-Institutionen könnte hier eine besondere Rolle spielen, und deshalb bin ich besonders dankbar dafür, daß Sie bereit waren, die OSZE heute in Ihre Überlegungen einzubeziehen. – Ich danke Ihnen.

10.23

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank, Herr Generalsekretär. Meine Damen und Herren! Ich habe nicht genau auf die Uhr geschaut. Ich habe mir gedacht, ich mache einen Zuschlag für die große Zahl der Mitglieder der OSZE. Aber herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

Wir kommen nun zu den Professoren und zum Thema „Intergouvernementale Kooperation – supranationale Zusammenarbeit – kollektive Sicherheit: Ideen für eine europäische Sicherheitsstruktur“.

Ich darf als ersten Herrn Univ.-Prof. Dr. Hanspeter Neuhold von der Universität Wien um seinen Beitrag ersuchen. – Bitte, Herr Professor.

„Intergouvernementale Kooperation – supranationale Zusammenarbeit – kollektive Sicherheit: Ideen für eine europäische Sicherheitsstruktur“

10.24

Referent Universitätsprofessor Dr. Hanspeter Neuhold (Universität Wien): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Über die ersten beiden Aspekte des von Professor Rotter und mir gestellten Themas ist bereits ausführlich und sachkundig referiert worden. Ich möchte mich daher dem dritten Unterthema, der „kollektiven Sicherheit“, zuwenden.

Vielleicht kann ich mit dem Versuch einer Begriffsklärung und dem Hinweisen auf die Bedingungen für die Wirksamkeit eines Systems kollektiver Sicherheit einen bescheidenen Beitrag zu dieser Enquête leisten. Mit ist selbstverständlich klar, daß es sich dabei für viele um ein utopisches Fernziel handelt. Trotzdem mag es zweckmäßig sein, rechtzeitig auch über Einzelheiten nachzudenken; so akademisch – im negativen Sinn akademisch – das auch scheinen mag.

Die Probleme beginnen in der Tat mit den unterschiedlichen Bedeutungen, mit denen der Ausdruck „kollektive Sicherheit“ in der Diskussion gebraucht wird; oft bewußt oder unbewußt vermengt, verwechselt mit kooperativer Sicherheit und kollektiver Selbstverteidigung. Es erscheint mir sinnvoll, bei der in der theoretischen Auseinandersetzung am häufigsten verwendeten Definition zu bleiben. Danach liegt das Wesen kollektiver Sicherheit – jedenfalls in erster Linie – in gemeinsamen, wenn nötig auch militärischen Maßnahmen der übrigen Mitgliedsstaaten des Systems gegen jedes Mitglied, das ein anderes mit Waffengewalt angreift. Im Gegensatz zu einem Bündnis, einem System kollektiver Selbstverteidigung, ist also kollektive Sicherheit primär gegen Aggressoren innerhalb des Systems und nicht gegen Angreifer von außen gerichtet.

Für die Effektivität eines Systems kollektiver Sicherheit muß eine Reihe von Voraussetzungen vorliegen. Dabei stellt sich dann jeweils die Frage nach den Aussichten ihrer Verwirklichung im neuen oder vielleicht eben nicht so neuen Europa.

Militärisch sollte kein Mitgliedsstaat so stark sein, daß ihn auch das gemeinsame Potential aller übrigen Mitglieder von einem systemwidrigen Verhalten nicht abschreckt. Bei Funktionieren des

Referent Universitätsprofessor Dr. Hanspeter Neuhold

Systems brauchen, wenn überhaupt, dann nur in Ausnahmefällen Zwangsmaßnahmen ergriffen zu werden. Denn die Gewißheit eines vernichtenden Gegenschlags müßte einen Mitgliedsstaat, der einen Angriff auf einen anderen ins Auge faßt, auf die tatsächliche Ausführung eines derartigen Plans eigentlich verzichten lassen.

In einem gesamteuropäischen System kollektiver Sicherheit würden sich diesbezüglich allerdings die gleichen Schwierigkeiten wie bei den Vereinten Nationen daraus ergeben, daß ihm vier der fünf deklarierten Kernwaffenmächte der Welt angehören würden. Einerseits wird zwar gegen die geschlossene Front dieser Großmächte wie auch gegen einen durch sie geschützten Staat kein anderer eine bewaffnete Konfrontation riskieren wollen. Andererseits sind aber Sanktionen in einem Konflikt, an dem eine Macht mit einer nuklearen Zweitenschlagfähigkeit beteiligt ist, problematisch; sei es, daß sie selbst die Aggression begangen hat, sei es, daß der Angreifer mit ihrer Unterstützung rechnen kann.

Auf der zweiten, auf der rechtlichen Ebene müssen die Mitglieder eines Systems kollektiver Sicherheit erstens auf internationale Gewaltanwendung verzichten und sich zweitens ohne juristische Hintertüren zur Teilnahme an Zwangsmaßnahmen verpflichten.

Die erste Voraussetzung ist vor allem durch das Gewaltverbot in der Satzung der Vereinten Nationen, das im europäischen Rahmen insbesondere durch die Schlußakte von Helsinki bekräftigt und präzisiert wurde, erfüllt. Bei der Umsetzung der offenen zweiten Bedingung stellt sich die organisatorische Grundsatzfrage kollektiver Sicherheit.

Bei dem einen Modell, in einer dezentralen Struktur, hätte jedes Mitglied bei Vorliegen des beziehungsweise eines Sanktionstatbestandes automatisch zu handeln. Das Problem einer derartigen Konstruktion besteht in der Selbstbeurteilung des Anlaßfalles durch jeden einzelnen Mitgliedsstaat. Selbst bei einer grundsätzlichen allgemeinen Einigung über eine Definition der Aggression können über den Aggressor im konkreten Fall durchaus Meinungsverschiedenheiten herrschen.

In seiner Eindeutigkeit war – so könnte man es bezeichnen – das Lehrbuchbeispiel des irakischen Angriffs auf Kuwait eher die Ausnahme als die Regel. Dazu mag dann die nicht unverständliche Neigung der Mitglieder kommen, in Zweifelsfällen die mit der Ergreifung von Sanktionen auch für sie selbst verbundenen Kosten und Verluste zu vermeiden.

Die organisatorische Alternative besteht wie bei den Vereinten Nationen in der Betrauung eines Organs mit begrenzter Mitgliedschaft mit der Entscheidung darüber, ob gegen wen welche Maßnahmen – nur politische und wirtschaftliche oder auch militärische – durch welche Mitgliedsstaaten – soll heißen: durch alle oder nur bestimmte – zu setzen sind.

Bei der Schaffung eines derartigen europäischen Sicherheitsrates, wie er zum Beispiel russischerseits im Rahmen der KSZE/OSZE ins Spiel gebracht wurde, müßte jedoch eine Reihe politisch brisanter Fragen gelöst werden. Ich zähle sie Ihnen bloß auf:

Erstens: Wie viele beziehungsweise – besser im Interesse seiner Handlungsfähigkeit – wie wenige Mitglieder soll ein solches Gremium aufweisen?

Zweitens: Durch wen und aus welchen Gruppen von Mitgliedern soll es bestellt werden?

Drittens: Sollen bestimmte Staaten, das heißt vor allem die Großmächte, in ihm ständig vertreten sein?

Viertens: Sind Beschlüsse ein- oder mehrstimmig, und wenn mehrstimmig, mit welcher Mehrheit zu fassen?

Fünftens: Soll bestimmten Mitgliedern wie in den Vereinten Nationen ein Vetorecht zustehen?

Sechstens: Sind gemeinsame Sanktionen nur auf zwischenstaatlicher Ebene oder aber auch in den in Europa bedauerlicherweise so bedeutsamen innerstaatlichen Konflikten zu verhängen?

Siebtens: Sollen Zwangsmaßnahmen nur gegen rechtswidrige militärische Gewalt oder auch gegen andere schwerwiegende Rechtsbrüche ergriffen werden?

Referent Universitätsprofessor Dr. Hanspeter Neuhold

Und achtens: Wie weit soll die Bandbreite der Sanktionen reichen? Sind etwa auch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen vorzusehen, die politisch wohl eher realisierbar sind als militärische, etwa auch im Rahmen der OSZE?

Zu bedenken wäre auch das Verhältnis eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit zu den Vereinten Nationen. Nach Artikel 53 der UN-Charta dürfen Regionalorganisationen nämlich nur mit Ermächtigung des Sicherheitsrates der Weltorganisation zu Zwangsmaßnahmen schreiten.

Schließlich müßte noch die Verbindung zwischen kollektiver Sicherheit und kollektiver Selbstverteidigung geklärt werden: Soll das neue europäische System auch gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen bewaffnete Angriffe von außen – also durch Nichtmitglieder – vorsehen?

Die alles entscheidende politische Voraussetzung kollektiver Sicherheit – ich komme damit zur dritten Dimension – besteht in weitestgehender Solidarität und in der gemeinsamen Bejahung der Unteilbarkeit der Sicherheit seitens aller Mitglieder. Unabhängig davon, wie groß die räumliche Entfernung zum Angriffsopfer sein mag, wie gut bisher die Beziehungen zum Aggressor waren, die Mitgliedsstaaten müssen bereit sein, ohne Rücksicht auch auf eigene Verluste jedem Partner im System gegebenenfalls den erforderlichen Beistand zu leisten. Es gilt also der Grundsatz der Anonymität. Es gibt keine von vornherein feststehenden Freunde oder Feinde.

Die Bereitschaft zu und vor allem die tatsächliche Leistung gegenseitiger militärischer Unterstützung im Ernstfall sind bereits bei einem Bündnis keine Selbstverständlichkeit. Dies trifft selbst bei einer beschränkten Zahl der Alliierten sowie engen Bindungen zwischen ihnen und trotz der Abwehr eines in der Regel wenn schon nicht genannten, dann doch bekannten gemeinsamen äußereren Gegners zu. Unter anderem wird dies bei den Schwierigkeiten der Europäischen Union bei der Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigung ja deutlich. Diese Probleme sind trotz einer durch das Ende des Ost-West-Konflikts geschaffenen Plattform gemeinsamer Werte im gesamteuropäischen Rahmen, in dem kollektive Sicherheit ja angepeilt wird, wohl noch größer.

Kollektive Sicherheit sollte also in dem soeben vorgeschlagenen Sinn verstanden werden. Vor allem einem obligatorischen System friedlicher Streitbeilegung, wie es in Europa insbesondere die KSZE/OSZE entwickelte – wir haben es gerade gehört –, präventiver Diplomatie, des Krisenmanagements und friedenserhaltender Operationen sowie gemeinsamer Maßnahmen gegen nichtmilitärische Bedrohungen und Gefahren kommt auf unserem Kontinent zweifelsohne große und steigende Bedeutung zu.

Schritte im Bereich der kooperativen Sicherheit beziehungsweise der „soft security“ werden – so ist jedenfalls zu hoffen – den Ausbruch bewaffneter Konflikte in der Regel verhindern können. Sie ersparen aber nicht Vorkehrungen gegen Friedensstörer, die trotzdem ihre politischen Ziele mit der Waffe in der Hand verfolgen.

Betrüblicherweise werden wir wohl auch im Europa des 21. Jahrhunderts eine derartige Fortsetzung der Geschichte nicht ausschließen können. Ebenso betrüblich wäre es, wenn Europa nicht Ordnung in seinem eigenen Haus halten könnte. In nächster Zukunft wird es dabei freilich auch auf fremde Hilfe – vor allem jene der USA – und auf eine Mehrzahl sicherheitspolitischer Institutionen angewiesen sein, auf die hoffentlich die Bezeichnung „interlocking“ und nicht „interblocking“ zutreffen wird.

Meine Damen und Herren! Es ist höchste Zeit, konkrete Lehren aus der europäischen Tragödie und dem europäischen Debakel im ehemaligen Jugoslawien zu ziehen. Mir scheint, das gilt auch für Österreich. – Ich danke Ihnen.

10.35

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank, Herr Professor Neuhold.

Ich darf nunmehr Herrn Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter ersuchen, seine Vorstellungen zu diesem Thema zu referieren. – Bitte schön, Herr Professor.

Referent Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter

10.35

Referent Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter (Universität Linz): Danke. – Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Wenn ein Manuskript beim Kürzen immer länger wird, dann gibt man am besten den Kürzungsprozeß auf. Genauso habe ich es getan. Es liegt Ihnen mittlerweile die volle Fassung meines Textes vor; ich werden sie aber nicht vortragen.

Ich beginne beim Abschnitt 4. Das wird mir deswegen auch sehr viel leichter, weil der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler die Problematik des Definierens von Sicherheit schon angesprochen haben und weil Professor Neuhold sehr klar und sehr plastisch die Notwendigkeit, wieder zu ursprünglichen Begriffen in der sicherheitspolitischen Diskussion zurückzufinden, dargelegt hat.

Neuerdings, meine Damen und Herren, bedarf es geradezu querulatorischen Mutes, darauf hinzuweisen, daß die dauernde Neutralität das Ergebnis des Eingehens einer völkerrechtlichen Verpflichtung ist; mehr noch, wenn man darauf hinweist, daß diese Verpflichtungen ursprünglich etwas größeren Umfang hatten, als wir heute bereit sind zuzugeben.

Aufgrund seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen hat der Neutrale im Falle eines Krieges die Integrität seines Territoriums und damit die Gewährleistung seiner dauernden Neutralität gegenüber jeder Beeinträchtigung – von welchem kriegsführenden Staat immer – zu schützen. Nimmt man dies ernst, meine Damen und Herren – und darüber besteht eigentlich auch zwischen den österreichischen Völkerrechtspartnern Einigkeit –, dann bedeutet dies in letzter Konsequenz, daß Österreich sich auch in einem bewaffneten Konflikt, an dem ein EU-Mitglied beteiligt ist, neutral verhalten muß, und zwar neutral im Sinne des V. und XIII. Haager Abkommens und der sie mittlerweile umgebenden weiteren völkerrechtlichen Normen.

Von den daran zu knüpfenden wirtschaftlichen Konsequenzen hat sich die österreichische Bundesregierung im Zuge des EU-Beitrittes gelöst. So wurde beispielsweise in Artikel 23f der EU-Beitrittsnovelle zum B-VG ausdrücklich auch die Teilnahme an Embargomaßnahmen der Europäischen Union vorbereitet, ohne daß in diesem Zusammenhang ein Neutralitätsvorbehalt erhoben worden wäre.

Freilich muß man ganz deutlich unterstreichen, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, daß die Teilnahme an solchen oder anderen Maßnahmen der EU nur dann neutralitätsrechtlich relevant ist, wenn sie im Zusammenhang mit einem bestehenden Kriegszustand, und dann, wenn sie ohne Genehmigung der Vereinten Nationen vorgenommen werden sollte. Österreich hat sich ja aus Anlaß des zweiten Golfkrieges von der integralen Neutralität ab- und der sogenannten differentiellen Neutralität – wie wir das in der Branche nennen – zugewandt. Das bedeutet, daß wir Verpflichtungen aus der Satzung der Vereinten Nationen den Verpflichtungen aus der dauernden Neutralität – was übrigens immer satzungskonform gewesen ist – vorgehen lassen.

Dabei ist anzumerken, daß die von der österreichischen Bundesregierung in aller Offenheit vorgenommenen Modifikationen ihres bisherigen Neutralitätsverständnisses – und ich halte das für wichtig – auf keinerlei Widerspruch gestoßen sind, sei es vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder von jenen Staaten, gegenüber welchen Österreich seine Neutralitätsverpflichtung übernommen hat.

Es muß also davon ausgegangen werden, Herr Vorsitzender, daß die Änderungen der österreichischen Neutralitätsauffassung innerhalb jener Toleranzgrenze liegen, die gemeinhin mit der Selbstbestimmung der Inhalte der dauernden Neutralität in der Staatenwelt verbunden wird.

Wichtig scheint mir aber, an dieser Stelle hervorzuheben, Herr Vorsitzender, daß die dauernde Neutralität für Österreich immer nur ein Instrument der Sicherheitspolitik, niemals aber ein Zweck in sich selbst war. Sie ist daher immer wieder darauf zu prüfen, ob sie die Sicherheitsbedürfnisse Österreichs optimal zu gewährleisten vermag oder ob andere Konstruktionen vorzuziehen sind.

Referent Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter

Die Ausführungen der Herren Präsidenten Antretter und Voigt zeigen, daß es diesbezüglich mehr Probleme als Lösungsansätze gibt und daß – soweit wir das jetzt beurteilen können – solche Alternativen gegenwärtig nicht zu Gebote stehen.

Der schlichte Hinweis auf den Umstand, Herr Vorsitzender, daß die dauernde Neutralität Österreichs in einem engen Zusammenhang mit dem kalten Krieg gestanden – man hört dies oft – und somit nach dessen Ende obsolet geworden sei, ist nach meiner Überzeugung keine ausreichende Begründung dafür, sie aufzugeben. Schließlich und endlich sind auch die beiden Militärbündnisse WEU und NATO Produkte des kalten Krieges und werden dennoch von vielen als zentrale Stützen der europäischen Sicherheit gepflegt.

Aus der Sicht der Konzeption der österreichischen Sicherheitspolitik ist der Umstand von besonderer Bedeutung – ich bin beim nächsten Kapitel, bei der GASP –, daß Artikel J.1 des EU-Vertrages der Europäischen Union zum ersten Mal in der Geschichte internationaler Organisationen eine eigene Identität und damit ein eigenes Sicherheitsbedürfnis, und zwar als Organisation, auf der Ebene des europäischen Verfassungsrechtes – wenn ich das hier so verkürzt sagen darf – zugeschrieben wird.

Daß es sich dabei um mehr als bloß eine integrationspolitische Geste handelt, kann dem da und dort erkennbaren Bedürfnis der Mitgliedsstaaten der EU entnommen werden, die Errichtung einer europäischen Sicherheitsidentität zu einem besonderen Anliegen der Regierungskonferenz des Jahres 1996 zu machen. Verschiedenen Indizien ist zu entnehmen, daß dieser Sicherheitsidentität auch die gemeinsame Sorge der Mitgliedsstaaten um wirtschaftliche Interessen – wie Gefährdung von Versorgungsströmen außerhalb des Gemeinschaftsterritoriums – zuzuordnen sein wird. Sehr verkürzt ausgedrückt: Es muß damit gerechnet werden, daß in der EU eine neue Großmacht – auch mit außereuropäischen Sicherheitsinteressen – entstehen wird. Die Planung der österreichischen GASP-Politik muß diese Möglichkeit jedenfalls berücksichtigen und mit der Notwendigkeit entsprechender Grundsatzentscheidungen rechnen.

Herr Vorsitzender! Die Willensbildung für die Maßnahmen im Bereich der GASP beruht auf dem Konsensprinzip. Das ist aus neutralitätsrechtlicher und neutralitätspolitischer Sicht bedeutsam. Allerdings ist nicht minder bedeutsam, daß sich die Mitgliedsstaaten in der 27. Erklärung zum EU-V im Zuge der Maastrichter Verhandlungen darauf geeinigt haben, daß bei Entscheidungen im Rahmen der GASP das Erfordernis der Einstimmigkeit soweit nur irgend möglich nicht dazu genutzt wird, das Zustandekommen einer Entscheidung zu verhindern, sofern eine qualifizierte Mehrheit gegeben ist. – Es ist wichtig, auch das bei der Konzeption des österreichischen Abstimmungsverhaltens im Zuge und im Rahmen der GASP zu berücksichtigen.

Dieses Bild muß noch mit dem Hinweis auf die Bestimmungen des Artikels J.4 Abs. 4 erweitert werden, wonach die GASP den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mancher Mitgliedsstaaten – wir sprechen von der „irischen Formel“ – nicht beeinträchtigt. Die Bereitschaft aller Mitgliedsstaaten vorausgesetzt, bietet diese Bestimmung im Bereich der GASP vordergründig die Möglichkeit der Schaffung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten im Bereich der Sicherheitspolitik. Hier bietet sich für Österreich eine realistische Grundlage für die Nichtteilnahme an außereuropäischen militärischen Machtentfaltungen der NATO beziehungsweise WEU.

Sowohl NATO als auch WEU sind Produkte des kalten Krieges, wir sollten das nicht übersehen. Aus der Sicht des elfenbeinernen Turmes des politischen Analytikers wäre es freilich einfacher gewesen, hätten sich auch diese beiden Organisationen parallel zur Auflösung des Warschauer Paktes in die Geschichte zurückgezogen. Dann wären nämlich alle Karten – und nicht nur die des aufgelösten Warschauer Paktes und seiner Mitglieder – neu zu mischen gewesen.

Das besondere Charakteristikum der NATO aus der Sicht der hier anzustellenden Überlegungen liegt darin, Herr Vorsitzender, daß ihr nicht nur europäische Staaten, sondern eben auch die USA und Kanada angehören. Vor dem Hintergrund der vorgegebenen Strukturen der NATO ist

Referent Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter

klar, daß diese ihr militärisches Verhalten entlang den Sicherheitsinteressen der USA ausrichten muß; diesbezüglich haben wir heute ja schon einiges gehört.

Die WEU war – wieder sehr verkürzt ausgedrückt – nur als Ableger der NATO konzipiert; wir haben gehört, mit welcher Zielrichtung; eine davon wurde bereits genannt. Mittlerweile aber wurde mit Hilfe einer Reihe von Maßnahmen sichergestellt, daß sie über eigene organisatorische Einrichtungen auch im Bereich der Militärpolitik verfügt. An sich wäre die WEU als rein europäische Organisation durchaus prädestiniert, der Kern einer eigenen europäischen Verteidigungsorganisation zu werden. Allein der Umstand, daß alle WEU-Mitglieder auch Mitglieder der NATO – allerdings nicht umgekehrt – sind, macht deutlich, daß diese enge Verflechtung zwischen den beiden Organisationen nicht so ohne weiteres aufzulösen sein wird – was auch gar nicht beabsichtigt ist.

Die WEU ist eine Militärlizenz wie die NATO, die durch die Bestimmungen des EU-V über die GASP – entschuldigen Sie diesen Abkürzungskauderwelsch, aber anders würde es noch länger dauern – aus einem Dornröschenschlaf im Bedeutungsschatten der NATO herausgeholt wurde. Sie wurde gleichsam als Dienstleistungsunternehmen zum integralen Bestandteil – wir haben es gehört – der Entwicklung der Europäischen Union gemacht und damit beauftragt – ich zitiere –, „die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen“. – Ende des Zitats.

An sich würde ihr Vertrag im Jahre 1998 auslaufen beziehungsweise zur Auflösung anstehen. Die immer deutlicher werdenden Bemühungen der Mitgliedsstaaten, aber vor allem der Organe der WEU, ihre Bedeutung zu festigen, legen den Schluß nahe, daß der WEU-V über 1998 verlängert werden wird.

Die WEU ist eng mit der NATO verbunden – ich sagte es schon – und versteht sich, wie viele Dokumente zeigen, als verstärkte europäische Säule der atlantischen Allianz – wir haben es gehört. Aus der Sicht der österreichischen Mitwirkung an der GASP ergibt sich allerdings keine Notwendigkeit eines Beitritts zur WEU, ja im Grunde genommen nicht einmal für den Status eines WEU-Beobachters.

Die Bestimmungen des zitierten Artikels J.4 EU-V belegen deutlich den instrumentalen Charakter der WEU im Verbund der GASP. Nach den Vorschriften des EU-V und auch nach allen vorliegenden Unterlagen wird die politische Entscheidungskompetenz für die GASP eindeutig beim Europäischen Rat und dem Rat der Gemeinschaften liegen. Die WEU-Organe sind die Exekutoren der in der EU getroffenen Entscheidungen – nicht mehr, aber freilich auch nicht weniger.

Noch weniger ist ein Beitritt zur NATO erforderlich, wenn – und das gilt natürlich auch für allfällige Wünsche, der WEU beizutreten – nicht außergemeinschaftliche Zielsetzungen damit verfolgt werden sollen. Ich lege Wert auf diese Einengung! Aus der Sicht der Mitwirkung an der GASP ist ein Beitritt zur WEU oder gar zur NATO nicht erforderlich, es sei denn – aber das müßte dann ausdrücklich erklärt werden, damit es eine demokratische Willensbildung darüber geben kann –, man verfolgt damit andere Zielsetzungen, die über die GASP-Teilnahme hinausgehen.

Bei allen Beitrittsüberlegungen muß allerdings im Zusammenhang mit der NATO der Umstand berücksichtigt werden – und das ist etwas, was mich auch persönlich sehr betroffen macht –, daß die NATO auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes weiterhin – und sie hat das ausdrücklich gesagt – an ihrer Atomstrategie festhalten wird und festhält. Dies steht, wie ich glaube, in klarem Widerspruch zum österreichischen Selbstverständnis und – auch das darf schnell angemerkt werden – zu den Verpflichtungen aus dem 1. Zusatzprotokoll zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen 1949.

Die gelegentlich auch von Fachkollegen und, wie wir hier gehört haben, auch vom Herrn Vizekanzler geäußerte Vorstellung, daß die NATO einem grundlegenden Wandel unterzogen werden könnte, sodaß sie de facto tatsächlich den Charakter eines Systems der kollektiven Sicherheit im obigen Sinn annimmt, kann ich nicht ausschließen, ich halte sie aber nicht für realistisch. Jedenfalls müßte sie ihres Charakters eines Militärbündnisses mit beschränktem

Referent Universitätsprofessor Dr. Manfred Rotter

Aktionsradius entkleidet werden, sodaß sie mit der NATO von heute nur mehr den Namen gemeinsam hätte. Konkrete Strategien lassen sich nach meiner Überzeugung aus solchen Spekulationen nicht ableiten.

Ich komme zum Ende. – Das von Österreich autonom anzustrebende Sicherheitskonzept kann nach meiner Überzeugung nur auf Basis der Errichtung eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit entwickelt werden. Diesbezüglich befindet ich mich offensichtlich in Einigkeit mit all meinen Vorfrednern.

Alle anderen Konzepte führen zu einer Ausgrenzungssituation, insbesondere gegenüber der Russischen Föderation und anderen ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes beziehungsweise der GUS, was in sich selbst wieder neue Sicherheitsrisiken gebiert. Der Einwand jener, die darauf hinweisen, daß ein System kollektiver Sicherheit nur so lange funktionsfähig ist, als sich Staaten finden, die bereit sind, das entsprechende militärische Rückgrat für ein solches System zur Verfügung zu stellen, ist grundsätzlich richtig. Ebenso richtig ist, daß die Bereitschaft demokratischer Staaten, Militärpotentiale für den Einsatz außerhalb ihres eigenen Verteidigungsbereiches zur Verfügung zu stellen, äußerst gering ist.

Die österreichische Konzeption müßte entweder den Weg gehen, überhaupt eine neue gesamt-europäische Sicherheitsarchitektur zu entwerfen oder innerhalb der vorgegebenen Rahmens rein europäische Substrukturen zu entwickeln, die – und das halte ich für wichtig – nicht die Aufgabe hätten, die Großmächte auszuschließen, sondern vielmehr, auf dem europäischen Kontinent eine Sicherheitszone zu schaffen, um die sich die Militärplaner der Großmächte nicht zu kümmern brauchen.

Die Errichtung eines nicht zuletzt auch geographisch überschaubaren Systems kollektiver Sicherheit in Europa erhöht meiner Überzeugung nach die Bereitschaft seiner Teilnehmer, sich auch militärisch zu seiner Stützung zu engagieren, weil dann der Aufwand kalkulierbar wird, was er jetzt – etwa im Rahmen der OSZE – nicht ist. Die OSZE ist in ihrer gegenwärtigen Form für ein solches Modell nicht geeignet. So sinnvoll sie als Kommunikationsmedium und als Hilfseinrichtung für Vermittlungs- und ähnliche Maßnahmen ist, so ist sie aufgrund ihrer breiten geographischen Ausdehnung – sie umfaßt ja praktisch die gesamte nördliche Hemisphäre – und aufgrund des sehr spröden Willensbildungsprozesses als autonomer Sicherheitsproduzent überfordert. – Herr Höynck hat das ja auch auf seine Weise dargestellt.

Alles in allem gilt es, auch im Bereich der Sicherheitspolitik das Udenkbare zu denken. – Ich danke, Herr Vorsitzender.

10.52

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank, Herr Professor.

III. Punkt: Diskussionsbeiträge

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Wir kommen nun zu den Statements der geladenen Teilnehmer. Ich erinnere daran, daß die Redezeit für jeden Beitrag maximal 5 Minuten beträgt, und da es sich nicht um Gäste handelt, werde ich hier restriktiv vorgehen.

Erster Redner: Herr Abgeordneter Kostelka. – Bitte.

10.53

Abgeordneter Dr. Peter Kostelka (SPÖ): Danke vielmals, Herr Vorsitzender. – Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß dem Herrn Vorsitzenden für die Verkündung des parlamentarischen Gleichheitsgrundsatzes danken, da es in diesen Diskussionen anscheinend gleiche und gleichere gibt. Lassen Sie mich daher fünf Bemerkungen in 5 Minuten machen.

Erstens: Daß die Welt, wie sie sich in Europa nach 1945 eingerichtet hat, zerbrochen ist und daß wir daher, ähnlich wie in den späten vierziger und Anfang der fünfziger Jahre, neuerlich die

Abgeordneter Dr. Peter Kostelka

Chance haben, eine Neuordnung der künftigen Sicherheits-, aber auch der politischen Struktur Europas vorzunehmen, ist evident. Die Frage ist nur, wie wir dies tun.

Das scheint mir deswegen von so erheblicher Bedeutung zu sein, weil ich einen gewissen psychologischen Druck sehe, daß von dem von den beiden polaren Welten in Europa übriggebliebenen einen Partner ein Druck ausgeht, den Sieg auszukosten. Zumindest wird mit aller psychologisch verständlichen und politisch rühmenswerten Zurückhaltung, aber doch mit Befriedigung darauf hinzuweisen sein, daß das westliche Konzept das richtige war. Damit hat Österreich nie Probleme gehabt, ganz im Gegenteil. Wir waren nach 1955 militärisch, aber nie gesellschaftspolitisch neutral.

Diese Entwicklung wird ergänzt durch einen ebenso verständlichen Trend, insbesondere in den Reformstaaten, bei den Siegern zu sein. Es ist ja durchaus richtig, daß sie in den Strudel der Ereignisse nach 1945 hineingezogen worden sind, daß ihre Entscheidungen nicht wirklich freiwillig waren und daß Nationen, die ein paar Jahrhunderte westorientiert waren, nunmehr die Chance bekommen, sich zu reorientieren, und das ist auch durchaus eine akzeptable, eine vernünftige und richtige Entscheidung. Die Frage ist jetzt nur: Welchem Europa sollen wir in Zukunft die Chance geben?, und da bin ich durchaus auf Seiten der Naivität, die Karsten Voigt dargestellt hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben mit weniger Furcht als je zuvor die Chance, diese Ordnung umzugestalten. Wir haben mit weniger hegemonialen Einflüssen die Chance, eine Neuordnung Europas vorzunehmen, und wir sollten dies auch tun: Frieden kann niemals der Sieg des einen sein. – Erster Punkt von meiner Seite.

Es ist für mich evident, daß es, wenn wir uns die Sicherheitsstrukturen Europas für die nächsten Jahrzehnte überlegen, nicht zwangsläufig richtig sein muß, die bisherigen Entwicklungslinien unüberlegt und unreflektiert fortzuziehen und weiterzuschreiben.

Viele der Strukturen in Europa sind zwangsläufig Kinder der Zeit, in der sie entstanden sind, und daher liegt auf der Hand, daß es möglich und sinnvoll sein kann – ja auch sein sollte –, anzudenken, diesem künftigen nicht bipolaren, sondern auf einer wesentlich breiteren Basis stehenden Europa tatsächlich auch eine solche breitere Basis zu geben.

Ich glaube, das Gleichgewicht des Schreckens sollte ersetzt werden durch ein Gleichgewicht der Sicherheitsbedürfnisse. In einer Welt, in der es nicht nur zwei Partner gibt, sondern wesentlich mehr und durchaus gleichberechtigte Gesprächspartner und auch Nationen, in diesem Europa sollte eine nichtbipolare Konstruktion die Basis künftiger Entwicklungen sein.

Daher besteht aus meiner Sicht die absolute Notwendigkeit, dieses künftige Europa nicht nur militärisch anzudenken. Letztendlich wird für eine Friedensorganisation in diesem Europa ein militärischer Arm wohl notwendig sein – das stelle ich außer Streit. Ich glaube nur, es bedarf, so wie auch in allen anderen Peace-making- und Peace-enforcement-Prozessen der Welt, wo immer sie bisher funktioniert haben, einer moralischen und politischen Legitimation, um einen solchen Prozeß in Gang zu setzen, und der Akzeptanz der Völkerfamilie.

Es kann nicht so sein, daß 14 europäische Staaten der NATO gegen 28 andere europäische Staaten Frieden machen, sondern es kann nur so sein, daß dies eine gesamteuropäische Aufgabe ist. Eine Europäisierung der Monroe-Doktrin kann keine Friedensbasis für die nächsten Jahrzehnte sein. Wir brauchen daher eine politische Organisation. Diese zu vertreten, ist, würde ich meinen, insbesondere Aufgabe eines Kleinstaates, eines neutralen Kleinstaates. Kleinstaaten in der NATO gibt es genug, und wir sollten uns einer solchen zweistufigen Friedensorganisation verschreiben, der breiten Basis einer politischen Organisation, wie etwa der OSZE, die Legitimationsgeber für den militärischen Arm sein kann. – Danke.

10.59

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank. – Frau Abgeordnete Tichy-Schreder, bitte.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder

10.59

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren Vortragenden! Ich möchte auf Herrn Klubobmann Kostelka zu sprechen kommen, der gemeint hat, eine Welt in Europa sei zerbrochen. – Herr Klubobmann, ich sehe das nicht so, daß eine Welt zerbrochen ist. Vielleicht ist das Weltbild verschiedener Personen zerbrochen, aber die Welt in Europa ist nicht zerbrochen. Ich sehe auch nicht, daß es Sieger und Besiegte gibt, sondern ich sehe nur menschenwürdige Systeme und menschenunwürdige Systeme.

Herr Klubobmann! Ich sehe es gar nicht so, daß eine Welt zerbrochen ist. Vielleicht ist das Weltbild einzelner zerbrochen, aber sicherlich nicht in ganz Europa. Es gibt meiner Ansicht nach nicht Sieger und Besiegte, sondern nur menschenwürdige und menschenunwürdige Systeme.

Gerade der Aufbau Europas, der Europäischen Union zeigt, daß man zwischen großen und kleinen Staaten keinen Unterschied macht, es handelt sich vielmehr um gleichberechtigte Partner. Aus diesem Grunde, glaube ich, hat sich Österreich auch dazu entschlossen beizutreten. Es bevormunden nicht große Staaten kleine Staaten. Es ist vielmehr so – und das ist das Interessante an der Europäischen Union und an deren Konzeption –, daß Europa ein neues System, neue Strukturen des gegenseitigen Verständnisses und des gegenseitigen Aufspürens von Problemen entwickelt. Es werden Probleme nicht durch Überstimmen beseitigt und auch Argumente nicht auf diese Weise vom Tisch gewischt. Ich glaube, das ist die Chance für Europa.

Ich sehe auch, daß insgesamt, wenn wir von einer Sicherheitsstruktur für Europa sprechen – das haben auch die Herren Professoren besonders betont –, sehr stark der militärische Aspekt zum Tragen kommt. Ich meine, daß der militärische Aspekt ein Teil davon ist, aber der wesentlich größere Teil sind die angesprochenen Aspekte der Umweltpolitik, der internationalen Kriminalität und auch wirtschaftliche Aspekte.

Mich hat gewundert, daß Herr Professor Neuhold noch in alten Strukturen denkend von Wirtschaftsströmen gesprochen hat. Natürlich müssen Professoren Dinge aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, aber Sie meinen, die Sicherheit der Wirtschaftsströme weltpolitisch gesehen ... (*Prof. Dr. Neuhold: Ich nicht!*) Doch. (*Abg. Dr. Kostelka: Sie haben mich auch mißverstanden!*) Nein, ich habe genau zugehört.

Es ist natürlich ein Problem, daß sich die Sichtweise verändert hat. Das, was ich gerade heute von den Vertretern der WEU, der NATO und der OSZE gehört habe, und auch die Öffnung zeigen, in welchem Umdenkenprozeß wir uns befinden. Dieser Umdenkenprozeß hat 1989 begonnen und führte dazu, daß man sich bewußt wurde, daß zur Friedenserhaltung in Europa und darüber hinaus Strukturen geschaffen werden müssen, und zwar deshalb, weil man erkannt hat, daß man bei regionalen Konflikten Katalysatoren braucht, die im Rahmen der Europäischen Union, im Rahmen der OSZE wirksam werden sollen. Der Wille der europäischen Staaten geht auch in diese Richtung, sich dieser Katalysatoren zu bedienen. Das hat sich im Falle des Konfliktes in Tschetschenien, in den GUS-Staaten und in Rußland gezeigt.

Ich glaube, das bedeutet eine Chance. Aber die Wirksamkeit hängt auch davon ab, wie wir in Zukunft damit umgehen, und zwar in einem Europa, wo die Menschen darunter leiden, daß die Europäische Union noch nicht für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bereit ist. Das muß der nächste Schritt sein. Das zeigen die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien. Man muß diesbezüglich zu einer einheitlichen Meinung kommen.

Ich glaube, wir müßten bei Beschlüssen der Europäischen Union vor allem auch darauf achten, ob es sich um Mehrheitsbeschlüsse oder um einstimmige Entscheidungen handelt, wobei man in einzelnen Bereichen, in denen es darum geht, Vetos zu vermeiden, auch schrittweise vorgehen kann, um so auch den Argumenten Gehör zu verschaffen. Es ist vielfach leichter, durch ein Veto zu verhindern, argumentieren zu müssen, wobei zu sagen ist, daß man bei entsprechender Argumentation durchaus Einstimmigkeit erzielen kann. In jenen Fällen, in denen es bis jetzt aufgrund von Argumenten im Rahmen der Europäischen Union zu gemeinsamen Willensbildungen gekommen ist, hat man auch den anderen verstanden, was zur Folge hatte, daß kein Staat den anderen überstimmte.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder

Österreich wird an dieser Diskussion teilnehmen. Wir müssen einen gemeinsamen Weg in Europa finden, wobei wir auch auf die anderen Mitgliedstaaten eingehen müssen. Das Konzept ist aber noch nicht fertig. Ich glaube, deshalb ist es gut, daß wir zu Beginn diese Diskussion haben, damit wir uns noch eine Meinung bilden können, was die Entwicklung in den Jahren 1996 und 1997 betrifft, um so zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu kommen.

11.05

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank. – Herr Abgeordneter Scheibner, bitte.

11.05

Abgeordneter Herbert Scheibner (Freiheitliche): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt einige Male durchgeklungen, nach dem Zerfall des Ostblocks gebe es nun eine Siegesstimmung des Westens und eine Ausgrenzungsstrategie gegenüber den ehemaligen ost-europäischen Staaten und die NATO sei ein Produkt des kalten Krieges, das diese Tendenz noch fördert.

Meine Damen und Herren! Morgen werden sich viele Staaten an einem Tisch zusammenfinden, und zwar bei der NATO-Vollversammlung in Turin, und sie werden über die Osterweiterung, über die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik diskutieren. Am selben Tisch mit Vertretern jener NATO-Staaten, die es auch zur Zeit des kalten Krieges waren, werden Vertreter von fast allen Staaten des ehemaligen Ostblocks sitzen und voll in die Diskussionen eingebunden sein. Wenn man sieht, was in den letzten Jahren passiert ist, dann, so meine ich, kann man doch nicht ernstlich von einem Instrument des kalten Krieges sprechen, wiewohl ich schon auch sehe, daß es da eine neue Entwicklung gibt, nämlich was Rußland betrifft. Rußland hat noch vor wenigen Monaten vehement den Standpunkt vertreten, daß eine NATO-Osterweiterung nicht ohne Einbindung Rußlands erfolgen kann. Plötzlich ist das ganz anders. Rußland möchte nun ein Vetorecht und sagt sogar offen, wenn es diese NATO-Osterweiterung gibt, dann würde das Krieg in Europa bedeuten. – Zitat von Jelzin vor wenigen Wochen.

Wenn man sagt, Rußland müsse in die europäische Sicherheitsdiskussion miteingebunden sein, dann ist das, so meine ich, richtig. Es darf keine Sicherheitsdiskussion gegen Rußland geben, aber ich glaube, es ist letztlich die Entscheidung Rußlands, ob es mit den anderen europäischen Staaten an einer europäischen Sicherheitsstruktur arbeitet oder ob sich die europäische Sicherheitsstruktur gegen Rußland als Verteidigung im Hinblick auf neue russische Expansionsbestrebungen richten wird.

Aus den Referaten der Experten ist heute eindeutig hervorgegangen, daß wir alle an einem europäischen Sicherheitssystem arbeiten, daß es aber etwas anderes geben wird als jene Strukturen, die jetzt vorhanden sind, daß es nicht etwas gänzlich Neues sein wird, sondern daß sich all jenes, was sich in Europa entwickeln wird, aus den bestehenden Strukturen wird organisieren müssen, denn alles andere wäre Zeit- und Geldverschwendung.

Für Österreich stellt sich meiner Ansicht nach die Frage, wie wir in der Gegenwart, aber auch in der Zukunft unsere Sicherheitspolitik organisieren werden. Die Gefährdungen sind offensichtlich. Ich sehe nicht, daß es keine Gefährdungen mehr gibt, ganz im Gegenteil, es gibt bis zu 30 potentielle Konfliktherde in Europa. Angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren kann wohl niemand garantieren, daß es in drei, vier oder fünf Jahren nicht auch für Österreich existentielle militärische Bedrohungen geben wird. Darauf müssen wir jetzt reagieren. Wir können nicht darauf warten, ob sich in 10 oder 15 Jahren eine neue Sicherheitsstruktur bilden wird. Für mich ergeben sich daher drei Lösungsmöglichkeiten für die österreichische Sicherheitspolitik:

Die erste Möglichkeit wäre, allein die Sicherheit für die Zukunft zu garantieren und dann auch die Neutralität ernst zu nehmen. Die Frage ist, was das kosten würde, vor allem dann, wenn man die abschreckende Wirkung miteinbezieht, die ein Staat erzielen muß, um überhaupt einmal einen militärischen Konflikt zu vermeiden.

Die zweite Möglichkeit ist, in Kooperation mit anderen Staaten zu treten und gemeinsam die Sicherheitspolitik zu organisieren.

Abgeordneter Herbert Scheibner

Die dritte Möglichkeit wäre eine gefährliche, und ich fürchte, daß wir derzeit diesen Weg gehen: das ist Beobachten, Zuwarten und Hoffen, daß nichts passiert.

Ich meine, daß die zweite Möglichkeit, nämlich Kooperation mit anderen Staaten, die einzig sinnvolle und richtige ist. In diesem Fall muß die Kooperation mit jener Institution für uns vorrangig sein, wo heute bereits konkrete Sicherheitsstrukturen aufgebaut sind und die Sicherheitsgarantien abgeben kann, und das ist meiner Ansicht nach einzig und allein die NATO.

Deshalb sollte man ohne Tabus in diese Diskussion gehen. Wir haben gehört, daß das ohnehin nicht von heute auf morgen gestaltet werden kann. Aber wenn wir am Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems mitarbeiten wollen, dann, so meine ich, geht das nur mit allen Rechten und Pflichten. Es wird nicht akzeptiert werden, daß ein Staat von außen zwar gute Tips gibt, im Ernstfall vielleicht noch darauf wartet, daß die anderen Staaten seine Sicherheit mit garantieren, aber selbst keinen Beitrag dazu leisten möchte.

Deshalb sollten möglichst rasch die Verhandlungen mit der NATO aufgenommen werden, um in eine echte Kooperation zu treten. Vorsitzender Karsten Voigt hat schon gesagt, daß alle ost-europäischen Staaten stärker in die NATO integriert sind, als das bei Österreich der Fall ist. (*Abg. Tichy-Schreder übernimmt den Vorsitz.*) Ich glaube, wir sollten endlich dazu kommen, die Neutralität nicht als Selbstzweck zu sehen, sondern als sicherheitspolitisches Instrument. Sie kann uns meiner Meinung nach keine Antworten auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft geben.

11.11

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke vielmals. – Als nächstem darf ich Abgeordnetem Dr. Renoldner das Wort erteilen.

11.11

Abgeordneter Dr. Severin Renoldner (Grüne): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich eingangs bedanken, und zwar bei allen Referenten, aber besonders beim Herrn Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, der in einer sehr differenzierteren und pragmatischen Weise zum Ausdruck gebracht hat, daß selbstverständlich die künftige europäische Sicherheit auf verschiedenen Organisationen – und ich füge hinzu: mit verschiedenen Mitgliedschaften – aufgebaut sein wird. Ich halte diesen sehr pragmatischen Standpunkt seitens des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung auch für wichtig, weil er in Österreich Bildungswert besitzt.

Selbstverständlich gibt es in Österreich politische Exponenten, die eine NATO-Option vertreten. Und selbstverständlich war diese Diskussion auch indirekt Anlaß für die heutige parlamentarische Enquête.

Meine Damen und Herren! Die NATO-Beitrittsoption ist in Österreich von den innenpolitischen Exponenten, die sie vertreten, eindeutig kombiniert mit einer Berührung mit dem äußersten rechten Rand der österreichischen innenpolitischen Szene. Das ist auch deutlich an die Adresse eines Vertreters der Nordatlantischen Versammlung zu sagen, denn ein solcher Beitritt hätte selbstverständlich auch eine bestimmte Form politischen Bündnisses zur Folge.

Wir sprechen neuerdings in Österreich von der sogenannten Ulrichsberg-Mehrheit, also von einer politischen Exponentenfraktion, die eindeutig auch Traditionspflege unter direktem und bewußtem Anschluß an die Deutsche Wehrmacht und sogar bis zu einzelnen Kooperationen der ehemaligen SS betreibt. Wenn man dem den Gründungsmythos der Nordatlantischen Versammlung und der NATO entgegenhält, dann, muß ich sagen, war dieser eindeutig auf einer Werteorientierung an den Menschenrechten, an einer Rechtsstaatlichkeit im westlich-demokratischen Sinne aufgebaut, also in diametraler Richtung. Es ist also deutlich, daß sich nach 1989 diese Parameter wesentlich verschoben haben.

Ich danke auch dem Referenten, Herrn Professor Rotter, der darauf hingewiesen hat, daß die österreichische Neutralität auch einen wesentlichen völkerrechtlichen Aspekt aufweist. Und ich möchte die Vertreter aus dem Ausland daran erinnern, daß es gar nicht realistisch wäre, anzu-

Abgeordneter Dr. Severin Renoldner

nehmen, daß in Österreich eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für eine Beseitigung des Neutralitätsartikels aus der Bundesverfassung politisch zustande kommt.

Es ist deshalb davon auszugehen, daß die europäische Sicherheitsarchitektur als eine offene Architektur auf mehreren institutionellen Säulen zu sehen ist, selbstverständlich sind darunter auch militärische Elemente. An dieser europäischen Sicherheit wird Österreich insofern kooperativ mitwirken, als es unter folgenden Maximen seine Beiträge, ob das auf der Ebene der Europäischen Union oder anderer Institutionen ist, leisten wird.

Zunächst ist im österreichischen und im europäischen Sicherheitsinteresse eine strikte defensive Orientierung europäischer Sicherheitspolitik. Europäische Sicherheitsarchitektur darf sich nicht zum Out-of-area-Engagement bekennen. Vorrangig ist diese Verbindung mit defensiven Strategien auch im Hinblick auf das Ziel eines atomwaffenfreien Europas zu sehen, das im österreichischen, weil mitteleuropäischen, aber auch im gesamteuropäischen Interesse liegt.

Zweitens halten wir es für wesentlich, daß europäische Sicherheitspolitik auf dem Prinzip der Subsidiarität aufbaut, daß also nicht Sicherheitsinstrumentarien geschaffen werden, die sich einseitig aus der Verankerung in die NATO lösen, damit auch aus der Binnenorientierung, also aus Sicherheitsproblemlösungen innerhalb ihrer eigenen Mitglieder.

Wir halten es drittens für notwendig, daß eine Sicherheitsarchitektur Offenheit für Mitgliedschaften anderer aufweist, daß es sich insbesondere nicht um eine Sicherheitsarchitektur handelt, die einseitig westeuropäisch orientiert ist. Europäische Sicherheit muß in unserem Sinn auch gesamteuropäische Sicherheit bedeuten.

Schließlich treten wir dafür ein, daß verbindliche Mitgliedsbeiträge und Beiträge der teilnehmenden Staaten vorgesehen werden, die jedoch wahlweise im militärischen oder auch im nichtmilitärischen Engagement geleistet werden können. Wir sehen darin die wesentliche Stärke des österreichischen Engagements. Es ist hinzuweisen auf das große Peace-keeping-Engagement österreichischer Einheiten, aber auch auf in Österreich gegründete und initiierte Friedensdienste, auf Instrumente nichtmilitärischer Konfliktlösung, Konfliktbeobachtung, Konfliktbearbeitung. Den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers von heute morgen möchte ich sehr dankbar aufgreifen. Ich möchte auch auf Dienste verweisen, die Österreich im Zusammenhang mit UNO-Missionen und UNO-Konfliktlösung durch das Konfliktlösungszentrum in Stadtschlaining leistet.

Schließlich glaube ich, daß man, wenn schon eine NATO-Mitgliedschaft in den Raum gestellt wird – und damit komme ich schon zum Schluß –, eine wesentliche Funktion der NATO im Rahmen der europäischen Sicherheit erwähnen wird müssen. Die Hauptaufgabe der NATO wird es sein – so jedenfalls sieht das meine Fraktion –, die sicherheitspolitische Klammer mit Rußland zu garantieren. Nur wenn die NATO diese Aufgabe zu leisten imstande ist, hat sie eine zukunftsweisende Funktion im Rahmen der europäischen Sicherheit. Es versteht sich von selbst, daß Österreich in diesem Zusammenhang keinerlei Funktion hat. Deshalb bin ich auch sehr dankbar für die Bemerkung, daß es keinerlei Druck oder Interesse der NATO an einem österreichischen Beitritt gibt. – Danke schön.

11.16

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke. – Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Moser.

11.16

Abgeordneter Hans Helmut Moser (Liberales Forum): Frau Vorsitzende! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß es zu dieser heutigen parlamentarischen Enquête gekommen ist. Diese parlamentarische Enquête steht für mich am Beginn eines Diskussionsprozesses in Österreich, der aufgrund der strategischen Entwicklung in Ost und West, aufgrund der Entwicklung eines neuen strategischen Umfeldes für Österreich notwendig geworden ist, aber auch am Beginn eines Diskussionsprozesses, der am Vorabend der EU-Regierungskonferenz eingesetzt hat. Es geht jetzt darum, daß Österreich klar Position bezieht und auch entsprechende Unterlagen für die Verhandlungen der Bundesregierung, aber auch für das Parlament erarbeitet. Es ist daher notwendig, in dieser Frage einen breiten politischen Konsens

Abgeordneter Hans Helmut Moser

zu erzielen. Ich glaube, daß es im Interesse und im Sinne unseres Landes ist, wenn der Versuch in den Vordergrund gestellt wird, einen breiten politischen Konsens zu erzielen, aber nicht der Versuch, die sicherheitspolitische Diskussion zu einer Diskussion über Ulrichsberg-Mehrheiten zu degradieren.

Ich möchte nun einige Aspekte in die Diskussion einbringen.

Zunächst: Wir sind neuen Formen der Bedrohung ausgesetzt, und vor allem sehen wir eine andere Gewichtung dieser Bedrohungen. Es wird darauf ankommen, jetzt eine Antwort auf diese andere Gewichtung der Bedrohungen zu geben, und zwar in umfassender Form. Es ist hier schon der Begriff der umfassenden Sicherheitspolitik genannt worden. Es geht jetzt darum, eine breite Palette von Instrumentarien zu suchen und zu finden, die von der politisch-diplomatischen Seite über das Zivile bis hin zu militärischen Mitteln reichen. Es wird auch darauf ankommen, die Voraussetzungen für die politische Willensbildung zu suchen und zu finden, um diese breite Palette von Instrumentarien dann auch tatsächlich abgestuft einzusetzen. Die Entwicklungen auf dem Balkan zeigen, welche Entwicklung möglich ist, wenn es an diesem politischen Willen fehlt oder wenn plötzlich der politische Wille da ist.

So meine ich, daß die Europäische Union nicht umhin kommen wird, Verantwortung für die Sicherheit auf diesem Kontinent zu übernehmen. Verantwortung für die Sicherheit auf diesem Kontinent heißt nicht nur Verantwortung für die innere Sicherheit, sondern auch für die äußere, also für die militärische Sicherheit. Es wird daher von großer Bedeutung sein, daß diese Europäische Union auch, so wie es im Vertrag von Maastricht vorgesehen ist, eine Entwicklung hin zu einer politischen Union mit einer gemeinsamen Verteidigung nimmt. Ich sehe in dieser Entwicklung zu einer gemeinsamen Verteidigung nicht das Schaffen von neuen Trennlinien, sondern das Wahrnehmen der Verantwortung gegenüber 370 Millionen EU-Bürgern.

Es wird daher aus meiner Sicht darauf ankommen, daß bei der Regierungskonferenz 1996 nicht nur die Petersberg-Missionen der Westeuropäischen Union in den Vertragstext von Maastricht aufgenommen werden, sondern daß es auch in Zukunft eine gemeinsame, eine solidarische Beistandsverpflichtung aller EU-Länder gibt für den Fall einer Bedrohung, für den Fall eines Angriffes auf die einzelnen Mitgliedsländer.

Meine Damen und Herren! Gefragt aus meiner Sicht wird in Zukunft Solidarität sein, Solidarität, die im Vertrag von Maastricht definierten gemeinsamen politischen Ziele auch gemeinsam zu erreichen und diese zu bewahren. Und damit komme ich zu einem weiteren Aspekt, der auch schon angesprochen worden ist, nämlich zur Frage der Neutralität. Im Lichte der politischen Entwicklung der Europäischen Union und auf dem Kontinent muß man feststellen, daß die Neutralität als sicherheitspolitische Konzeption überholt ist und daß sie keine Antwort mehr geben kann auf Fragen der Herausforderung von heute, aber auch von morgen. Und ich glaube, daß es richtig wäre, nicht mehr in die Neutralität hineinzuinterpretieren, als sie beinhaltet, und die Neutralität nicht als sakrosankt anzusehen, sondern, wenn es notwendig ist, auch entsprechend weiterzuentwickeln und zu adaptieren. (*Vorsitzende Tichy-Schreder gibt das Glockenzeichen.*)

Ich komme zum Schluß: Ich sehe daher, daß Österreich eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Westeuropäischen Union zukommt, und meine, daß wir dort als Vollmitglied unsere Schwerpunkte, unsere Prioritäten in Zukunft setzen und sehen sollen. Die Europäische Union ist aufgefordert, mit Nachdruck eine Entwicklung auch in Richtung einer gemeinsamen Verteidigung voranzutreiben, mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und gemeinsamen Strukturen.

Ich schließe, Frau Vorsitzende, mit der Feststellung, daß ich hoffe und erwarte, daß wir die heute begonnene sicherheitspolitische Diskussion in Zukunft weiter führen werden.

11.23

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke.

Ich bin bemüht, zu schauen, daß die Zeit wirklich eingehalten wird. Ich bitte angesichts der vielen Wortmeldungen, sich an das vorgegebene Limit zu halten.

Herr Abgeordneter Gaal ist der nächste. – Bitte.

Abgeordneter Anton Gaal

11.23

Abgeordneter Anton Gaal (SPÖ): Frau Vorsitzende! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Europa braucht eine umfassende Sicherheitspolitik – das ist ganz klar –, aber sie darf nicht ausschließlich militärisch konzipiert werden. Wir wissen auch, daß die Anwendung militärischer Instrumente zur Krisenbeherrschung und Konfliktregulierung Feuerwehraktionen sind und bleiben. Nach dem heute Gehörten – und ich habe sehr aufmerksam zugehört – läßt sich keineswegs prognostizieren, ob die künftige Verteidigung Europas der WEU übertragen wird, ob sie die NATO übernehmen soll oder ob dies in einer völlig neuen Form geschehen soll.

Wenn wir von einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur sprechen, so erscheint es mir wichtig, zwei Faktoren herauszustreichen:

Erstens, daß der Maastrichter Vertrag, also der Vertrag der Europäischen Union, im Artikel J 4 vorsieht, daß, über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hinausgehend, auf längere Sicht auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik festgelegt gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.

Zweitens, daß diese gemeinsame EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik in ein System der gesamteuropäischen Sicherheit eingebettet sein muß. Es geht also um ein System, das die Zielsetzung hat, den Frieden und die Sicherheit aller europäischen Staaten zu bewahren, und alle Staaten dieses Kontinents mit einschließt.

Für jeden Sicherheitspolitiker steht ja außer Zweifel, daß ein reines Militärbündnis nicht in der Lage ist, Frieden und Stabilität zu sichern. Und hier kommt der heute wiederholt erwähnte umfassende Sicherheitsbegriff zum Tragen, der ja weit über den militärischen Bereich hinausgeht. Sicherheit und Stabilität können nur im Zusammenwirken aller Komponenten dauerhaft erreicht werden. Sowohl die NATO als auch die WEU sind als Militärbündnisse gar nicht dafür geeignet und vor allem auch nicht dafür vorgesehen, die präventiven Maßnahmen für eine umfassende Sicherheit zu leisten.

Zu den Voraussetzungen für das Gelingen eines europäischen Sicherheitswerkes gehören eine Basis gemeinsamer Grundwerte und Prinzipien sowie gegenseitige Verpflichtungen. Und der zentrale Beitrag der EU zu diesem Sicherheitswerk liegt darin, stabilisierend auf die europäische Gesamtarchitektur zu wirken. Um den Anspruch eines Stabilitätsankers erfüllen zu können, ist eine funktionstüchtige Konstruktion erforderlich, die sicherheitspolitische und damit auch militärische Leistungen erbringen kann. Auch bei den militärischen Leistungen, meine Damen und Herren, bedarf es einer Klarstellung, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Es geht hier einmal mehr um die Nutzung von militärischen Kapazitäten für die Bereiche der Konfliktverhütung, der friedenserhaltenden Operationen, des Katastrophenschutzes und der humanitären Einsätze. Diese militärischen Leistungen, die die operative Kapazität der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wirkungsvoll unterstützen können, sind jedoch nicht mit dem Fernziel einer gemeinsamen Verteidigungspolitik oder gar einer gemeinsamen Verteidigung zu verwechseln. Die EU wird im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein Konzept zu entwickeln haben, das auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff basiert. Bei einem solchen Sicherheitskonzept stellt sich vor allem die Frage, wer über militärische Interventionen außerhalb der Territorien der Mitgliedsländer in Zukunft entscheiden soll.

Es gibt für Österreich keine zwingenden sicherheitspolitischen Gründe, einem Militärbündnis wie der NATO und der WEU beizutreten, da ein solcher Beitritt im Hinblick auf die geringe militärische Bedrohung keine Erhöhung der Sicherheit bringt, sondern nur – so meine ich – zu einer Verwicklung in militärische Interventionen beider Bündnisse führen könnte. Eine enge Verzahnung von WEU und EU wäre nur sinnvoll, wenn die Aktivitäten der Westeuropäischen Union nur im Auftrag der EU innerhalb der EU oder der OSZE innerhalb Gesamteuropas erfolgen und sich auf Friedenserhaltung und humanitäre Operationen innerhalb der Territorien von EU und OSZE beschränken.

Abgeordneter Anton Gaal

Meine Damen und Herren! Ein NATO-Beitritt steht für Österreich nicht auf der Tagesordnung. Österreich sollte sich im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ strikt auf Peace-keeping, humanitäre Maßnahmen und Katastrophenhilfe sowie auf Maßnahmen zum Krisenmanagement beschränken.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion über die zukünftige Orientierung der WEU ist noch im Fluß. Welchen Stellenwert sie einnehmen wird, wird erst im Rahmen der Regierungskonferenz deutlich werden. Wir werden dort als gleichberechtigter Partner teilnehmen und unsere eigenen Vorstellungen von einer künftigen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbringen, und dies ist für uns alle eine ungemein wichtige Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewerkstelligen können.

11.28

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke vielmals. – Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Maitz.

11.28

Abgeordneter Dr. Karl Maitz (ÖVP): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute schon oft betont worden: Österreich hat aufgrund der bekannten geopolitischen Lage das allergrößte Interesse, an einer europäischen Sicherheitsstruktur als vollwertiges Mitglied und auch an kollektiven Verteidigungssystemen teilzunehmen, die in der Zwischenzeit weit mehr sind als militärische Bündnisse, Kollege Gaal.

Die OSZE – auch nach dem heutigen Vortrag ist das zu sagen – hat eindeutig äußerst wichtige friedenspolitische Aufgaben, ist politisch präventiv wirksam, hat aber im Krisenfall nicht die geringste Chance auf Effizienz, wie man sieht, wenn 53 Staaten einen einheitlichen Beschlüsse fassen müssen. WEU und NATO, Kollege Gaal, sind keine rein militärischen Bündnisse – das wurde heute deutlich und klar zum Ausdruck gebracht. Sie werden jeden Tag mehr zu einer friedenspolitischen Aktionsebene: Petersberg-Missionen, „Partnerschaft für den Frieden“. Sie richten sich nicht gegen jemanden, nicht gegen Staaten, nicht gegen andere Völker, sondern setzen sich **für** Sicherheit und Schutz der Mitgliedstaaten und darüber hinaus in vielen Kooperationen und Ebenen für den Weltfrieden ein.

Das heißt, für mich gilt – und ich rede vor allem vom verteidigungspolitischen Teil dieser Sicherheitsstruktur – dasselbe Kürzel wie bei der EU: Einsam oder gemeinsam – Vollmitgliedschaft oder allein bleiben. Man sieht es doch an den Mitgliedschaften: Zehn von fünfzehn Ländern sind WEU-Mitglieder, elf von fünfzehn Ländern sind NATO-Mitglieder. An diesen Fakten kann man ja nicht vorbereiten!

Also keine Vollmitgliedschaft heißt keine volle Mitbestimmung, heißt – und das ist ebenso wichtig – nicht die schonendste Form, was Personen- und Mitteleinsatz betrifft, sondern heißt mehr Geld, mehr Personen, wenn wir allein für unsere Sicherheit sorgen wollen. Volle Mitbestimmung gibt es nur bei einer Vollmitgliedschaft. Österreich hat zurzeit natürlich die größte Verantwortung, mit zu beraten und zu sehen, wie diese Entwicklung verläuft. Aber man darf auch vor der Tatsache der Überlappung der Mitgliedschaften in EU, WEU und NATO nicht die Augen verschließen.

Mit dem schonendsten Einsatz von Menschen und finanziellen Mitteln ist für die österreichische Bevölkerung – das ist der erste Auftrag – das größtmögliche Maß an Sicherheit zu erreichen, und das bedeutet selbstverständlich auch Durchsetzungsmacht. Sie kennen alle den Ausspruch des früheren Außenministers Mock: Macht ohne Demokratie ist Tyrannie. Demokratie ohne Macht – also ohne Durchsetzungsgewalt, wenn es als letzte Möglichkeit darauf ankommt – ist lächerlich. – Wir haben es in unserem Nachbarland Jugoslawien erlebt.

Daher kann man die Augen vor der Realität nicht verschließen und muß ein klares Ziel definieren. Unsere Sicherheit ist die Sicherheit der Europäischen Union, und wir sind bestrebt, gemeinsam mit der Europäischen Union über WEU und NATO alles, was wir als kleines Land tun können, für die gemeinsame Sicherheit und für den Frieden in der Welt zu tun.

11.32

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke vielmals, auch für die Kürze. – Jetzt darf ich Herrn Abgeordneten Stadler das Wort erteilen.

11.32

Abgeordneter Mag. Johann-Ewald Stadler (Freiheitliche): Meine Damen und Herren! Zunächst drei Fußnoten zum bisher Gesagten.

Erstens: Im Osten ist für uns nichts zerbrochen, wie gesagt wurde – man hörte den trauernden Unterton –, sondern im Osten ist ein System zusammengebrochen und gescheitert, das schlicht und einfach unbrauchbar war.

Fußnote Nummer zwei: Fragen, wie es mit der Sicherheit in Europa künftig weitergehen soll, sind nicht unter dem Aspekt zu diskutieren, ob es darum geht, einen Sieg auszukosten oder nicht, sondern hier ist lediglich darüber zu diskutieren, welche Bedrohungsbilder in Europa vorhanden sind, egal, wer wann worüber gesiegt hat, und welchen Bedrohungsbildern wie begegnet werden kann.

Daher gleich die dritte Fußnote in Richtung des elfenbeinernen Turms der Wissenschaft: Europa wird sicherlich nicht auf Österreich warten, bis die Welt am österreichischen Wesen genesen wird. Daher ist es unrealistisch, eine neue gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur in Österreich zu entwerfen und diese rein europäische Substruktur dann Europa überzustülpen. So wird es sicher nicht laufen.

Viel entscheidender ist die Frage, mit welcher Position die Bundesregierung zur Regierungskonferenz 1996 fährt. Hier ist festzuhalten, daß nicht Österreich – ich sage das in Richtung des Herrn Voigt; nicht daß hier ein falscher Eindruck entsteht – als Gesamtes gegen einen NATO-Beitritt ist, sondern zwei Parteien in diesem Lande dagegen sind, nämlich die SPÖ und die Grünen. Bei der Österreichischen Volkspartei hat sich diesbezüglich ein erfreulicher Wandel vollzogen.

Zweitens ist es schlichtweg unrealistisch, zu glauben, man brauche ein Konzept der Sicherheit lediglich im Hinblick auf ökologische Katastrophen, lediglich im Hinblick auf den Terrorismus, auf regionale militärische Konflikte zu diskutieren und dafür eine Unmenge von Beschlüssen und Kodizes zu fassen, genausowenig wie es im Staat unmöglich ist, lediglich ein Gesetzbuch zu haben, lediglich Schlichtungsstellen zu haben, aber keine Polizei, die dafür sorgt, daß dieses Gesetz auch eingehalten wird.

Daher werden wir nicht umhinkommen, auch die Frage – und das ist für Österreich eine entscheidende Frage – der Teilnahme an militärischen Bündnissen zu klären, und zwar etwas klarer, deutlicher und rascher, als das die SPÖ zu tun gewillt ist.

Ich bin Herrn Professor Neuhold dankbar für seine begriffliche Unterscheidung zwischen kollektiver Sicherheit als etwas nach innen Gerichtetem und kollektiver Selbstverteidigung als etwas nach außen Gerichtetem. Ich glaube, daß hier auch die Weiterentwicklung der Rolle und der Aufgaben von WEU und NATO liegen wird. Ich hörte das zumindest aus den Vorträgen der beiden Herren Antretter und Voigt heraus.

Letztlich bedeutet das aber, daß sich Österreich – vor dem Hintergrund dieser Aufgabenteilung und der Weiterentwicklung, die mir sehr vernünftig erscheint – nicht nur die Frage stellen muß, ob man WEU-Mitglied wird, wie das der Vizekanzler heute und auch in einer Anfragebeantwortung nicht mehr völlig ausschließt, sondern sich natürlich auch die Frage stellen muß, ob man als WEU-Mitglied auch NATO-Mitglied sein soll und muß. – Nicht nur vor dem Hintergrund der feststellbaren Tatsache, daß sämtliche WEU-Mitglieder auch NATO-Mitglieder sind, nicht nur vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung der WEU, sondern auch im Hinblick auf die neue Aufgabenstellung der WEU und die Aufgabenteilung zwischen WEU und NATO.

Daher ist in Wahrheit längst eine Debatte der stillschweigenden Umdeutung des Neutralitätsgesetzes im Gange. Daher braucht sich Kollege Anschober keine Gedanken darüber zu machen, ob dazu eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein wird. Die Umdeutung des Neutralitätsrechtes –

Abgeordneter Mag. Johann-Ewald Stadler

und das ist ja in den beiden Vorträgen der Professoren nachzulesen – ist in vollem Gange. Da wird auch die Regierung etwas deutlicher werden müssen in bezug auf diese beiden Fragen, als das in den Leitlinien zur Regierungskonferenz herauskommt.

Eines wird man Österreich von außen klarmachen, wenn Österreich diese Klärung nicht selbst herbeiführt: Die Rosinentheorie, daß sich Österreich die Rosinen herauspickt und dann darauf wartet, daß die Welt auch noch Beifall klatscht, wird es für Österreich nicht geben.

Völlig abstrus ist es, anzunehmen, daß am Ulrichsberg die neue NATO-Zentrale installiert wird, wie das der Vertreter der grünen Fraktion meinte. (*Abg. Schieder: Zu überaltert dafür!*) Eine NATO-Mitgliedschaft ist frei von ideologischen Brillen und frei von ideologischen Scheuklappen zu diskutieren. Daher bin ich froh darüber, daß die Österreichische Volkspartei hier einen Schwenk macht, denn noch am 10. Juli hat Vizekanzler Schüssel in der „Presse“ die Auffassung vertreten: „Schüssel: Kein Interesse an der NATO.“ Ich freue, heute von einem Vertreter der ÖVP zu hören, daß man weder die NATO-Mitgliedschaft noch die WEU-Mitgliedschaft ausschließt, sondern bereit ist, dieses Konzept in die Regierungskonferenz einzubringen. (*Vorsitzende Tichy-Schreder gibt das Glockenzeichen.*)

Frau Vorsitzende! Sämtliche Redner haben ihre Redezeit geringfügig überzogen, bis auf Herrn Kollegen Maitz. Ich komme schon zu meinem Schlußsatz.

Daher ersuche ich die Bundesregierung, diesen heute zutage getretenen Dissens rasch zu beenden, weil die Regierungskonferenz nicht warten wird, bis die österreichische Bundesregierung zu einer einheitlichen Linie in dieser außenpolitisch sehr bedeutsamen Frage gefunden hat.
11.38

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Experte der Grünen, Herr Dr. Unterseher. – Bitte sehr.

11.38

Dr. Lutz Unterseher: Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar skizzenhafte Bemerkungen zur Lage Österreichs und zu dessen sicherheitspolitischen Optionen machen.

Erstens: Österreich ist heute und auf absehbare Zeit militärisch nicht bedroht. Allenfalls sollte es sich auf undramatische Weise vor etwaigen Turbulenzen an seinen östlichen Grenzen schützen. So ist es in der glücklichen Lage, institutionelle Optionen europäischer Sicherheitspolitik gründlich prüfen zu können, um nicht am Ende auf dem falschen Bein hurra schreien zu müssen.

Zweitens: Ein NATO-Beitritt ist keine attraktive Option. Die NATO ist ein Militärbündnis, das sich zur Täuschung des Publikums gerne zivile Pappnasen aufsetzt. Ich denke hier an das urplötzliche und doch relativ putzige Engagement für den Umweltschutz. Die NATO befindet sich in einer tiefen Krise, die mit der Renationalisierung der Verteidigungspolitiken wichtiger Mitgliedsstaaten zusammenhängt. Mit dem sogenannten Befreiungsschlag in Bosnien ist diese Krise keineswegs dauerhaft überwunden. Mehr Nutzen in Sachen Solidarität verspricht man sich mancherorts dadurch, Rußland und seine Alliierten mittels einer selektiven NATO-Osterweiterung zu neuen alten Gegnern machen zu können. Das ist höchst fragwürdig.

Drittens: Auch die Militarisierung der WEU durch den hastigen Aufbau immer neuer Eingreifkontingente ist sehr problematisch, weil dadurch ebenfalls eine neue Teilung des alten Kontinents gefördert würde. Ihrem Programm nach kann die WEU allenfalls der bewaffnete Arm der Europäischen Union werden, aber nicht der eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Die in diesem Zusammenhang ventilirte Möglichkeit einer baldigen Ausdehnung der Europäischen Union auf den ganzen Kontinent scheidet wohl aus, da aus Überlebensinteresse der EU erst einmal Konsolidierung sehr dringlich auf der Tagesordnung stehen muß.

Im übrigen ist zu notieren, daß nur – ich unterstreiche das „Nur“ – zehn von fünfzehn EU-Mitgliedern auch gleichzeitig in der WEU voll aktiv sind. Sich in der WEU weise auf Beobachtung und

Dr. Lutz Unterseher

konstruktives Mitdiskutieren zu beschränken, scheint also die Partizipation in den Kernbereichen der Europäischen Union nicht ernsthaft zu tangieren oder zu beeinträchtigen. Dies ist wichtig.

Nun zu den Umrissen einer langfristig anzustrebenden Alternative. Ein zunächst kooperatives, tendenziell aber kollektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem sollte aus meiner Sicht im Rahmen der folgenden Leitlinien aufgebaut werden:

Erstens: Offenheit für alle Europäer und Staaten, die traditionell hier in Europa Sicherheitsinteressen haben – dies betrifft zum Beispiel auch die USA.

Zweitens: Wertekonsens in bezug auf die Menschenrechte, deren Verletzung notfalls durch Suspendierung des Mitgliedsstaates sanktioniert werden müßte.

Drittens: Liberalität in dem Sinne, daß keine Beitrittspflicht zum Sicherheitssystem besteht beziehungsweise eine militärische Partizipation nicht unbedingt zwingend ist.

Viertens: Im Gegensatz dazu: Beitragspflicht. Der Beitrag sollte durchaus sehr substantiell sein, aber man sollte, wie bereits angedeutet, die Wahl lassen, statt in militärisches Engagement überdurchschnittlich auch in zivile friedenserhaltende Maßnahmen investieren zu können.

Fünftens: Subsidiarität – diesen Begriff kennen Sie vielleicht aus der katholischen Soziallehre – als Ermutigung von Zusammenschlüssen in Teilregionen, um Realitätsnähe zu garantieren und zugleich auch die zentralen Einrichtungen des Systems zu entlasten.

Und – last, not least – sechstens: Gleiche Sicherheit als Garantie bestehender Grenzen gegenüber gewaltsamen, nicht transparenten und nicht demokratischen Veränderungen.

Ein solches System könnte durch einen forcierten Ausbau der OSZE beziehungsweise deren Differenzierung im Sinne Egon Bahrs in ein Konfliktpräventions-, Schlichtungs- und Vermittlungssystem einerseits und in ein Sanktionssystem andererseits entstehen. Auf jeden Fall würde es sich um ein regionales Subregime der Vereinten Nationen handeln, das einen eigenen, Ost- und Westeuropa integrierenden Sicherheitsrat sowie in seinem Teilsystem Sanktionen, militärische Mittel beschränkten Umfangs haben müßte. (*Vorsitzende Tichy-Schreder gibt das Glockenzeichen.*)

Die Glocke läutet, ich stelle daher meine Schlußfrage: Wie kommen wir von hier nach dort? – Durch Stabilisierung auf der nationalen Ebene – Stichworte dazu sind: Demokratisierung der Gesellschaften und Defensivstrukturierung nationaler Armeen – und, parallel dazu, durch konzeptionelle Arbeit, wobei die OSZE, aber auch die WEU als wesentliche Foren dienen könnten. – Vielen Dank.

11.44

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke vielmals. – Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schieder.

11.44

Abgeordneter Peter Schieder (SPÖ): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manche meiner Vorfahnen gehen bei ihren Analysen von Voraussetzungen aus, die ganz einfach nicht stimmen. Sie sprechen davon, daß wir in der WEU sein müßten, weil es eine Aufgabenteilung zwischen WEU und EU gäbe. Weit gefehlt! Es wird eine Aufgabenübertragung sein, wenn nicht sogar eine Beauftragung, jedoch keine Aufteilung zwischen zwei Organisationen.

Es ist nicht so, daß die drei Organisationen WEU, NATO und EU sich gemeinsam überlegen, wie die Sicherheitsstruktur ausschauen wird. Es ist vielmehr eine Konferenz der EU, die beraten wird, wie sich diese Strukturen für die EU darstellen, wie diese Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aussehen könnte. Die EU wird für diese Beratung andere Organisationen heranziehen, aber es ist nicht so, daß drei gleichberechtigte Partner eine Aufteilung besprechen.

Abgeordneter Peter Schieder

Es ist deshalb besonders paradox, daß man dort, wo die Entscheidung fällt, nämlich in der EU, deren Mitglied wir nun sind, eigentlich nicht über das bestehende Sicherheitssystem hinausgehen will. Innerhalb der EU, also dort, wo man Schwerpunkte setzen könnte, will man nicht über das Bestehende hinausgehen. Aber über die anderen Organisationen, deren Mitglied wir **nicht** sind, sagt man plötzlich: Dort müssen wir dabei sein, damit wir mitbestimmen und Schwerpunkte setzen können! Die Schwerpunkte für NATO und WEU im Auftrag der EU können wir in der EU selbst setzen!

Ich bin für eine pragmatische Vorgangsweise: Wir sollten Vorstellungen für das entwickeln, was wahrscheinlich ist, aber auch Vorstellungen dafür, was möglich ist. Wir sollten also Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn auf diesem Gebiet entwickeln.

Das heißt, daß wir erstens einmal überlegen müssen: Vielleicht kommt bei den Verhandlungen gar nichts heraus, oder es bleibt so, daß die GASP und alle diese Vorstellungen intergouvernemental weiter in Europa ablaufen und nicht vergemeinschaftet werden. Zuerst einmal müssen wir uns für diesen Fall das Konzept überlegen. – Wie können wir das System ausbauen, wie können wir es festigen? Welche Zusatzregeln können wir schaffen in den verschiedenen Bereichen? Wie können wir manche Nichtmitgliedsstaaten – vielleicht als Beobachter – in die GASP hineinnehmen? Et cetera.

Zweite Möglichkeit: Es entwickelt sich mehr und mehr tendenziell aus einem Zusammenwachsen WEU/NATO eine Aufgabenteilung, eine Veränderung dieser Organisationen. Dafür braucht man auch ein Konzept, und es ist für Österreich auch wert, darin mitzuarbeiten.

Drittens: Ich glaube, wir sollten auch Zielvorstellungen haben und in unseren Wünschen über das Wahrscheinliche hinausgehen dürfen. Wir sind ja in der EU, damit wir die Entwicklung auch mit beeinflussen. Daher bin ich schon dafür, daß wir eben an einem Modell arbeiten, ein Konzept anstreben, das **mehr** ist als ein intergouvernementales System oder ein Zusammenwachsen von Militärbündnissen. Es muß ja mehr geben für dieses Europa als bloß die Wandlungen des Systems der Militärbündnisse, und zwar ein System, das mehr ist als ein System kollektiver Sicherheit in der strengen Auslegung. Ein System, das ein Vertrag, eine Konstitution, ein Strafrecht innerhalb Europas ist, mit der Möglichkeit, diesen Vertrag auch einzuklagen, und mit der Verpflichtung, ihn einzuhalten, und zwar mit der Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten, zur Einhaltung beizutragen, eine Art Polizei zu sein in diesem System. Dieses System könnte auch die Funktionen des Kapitels 8 der UNO-Charta übernehmen. Es ist wert, zu überlegen, wie sich auch auf dem Gebiet der Sicherheit Europa und unser Leben weiterentwickeln könnten.

Deshalb sollten wir nicht bloß an einem Modell hängen. Zusammenwachsen von WEU und NATO beziehungsweise die Forderung, der WEU und der NATO beizutreten – das ist mir ein bißchen zuwenig kreativ, ein bißchen zuwenig phantasievoll. Wir müssen **mehr** wollen für dieses Europa! Nämlich ein System, das das überwindet und wirklich Frieden auf unserem Kontinent schafft! – Danke schön.

11.49

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke, Herr Abgeordneter. – Das waren exakt 5 Minuten – ein Kenner des Erfordernisses des internationalen Parlamentarismus, sich kurz zu halten.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Experte der Freiheitlichen, Herr DDr. Reiter.

11.49

Sektionschef DDr. Erich Reiter: Danke, Frau Vorsitzende. – Meine Damen und Herren! Es ist in dieser kurzen Zeit natürlich nicht möglich, ein geschlossenes System einer sicherheitspolitischen Konzeption zu erläutern. Ich kann deshalb nur auf einige Punkte eingehen.

Eine allgemeine Anmerkung möchte ich auch machen, die sich auf die bisherige Diskussion bezieht: Man muß bei einer sicherheitspolitischen Diskussion genau unterscheiden, ob es sich um Realpolitik oder um Ideologie handelt. Sehr vieles wird hier vermengt oder aus einer ideologischen Perspektive heraus vorgebracht. Lassen Sie mich das in einem Vergleich sagen: Nicht

Sektionschef DDr. Erich Reiter

nur die NATO ist, wie es behauptet wird, ein Produkt des kalten Krieges. Auch manche Denk- und Geisteshaltungen sind ganz extreme Produkte des kalten Krieges und scheinen noch nicht aufgeweicht zu sein von der neuen Entwicklung und noch nicht mit der Idee befruchtet, tatsächlich realistische Konzepte in der Zukunft sehen zu können. (*Staatssekretärin Mag. Ederer: Das ist jetzt keine Ideologie?*) Ich habe jetzt nicht genug Zeit, Frau Staatssekretärin, um eine Ideologiediskussion zu führen.

Ich möchte gerne ein paar Punkte der bisherigen Debatte noch etwas plastischer ansprechen. Ich bin voll und ganz auch der Meinung, daß man längerfristige Visionen und Vorstellungen haben soll, mehr als nur ein ganz konkretes Konzept. Aber längerfristige Visionen darüber, wie eine europäische Sicherheitsarchitektur aussehen könnte und was man da alles hineinbauen könnte, das teilweise wie der Wunschzettel an das Christkind klingt, darüber, was sein kann und was nicht sein kann, was natürlich mit Spekulationen befrachtet ist, das alles darf kurz- und mittelfristige konkrete politische Aktionen und Vorhaben wohl nicht ersetzen oder als überflüssig erscheinen lassen.

Sicherheitspolitik im realpolitischen Sinne soll dazu dienen, Gefahren und Gefahrenquellen zu beseitigen, und das ist heute natürlich nicht mehr nur im nationalstaatlichen Kontext zu sehen, sondern in einem gesamteuropäischen Konzept. Auch wenn Österreich derzeit gewisse aktuelle Bedrohungen nicht hat, so hat es auch meines Erachtens die Aufgabe, im gesamteuropäischen Kontext mitzudenken, welche Bedrohungen die gesamteuropäische Situation betreffen könnten, Bedrohungen, die aber auch auf Österreich Rückwirkungen haben.

Sicherheitspolitik soll dazu dienen, nicht nur die Angst vor Gefahren in der Gesellschaft zu reduzieren, sondern auch die Gefahren für die Gesellschaft und den Staat selbst.

Die Kernfrage ist also – und darauf spitzt es sich zu –: NATO-Beitritt – ja oder nein? Dies ist natürlich mit der Frage des Neutralitätsstatus verbunden. Wenn ich vor etlichen Jahren scherhaft geschrieben habe, Österreich werde mit Neutralitätsvorbehalt in die NATO gehen, so scheint mir das heute gar nicht mehr eine so unrealistische Überlegung für die österreichische sicherheitspolitische Debatte zu sein. An dieser Stelle muß man all jenen Wissenschaftlern, die für eine ehrliche, offene Diskussion plädieren, natürlich recht geben und sagen: Die Fragen gehören offen angesprochen.

Eines ist die NATO aber nicht gewesen: Sie selbst ist kein Produkt des kalten Krieges, ein Produkt des kalten Krieges sind aber die Probleme der NATO. Die NATO war ein Instrument des kalten Krieges im Rahmen des kalten Krieges zur Verhinderung des „heißen Krieges“.

Sie hat außerdem noch etwas anderes bewirkt – und hier möchte ich Herrn Professor Rotters Vorschlag widersprechen, wonach sich die NATO und andere Strukturen in die Geschichte abmelden hätten sollen –: Die NATO hat – im Zusammenhang mit der Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik ist das zu beachten – eine ganz wichtige Funktion in Europa erfüllt, und zwar die, daß es dank der NATO keine Rivalitäten der europäischen Mächte untereinander, daß es keine Hegemonialkämpfe und keine Rivalitäten der größeren europäischen Mächte gegeben hat. Mit dem Verschwinden der NATO könnten – gerade im Hinblick auf die neuen Entwicklungen in Osteuropa – Probleme dieser Art durchaus entstehen. Diesen friedenssichernden Wert der NATO darf man wirklich nicht unterschätzen.

Hinsichtlich des Verteidigungsbündnisses überrascht mich die Aussage des Herrn Unterseher, daß die NATO ein Militärbündnis sei, überhaupt nicht. Auf mich wirkt das nicht einmal provokativ. Ich glaube vielmehr, wir brauchen ein solches Militärbündnis!

Neue Trennungslinien in Europa – das ist eines der Stichworte, auf die ich abschließend eingehen möchte. Erstens einmal sind sie nicht neu, sondern es gab sie bereits. Die große Trennungslinie ist weggefallen, und es werden sich neue Linien entwickeln. Wenn diese neuen Trennungslinien, wie es gerne gesagt wird, allerdings solche sind, daß sie Stabilität von Instabilität trennen, einen Bereich der Stabilität von einem der Instabilität, dann muß man wohl aus Überlegungen der nationalen Sicherheitsvorsorge dafür plädieren, daß man zu dem Bereich der Stabilität gehört und nicht zum ungeordneten Bereich, zum offenen Bereich, wo sich erst

Sektionschef DDr. Erich Reiter

erweisen wird, wie die Zukunft aussieht. Deshalb plädiere ich dafür, daß es ein realpolitisches, von Ideologien freies, von Sachanalyse unterfaßtes Konzept einer österreichischen Sicherheitspolitik in Richtung eines NATO-Beitrittes mit einer offenen Neutralitätsdebatte geben soll! – Danke.

11.54

Vorsitzende Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder: Danke. – Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gusenbauer.

11.54

Abgeordneter Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ): Danke, Frau Vorsitzende. – Sehr geehrte Damen und Herren! Einige Anmerkungen zu der bis jetzt geführten Debatte: Die Wortmeldung des Herrn Sektionschefs Reiter gibt mir die Möglichkeit, gleich vorweg einige Punkte zu nennen, bei denen ich stärkeren Widerspruch anzumelden habe.

Punkt eins: Ich erachte es in der Tat nicht als den Kernpunkt der sicherheitspolitischen Debatte, die wir derzeit in Österreich führen, ob Österreich Mitglied der NATO werden soll oder nicht. Ich erachte diese Frage in der Tat als eine Verkürzung der gesamten Problematik. (*Abg. Schieder übernimmt den Vorsitz.*)

Zweiter Punkt: Sie erwähnen die Trennung von Stabilität und Instabilität. Was heißt denn das im konkreten? Heißt das, daß die Zonen der unterstellten Stabilität sich militärisch gegen die Zonen der unterstellten Instabilität absichern sollen? Ist dies das Neuaufleben der Idee der Festung Europas? Und was heißt das in bezug auf die Grenzziehung?

In dem Zusammenhang war ja auch die Wortmeldung des Kollegen Scheibner sehr interessant, der gemeint hat, Rußland könnte es sich aussuchen, ob es mit dem Westen kooperiere oder ob es zum Objekt der europäischen Verteidigung werde. Was heißt denn das? Heißt das, daß die Bedingungen vom Westen definiert werden und Rußland es sich aussuchen kann, ob es auf Basis dieser gegebenen Bedingungen bereit ist, zu kooperieren? Sind die Russen dazu bereit, ist es in Ordnung, sind sie nicht dazu bereit, bedeutet das halt eine Verschiebung des Eisernen Vorhangs um einige hundert Kilometer weiter nach Osten.

Ich glaube, daß das der exakt falsche Ansatz ist. Ich meine, daß in dem Zusammenhang die Überlegungen, die Henry Kissinger angestellt hat, weit sinnvoller sind. Kissinger hat gemeint: Wenn man eine europäische Sicherheitspolitik machen will, dann sind die legitimen Interessen Rußlands zu berücksichtigen. Die legitimen Interessen Rußlands liegen **nicht** in einem Expansionismus in Richtung Osteuropa, sondern richten sich in erster Linie darauf, die Autorität im Inneren herzustellen, und zweitens darauf, sich zur Wehr zu setzen gegen neue Hegemonialbestrebungen vor allem in den südlichen Randgebieten, gegen die Auseinandersetzungen im Grenzbereich zum Iran, zur Türkei und in den islamischen GUS-Staaten.

Dort liegen die wesentlichen Interessen Rußlands, und diese legitimen Interessen sind in die europäische Sicherheitspolitik miteinzubeziehen. Es soll nicht so getan werden, als ob man die russischen Interessen hier nicht berücksichtigen könnte, und man sollte nicht eine Konzeption entwickeln, die Rußland nur vor eine Ja- oder Nein-Wahl stellt. Ich meine auch, daß die Ausführungen von Premierminister Major und Bundeskanzler Kohl in Mallorca von einem realistischeren Verständnis dessen zeigen, was sich an europäischer Problematik darstellt, als manche der hier geäußerten Positionen.

Dritter Punkt: die sogenannte Rosinentheorie. Ich finde es wirklich bemerkenswert, daß Herr Stadler von der F-Bewegung hierherkommt und sagt: Die Rosinentheorie wird es für Österreich nicht geben. – Diejenigen unter uns, die bereits länger diesem Haus angehören, werden sich diese Bemerkung mit besonderem Genuß auf der Zunge zergehen haben lassen, denn es waren keine anderen als die Vertreter der F-Bewegung selbst, die im Zuge der Beitrittsdiskussion zur Europäischen Union immer wieder gefordert hatten, daß Österreich doch nicht beitreten, sondern sich sozusagen nur die Rosinen aus der Europäischen Union herausholen solle, um möglichst keine zu großen Beiträge zu leisten, und so weiter, und so fort. Sie, die Freiheitlichen, waren diejenigen, die für Österreich eine Rosinentheorie in bezug auf die Europäische

Abgeordneter Dr. Alfred Gusenbauer

Union gefordert haben, und nun sind Sie es, die sagen: Eine Rosinentheorie für Österreich kann es in der EU-Sicherheitspolitik nicht geben.

Ich bin im übrigen überhaupt gegen diese These, die da lautet: „Österreich als Trittbrettfahrer“. Wir sind, bitte, Mitglied der Europäischen Union geworden – durchaus auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen!

Wenn wir nun die Europäische Union nicht nur als wirtschaftliche Kooperation, sicherheitspolitische Kooperation, soziale Kooperation, ökologische Kooperation verstehen, dann muß doch auch einmal bewertet werden, was denn jeder einzelne dort einbringt. Und es dürfte kein großes Geheimnis sein, daß, gerade was ökonomische Leistungen anlangt, Österreich als Nettozahler innerhalb dieser Europäischen Union natürlich mehr einbringt als einzelne andere Staaten der Europäischen Union. Wenn man über eine gesamteuropäische Lastenverteilung spricht, muß doch auch in einem gewissen Ausmaß honoriert werden, daß Österreich sehr viel leistet, was auch bei der Abwägung gegenüber anderen Elementen der Europäischen Union durchaus ins Kalkül gezogen werden sollte.

Ich habe den Eindruck, daß bei der gesamten Diskussion über die künftige europäische Sicherheitsstruktur – vor allem was die Mitgliedschaft bei WEU und NATO betrifft – einigen hier im Haus „die Pferde durchgehen“ – weit schneller, als es die aktuelle Situation erfordert. Denn meine These lautet: Es wird wahrscheinlich zehn Jahre dauern, bis die Grundlinien eines europäischen Sicherheitssystems feststehen. – Danke.

11.59

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank. – Als nächster Redner ist Herr Dr. Schneider vom Liberalen Forum nominiert. – Bitte, Herr Professor.

11.59

Universitätsprofessor Dr. Heinrich Schneider (Universität Wien): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß zwei Vorbemerkungen machen: Erstens muß ich Dank und Referenz dem Liberalen Forum aussprechen für Liberalität und Toleranz. Ich bin ausdrücklich aufgefordert worden, meine Auffassungen ohne Rücksicht auf die Linie des Liberalen Klubs zu vertreten. Ich werde vielleicht auch von dieser Toleranz Gebrauch machen müssen.

Zweitens: Die Redezeitbeschränkung erfordert knappe Thesen, Begründungen müssen wegfallen. Ich verweise, was die Begründungen betrifft, insbesondere auf meinen Abschlußbeitrag, den zu schreiben ich die Ehre hatte, für das kürzlich erschienene OSZE-Jahrbuch und auf einen in Druck befindlichen Beitrag in der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden“; das ist das Organ des Hamburger Institutes für Friedens- und Sicherheitspolitik, also des Institutes, das von Graf Baudissin begründet und dann von Egon Bahr geleitet wurde.

Zur Sache. Eine Grundeinsicht steht wohl außer Zweifel: die Zugrundelegung eines umfassenden Sicherheitskonzepts. Vielleicht sogar ein territoriales Konzept, sodaß man sich nicht nur um die eigene Nachbarschaft kümmern muß, sondern es einen Zusammenhang zwischen der Sicherheit in verschiedenen Regionen Europas gibt, was Folgerungen zuläßt in bezug auf Solidarisierungsnötigungen.

Zweitens und vor allem: Nationale und internationale Sicherheit sind nicht nur und nicht einmal unbedingt primär militärisch bedroht; darüber ist sehr viel gesagt worden. Das ist nicht nur eine Sache der Diagnose, sondern auch eine Sache der Therapie. Es muß eine breite Klaviatur von Entschluß- und Handlungsmöglichkeiten geben. Je eher und wirksamer nichtmilitärische Instrumente, Mechanismen und Ressourcen eingesetzt werden, wenn Konflikte anfangen, sichtbar zu werden, desto größer ist die Chance, Gewaltanwendung zu vermeiden. Die Chance ist vielleicht auch dann größer, wenn man nicht nur mit negativen Sanktionen drohen muß, sondern wenn man auch durch den Einsatz positiver Sanktionen die Sicherheit fördern kann.

Das ist nicht neu, das ist seit 20 Jahren in Fachkreisen eine selbstverständliche Grundlage. Die KSZE hat da das Verdienst, diese Dinge bekanntgemacht zu haben. Das Rad muß also nicht neu erfunden werden.

Universitätsprofessor Dr. Heinrich Schneider

Es gibt auch schon Umsetzungen in die Praxis; ich verweise etwa nur auf den Stabilitätspakt, der nach langjährigen Arbeiten in diesem Frühjahr abgeschlossen wurde: der erste Versuch der EU, strukturell und institutionell ihr Gewicht zur Friedensförderung über die eigenen Grenzen hinaus einzubringen. Ich habe vor kurzem einen Beitrag eines Mitglieds dieses Hohen Hauses gelesen. Darin steht, daß die EU ihre Sicherheitspolitik rein militärisch anlegt. – Das Gegenteil ist richtig!

Allerdings: Das Instrumentarium muß in der Tat umfassend sein. Beispiel: Als vor einigen Jahren die Konfliktlage in Jugoslawien brisant wurde, fuhren die beiden Frère Jacques dorthin: Jacques Santer als Ratspräsident und Jacques Delors als Kommissionspräsident, und sie boten mehrere Milliarden Ecu an als Preis dafür, daß die Sache friedlich irgendwie geregelt werden könnte. Aber erstens war es dazu vielleicht ein Jahr zu spät, und zweitens haben sie ebenso klarmachen müssen: Wenn man in Belgrad und in anderen Ortschaften nicht darauf eingeht, dann ist die Reaktion darauf nur ein Achselzucken. Keine Chance bestand für die EG oder sonst jemanden, Druck auszuüben. Die Folgen sind bekannt und erschütternd: Der Weg vom Zureden über die Stationierung von Blauhelmen bis zum Kampfeinsatz von NATO-Kräften im Auftrag der UN ist eine bittere Angelegenheit.

Es gibt noch andere beunruhigende Entwicklungen, von denen ich den Eindruck habe, daß sie hier noch nicht erörtert worden sind: Österreich hat oft an friedenssichernden Operationen, an Blauhelmeinsätzen mitgewirkt. Nun aber ändert sich da etwas, und wir reden noch so, als wäre es so wie vor zehn Jahren: Es entwickeln sich Grauzonen im Übergangsfeld zwischen Krieg und Frieden: erstens zwischen einerseits unparteiische Kampfeinsätze ausschließenden Peace-keeping-Operations und andererseits quasipolizeilichen Peace-enforcing-Operations gegen Rechtsbrecher – man nennt das höflich „Peace keeping der zweiten Generation“ –, und zweitens zwischen quasipolizeilichen Peace-enforcement seitens der rechtsfreundlichen Staatengemeinschaft gegen Rechtsbrecher einerseits und militärischer Gewaltanwendung zwischen rechtlich ebenbürtigen Kriegsparteien andererseits; dafür gibt es Beispiele genug, vom zweiten Golfkrieg bis zu dem, was sich in Bosnien abspielt, wo diese Grauzonen in den Augen mancher eröffnet werden.

Doch da gibt es die Gefahr, in unsichere Dynamiken hineinzugeraten, aber es gibt auch – das möchte ich dem von meinem verehrten Freund und Kollegen Hans Peter Neuhold Gesagten ergänzend hinzufügen – Grauzonen begrifflicher Art. Es gibt heute schon OSZE-Teilnehmerstaaten, die ausdrücklich die NATO als kollektive Sicherheitsaktion betrachten.

Welche Möglichkeiten haben wir? – Es gibt zwei Szenarien: das Szenario der neuen europäischen kollektiven Sicherheitsorganisation freihändig, oder, aus der OSZE erwachsen, die Fortführung der Stabilisierungspolitik von der Europäischen Union aus.

Das erste Szenario hat sein Staatsbegräbnis in Budapest erhalten und sein zweites Begräbnis vor nicht einmal drei Wochen bei dem OSZE-Seminar über das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Außer der Russischen Föderation und zwei Staaten hat niemand für dieses Modell plädiert, und alle Experten, von Adam Rotfeld bis Gasteiger sagten: Keine Hierarchie, keine Superorganisation!

Es bleiben also wohl nur die Förderung der Solidarität und die Ausweitung des Stabilitätskerns übrig. Ich weiß, daß die Problematik der Nicht-Ausgrenzung Rußlands noch gelöst werden muß, so wie vieles andere. – Danke für die Geduld.

12.05

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke.

Herr Abgeordneter Brix, bitte.

12.05

Abgeordneter Otmar Brix (SPÖ): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt in diese Diskussion einen neuen Aspekt der Sicherheit einbringen, der ein sehr umfassender ist, und zwar den Aspekt der Sicherheit betreffend Umweltgefahren und vor allem auch ökologischer Katastrophen.

Abgeordneter Otmar Brix

Ich meine, daß wir, wenn wir diesem unserem Europa eine umfassende Sicherheit geben wollen, weniger Geld für militärisches Potential benötigen, sondern vielmehr sehr viel Geld für bessere Lebensformen des Menschen aufbringen müssen. Dieses Geld müßte vor allem vom reichen Europa, von den Staaten der Europäischen Union aufgebracht werden. Damit gilt es, die Situation in Osteuropa zu verbessern, um den Menschen dort bessere Lebensformen zu ermöglichen und damit ihre Aggressionen zu nehmen.

Für mich heißt Sicherheit geben, einen Lebensraum zu schaffen, in welchem man sich wohl fühlt, Menschen Arbeit zu geben, die ihnen Freude macht, und dafür zu sorgen, daß sie nicht das Gefühl haben, daß sie ausgebeutet werden, für die Kinder eine Umwelt zu schaffen, die auch für sie in der Zukunft eine Chance darstellt, und jene Gefahren – und diese sind für Europa besonders bedrohend – zu beseitigen, die durch osteuropäische Kernkraftwerke bestehen.

Wir müßten darangehen, durch gemeinsame Aktionen, durch einen gemeinsamen Kraftakt der wirtschaftlich starken Staaten Europas jene Geldmittel aufzubringen, die es möglich machen, daß diese besonders gefährlichen Kernkraftwerke umgebaut beziehungsweise umgerüstet oder teilweise gänzlich geschlossen werden.

Bundeskanzler Vranitzky hat einen diesbezüglichen Vorschlag gemacht, indem er sagte: Wenn es gelingt, die osteuropäischen Kernkraftwerke umzurüsten, dann werden wir Arbeit nicht nur für die Menschen in Osteuropa, sondern auch für die Menschen in der Europäischen Union schaffen.

Zum Beispiel: 42 osteuropäische Druckwasserreaktoren, die im Unterschied zu den 16 Tschernobyl-Reaktoren nachgerüstet werden können, würden Kosten in der Höhe von rund 98 Milliarden Schilling verursachen. Das ist zwar eine horrende Summe, aber ich meine, für die Sicherheit ist das notwendig.

In weiterer Folge werden wir bedroht von Reaktoren, die einen Standard aufweisen, der es gebietet, daß man sie umrüstet, die aber für manche Länder eine große Energiekapazität darstellen. Zum Beispiel decken Ungarn etwa die Hälfte, Tschechien ein Viertel und Bulgarien ein Drittel ihres Energiebedarfes aus Kernkraftwerken ab. Es stellt sich nun die Frage, wie es gelingen könnte, diese Kernkraftwerke umzurüsten. Gibt es dazu konkrete Zahlen, etwa: Die Umrüstung beziehungsweise der Neubau würde 1 400 Milliarden Schilling kosten – eine astronomische Zahl. Trotzdem muß es gelingen, diese Geldmittel aufzubringen. Ich meine, unsere Sicherheit sollte uns so viel wert sein.

12.08

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank. (*Zwischenruf des Abg. Scheibner.*) – Nein, es gibt keine Geschäftsordnung für Hearings. Es gibt aber eine Vereinbarung in der Präsidiale, die ich hiermit erfülle. Ich erteile Ihnen sehr gerne das Wort. Machen Sie es aber wirklich kurz. Ich streiche dem nächsten F-Redner dann diese Zeit weg.

12.09

Abgeordneter Herbert Scheibner (Freiheitliche): Ganz kurz: Mir wurde soeben mitgeteilt, daß die Rednerliste schon geschlossen ist. Das ist uns neu. Wir haben ja, glaube ich, zu Beginn der Veranstaltung gesagt, es soll jeder einmal zu Wort kommen. Erst bei den zweiten Wortmeldungen kann man dann darüber reden, ob man aus Gründen der Zeitökonomie Streichungen vornimmt.

Noch einmal: Es wurde uns nicht mitgeteilt, daß für die Erstwortmeldungen die Rednerliste bereits geschlossen ist. Ich würde Sie, Herr Vorsitzender, ersuchen, Redner, die noch nicht zu Wort gekommen sind, aber das Wort ergreifen wollen, in die Rednerliste aufzunehmen.

12.10

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Ich habe mich natürlich an die Vereinbarungen zu halten. Ich bin gerne bereit, die Rednerliste zu erweitern, höre aber um halb eins auf. Das ist

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder

dann jedoch weniger, als wenn wir schauen, daß alle, die noch auf der Rednerliste sind, drankommen.

Wir haben uns geeinigt, zwischen halb und dreiviertel eins zu schließen. Das bedeutet: zehn Minuten für den Herrn Minister, zehn Minuten für die Frau Staatssekretärin, das verkürzt die Dreiviertelstunde um zwanzig Minuten, dann ist es fünf vor halb. Das heißt, es kommen noch drei Redner dran.

Ich erweitere die Liste gerne auf dreißig Leute. Aber es kommen nur mehr drei Redner dran. Ich hielte es für fair – vielleicht können wir einen Konsens darüber erzielen –, alle, die auf der Rednerliste sind, noch zu Wort kommen zu lassen, alle, die sich vorher gemeldet haben. Das wären jetzt noch Vecera, Gudenus, Galtung, Kiermaier, Riess, Matzner, Malzacher, Jung. Dann hätte ich um die zwei Zusammenfassungen gebeten. (*Abg. Mag. Kammerlander: Ich möchte auch noch drankommen! Ich habe geglaubt, ich bin auf der Liste! Es tut mir leid!*)

Meine Damen und Herren! Wir müssen eine Lösung finden. Ich kann nicht den Wunsch erfüllen, daß wir um dreiviertel eins Schluß machen und alle noch zu Wort kommen. Ich würde folgende Lösung vorschlagen: Da von fast allen Fraktionen Redner auf der Liste sind, gehen wir so vor, daß jener, der noch auf die Liste will, denjenigen von seiner Fraktion verdrängt, der bereits jetzt draufsteht. Ich glaube, das ist am fairesten. (*Abg. Mag. Kammerlander: Das ist das Faireste gegenüber der Opposition?*) Frau Kollegin, wie wünschen Sie es, daß wir fertig werden und alle drankommen? Machen wir eine Minute für jeden? Dann ginge es sich auch aus. Zwei Minuten? (*Abg. Mag. Kammerlander: Machen wir jetzt weiter! Wir werden sehen, wie es sich ausgeht!*) Das geht sich nicht aus! (*Abg. Dr. Renoldner: Vielleicht kann man erheben, wer noch sprechen möchte!*)

Ich mache jetzt weiter; wir werden zwischen halb und dreiviertel eins aufhören.

Nächster Redner ist Herr DDr. Heinz Vecera, Direktor des Konfliktverhütungszentrums der OSZE.

12.12

DDr. Heinz Vecera (Konfliktverhütungszentrum, OSZE): Danke. – Das, was ich jetzt von mir gebe, hat nichts zu tun mit meiner Funktion bei der OSZE. Ich spreche hier als Österreicher, als engagierter Österreicher, als österreichischer Sicherheitspolitiker, mit 20 Jahren Erfahrung in diesem Bereich.

Ich hätte mir eigentlich erwartet, wenn wir schon Vertreter der WEU, von der Nordatlantischen Versammlung und von der OSZE da haben, die hier sehr wertvolle Statements abgegeben haben, mit tiefen Inhalten, wo einiges an Denkanstoßen herauszuholen gewesen wäre, daß dazu in dieser Versammlung etwas gesagt worden wäre. Darin hätte ich den Wert dieser Veranstaltung gesehen.

Es wäre vielleicht notwendig gewesen, eine kurze Reflexionsphase einzuschieben, damit all das verdaut wird. Das ist leider nicht geschehen. Ich wollte mich ursprünglich eigentlich mit meiner Wortmeldung zu Professor Neuhold noch konzeptiv äußern. Das ist mir jetzt ein Bedürfnis.

Was ich hier erlebt habe, ist leider wieder ein Herunterbeten festgefahrener, zementierter Standpunkte, eine Wiederholung von Dingen, wozu wir Experten und Vertreter internationaler Einrichtungen wirklich nicht hätten einladen müssen – außer ihnen vorzuführen, wo unsere Debatte derzeit gerade erst steht.

Lassen Sie mich noch kurz folgende Bemerkung machen: Erstens: Die Zukunft der europäischen Sicherheitsstrukturen wird sicherlich nicht im österreichischen Parlament entschieden werden. Da müssen wir eine realistische Sichtweise entwickeln: Was ist uns zu beeinflussen möglich? Und das sollen wir dann auch tun! Und was ist nicht möglich, was ist eine Utopie? Es sei jedem unbenommen, Utopien zu haben. Aber der Begriff „Utopie“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet „nirgendwo“. Wenn wir uns auf Utopien einlassen, landen wir sicherheitspolitisch im Nirgendwo.

DDr. Heinz Vecera

Also kein Wunschdenken, sondern realistisches Denken, festhalten: was geht, was geht nicht, und bitte mehr berücksichtigen, was tatsächlich außen läuft! Dazu hätte diese Enquête eine einmalige Gelegenheit geboten. Es wäre der Sinn dieser Veranstaltung gewesen, näher auf die Aussagen der Vertreter internationaler Institutionen einzugehen. Das ist aber nicht geschehen, und das tut mir leid. Ich kann nur hoffen, daß der Gorbatschow-Spruch nicht zutrifft: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! – Danke.

12.14

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank.

Nach Rücksprache mit der Parlamentsdirektion würde ein Kompromißvorschlag, der allen Wünschen Rechnung trägt, darin bestehen: Erstens: Wir ergänzen die Rednerliste noch um die zwei Wortmeldungen Scheibner und Kammerlander. (*Zwischenruf des Abg. Scheibner.*) Wollen Sie nicht reden? (*Abg. Scheibner: Brigadier Plasche!*) Also Brigadier Plasche und Frau Kammerlander.

Zweitens: Wir legen eine Redezeit von drei bis dreieinhalb Minuten fest. Dann überziehen wir zwar immer noch um eine Viertelstunde, aber das ist allen zumutbar. Ich glaube, wenn wir das so machen, dann kommen alle noch zum Zug. Einverstanden damit? (*Abg. Mag. Kammerlander: Ich möchte den Vorrang den Experten geben! Ich würde auf meine Wortmeldung verzichten!*) Es sind vor Ihnen noch zwei Experten auf der Rednerliste. (*Abg. Mag. Kammerlander: Auch für die anderen geladenen Experten!*) Die sind auch noch drauf!

Gut. Man kann zugunsten eines anderen verzichten. Ich glaube, das ist ein guter Ergänzungsvorschlag. Das findet so jetzt die Zustimmung. – Danke schön.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gudenus.

12.15

Abgeordneter Mag. John Gudenus (Freiheitliche): Herr Vorsitzender! Wir wissen, daß die Bundesregierung ums Budget ringt und daß im Schweiße ihres Angesichts vermutlich der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler die letzten Hunderttausender verteilen. Aber wir haben hier eine Sitzung anberaumt, in der beide Herren ihre Statements abgegeben haben und in der eigentlich das Gespräch oder zumindest der Gedankenaustausch auch mit ihnen notwendig gewesen wäre. Leider sind sie weggegangen. Das muß und darf man legitimerweise kritisch anführen, ohne als „Wadelbeißer“ apostrophiert zu werden. (*Abg. Schieder: Es war nicht vereinbart, daß sie dableiben!*)

Interessant ist für mich doch der Unterschied zwischen den Aussagen des Herrn Bundeskanzlers und jenen des Klubobmannes Kostelka: Der Herr Bundeskanzler sieht keine Bedrohung für Österreich, der Klubobmann hat vor geraumer Zeit nur Grenzkonflikte in der Zeitung „Die Presse“ erkannt, also doch die Bejahung einer Landesverteidigung; in welcher Größenordnung, das hat er dazu nicht gesagt.

Der Herr Bundeskanzler entwickelt ein ungeheuerliches Mitgefühl für Plankton, wie in der heutigen „Frankfurter Zeitung“ der französische Philosoph André Glucksmann schreibt, und kritisiert die französischen Atomversuche, um sich dabei einzuhandeln, daß er ein bißchen langatmig wäre – um nicht das andere Wort zu zitieren. Aber die Kritik an den chinesischen Atomversuchen blieben aus. Vielleicht haben die französischen Atomversuche eine Auswirkung auf und eine Einwirkung in die europäische Sicherheit. Die chinesischen sicherlich nicht. Diese wären zumindest auch hier kritisch anzumerken gewesen.

Vizekanzler Schüssel wankt zwischen einem Ja zur NATO und einem Nein zur NATO. Wenn man die Schlagzeilen in den Medien des letzten halben Jahres durchforstet, kommt man drauf: Einmal ist er für die NATO, einmal ist er gegen die NATO. Ich bin aus seinen hier gemachten Aussagen auch nicht klüger geworden, weil er ja auch für die Vertiefung der EU eintritt und zugleich eine Grätsche zur Erweiterung der EU vornimmt. Die Erweiterung ist sicherlich ein schönes Ziel, gleichzeitig mit der Vertiefung wird es allerdings nicht gehen. Er sagt erfreulicherweise unter dem Strich doch ja zur NATO.

Abgeordneter Mag. John Gudenus

Kollege Gusenbauer! Ihre Vorwürfe, daß wir uns die Rosinen herausgesucht hätten, stimmen wirklich nicht. Sie wollen sicherheitspolitisch Trittbrettfahren und Rosinen heraussuchen. Aber bei den Verhandlungen mit der EU haben wir uns bestenfalls Dörrzwetschken eingehandelt, aber sicherlich nicht Rosinen bekommen.

Es ist eben so, daß wir, wenn wir bei der NATO sein wollen, mitzählen müssen, wenn wir uns unter den Schirm eines Sicherheitssystems begeben wollen, wozu Professor Rotter meint, wir sollten als Österreicher etwas Eigenständiges entwickeln. Das hieße allerdings die Rolle Österreichs in der europäischen Politik zu überschätzen, wenn Österreich ein eigenes Sicherheitssystem entwickeln würde, welches Anklang und Zuspruch bei größeren und mächtigeren Ländern in Europa finden würde.

Es wäre Österreich aber auch überfordert, Herr Kollege Gusenbauer, wenn wir in der Sicherheitspolitik die russischen Interessen wahrzunehmen hätten. Die sollen die Russen selbst wahrnehmen, die sollen sich selbst artikulieren. Wir haben keine russischen Interessen – vermeintliche russische Interessen – wahrzunehmen; der Dreikaiserpakt liegt schon hundert Jahre hinter uns.

Aber meine Frage richtet sich an die drei Herren, die hier Gäste sind: In welcher Art und Weise werden die Interessen Russlands bei gewissen Gremien wahrgenommen: durch sie oder durch die Russen selbst?

12.19

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke schön.

Nächste Wortmeldung: Herr Johan Galtung, ein Experte, von den Grünen nominiert. – Bitte schön.

12.19

Universitätsprofessor Johan Galtung (Universität Witten-Herdecke): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Versammlung! Zuerst vielen Dank für die Einladung. – Ich möchte gerne die Konflikte der Europäischen Union besser verstehen und davon die Sicherheitsmaßnahmen ableiten.

Erstens: Es gibt einen Riesenkonflikt im allgemeinen mit der islamischen Welt. Dieser Konflikt ist eigentlich am 27. November 1095 eingeleitet worden, und zwar mit der Erklärung der Kreuzzüge. Am 27. November dieses Jahres ist das 900 Jahre her! Was könnte also eine bessere Gelegenheit sein für Österreich als diese, eine Einladung zum Dialog auszusprechen?

Das Gremium enthielt bestimmt nicht nur jene Organisationen, die dort vorhanden sind, sondern eine Mischung davon und die Conference of Islamic States. Dadurch könnte man eine ständige Konferenz haben und genau das tun, was Papst Johannes Paul II. am 12. Februar gesagt hat: „Die Kreuzzüge, das war nicht die Methode. Die Methode heißt Dialog.“

Dieser Dialog wird lange dauern, denn es ist kein rein religiöser Dialog, sondern einer mit militärischen Zügen. Eurocorps zum Beispiel hat Übungen in Südspanien abgehalten, und gerade Eurocorps, die wichtigste Institution in diesem Zusammenhang, ist leider hier nicht repräsentiert. Die Leopard-Panzer, die Deutschland jetzt nach Spanien schickt, werden leider nicht so deutlich sichtbar. Es gibt praktische, ökonomische und soziale Elemente, die wir alle mehr oder weniger kennen.

Was am 27. November 1094 im Clermont-Ferrand passierte, war eine Kriegserklärung. Es gibt nach wie vor keine Friedenserklärung. Es gibt auch relativ wenig Leute, die die Bedeutung dieses Tages kennen. Österreich hat eine wunderbare Rolle als Dialogführer während des kalten Krieges gespielt. Es könnte eine weitere große Rolle spielen.

Es gibt einen ganz besonderen Konflikt im Maghreb, der sich in zwei Konflikte spaltet, nämlich in einen spanischen Konflikt mit Marokko und in einen französischen Konflikt mit Algerien – ernste Konflikte bezüglich Ceuta, Melilla und teilweise auch Gibraltar. Was könnte besser sein, als

Universitätsprofessor Johan Galtung

diese drei Gebiete zur Friedenszone zu erklären, damit die Kolonialisierung dieser drei Gebiete aufzuheben und eine Internationalisierung zu erreichen?

Noch einmal: Besonders geeignet dafür wären die OSZE und ein islamisches Gremium unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Ich sage also noch einmal: Wenn man solche Probleme wirklich ernst nimmt, dann müssen beide Seiten daran arbeiten, nicht nur eine Seite.

Gegenüber Algerien hat die westliche Seite eine außerordentlich schlechte Rolle gespielt: Man hat nicht wirklich gegen die Aufhebung der demokratischen Wahlen protestiert. Diese fehlenden Proteste müßte man nachholen, man müßte sich für dieses Versäumnis entschuldigen. Es wäre außerdem wichtig, einen ständigen Dialog zu führen und tatsächlich Wahlen in diesem Gebiet durchzuführen. Dafür hat die OSZE gute Technologien, die zur Verfügung stehen – aber auch eine Entschuldigung gegenüber der islamischen Welt ist sehr, sehr wichtig.

Gegenüber der ottomanisch-türkischen islamischen Welt gibt es einen ganz klaren Kollisionskurs; das ist sehr, sehr ernst zu nehmen. Ich nehme an, eines der beiden Hauptaxiome der Europäischen Union ist, es dürfe kein islamischer Staat auf europäischem Boden entstehen, in Bosnien-Herzegowina zum Beispiel. Ich glaube, das müßte man diskutieren. Ich glaube nicht, daß die EU berechtigt ist zu sagen, es dürfe keinen islamischen Staat in Europa geben, sondern Kroaten und Serben müssen da eingebunden sein. Es ist eine Politik der Offenheit und des Dialoges zu betreiben.

Zuletzt zu den orthodoxen Slawen – das heißt besonders den Russen, aber auch den Weißrussen, der Hälfte der Ukraine, einen Teil Kasachstans, zum Teil auch Bulgarien. Eine Ausweitung der NATO in Richtung Osten wird als Bedrohung angesehen. Die Politik Rußlands ist ganz klar: Es ist eine Bündnismöglichkeit mit Indien, China, dem Iran und dem Irak zu bauen. Das liegt nicht im Interesse Europas. Das zuständige Gremium existiert bereits. Es wurde gesagt, es hätte keine Macht. Also geben wir dem Gremium – der OSZE – Macht! – Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

12.25

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kiermaier.

12.25

Abgeordneter Günter Kiermaier (SPÖ): Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuß! Da ich der letzte Redner meiner Fraktion bin, möchte ich die für uns wichtigen Punkte noch einmal kurz streifen. Für uns Sozialdemokraten ist der Begriff „europäische Sicherheitsstruktur“ ein umfassender, ein globaler Begriff. Wir denken dabei natürlich auch an die militärische Sicherheit, aber für uns geht der Sicherheitsbegriff noch wesentlich weiter. Für uns ist der militärische Aspekt nur ein Teilbereich, allerdings ein sehr wichtiger Teilbereich.

Ich kenne keinen Konfliktherd, der wirklich nachhaltig und wirksam mit militärischen Mitteln allein beseitigt werden konnte. Krisen muß man schon in der Entstehung bekämpfen, und als Feuerwehrmann meine ich damit den Schwellbrand und nicht den daraus entstehenden Großbrand oder Flächenbrand. Das heißt, man muß die brennbaren Materialien entfernen, bevor sie zu glimmen beginnen. Ich meine damit im übertragenen Sinn soziale Ungerechtigkeit, mangelnden Schutz von Minderheiten, ethnischen und religiösen Haß und dergleichen mehr. Dies kann ein kleiner Staat wie Österreich genauso machen wie ein großer Staat. Es gibt meiner Meinung nach in der heutigen Zeit viel gefährlichere Szenarien als Konflikte zwischen den Völkern.

Meine Damen und Herren! Gefahrenherde sind vielmehr das internationale Verbrechen, die Suchtgiftszene, die Drogenmafia, bis hin zu den Gefahren für die Umwelt. Die Gefahr eines zwischenstaatlichen Konfliktes, der vielleicht irgendwann einmal ausbrechen könnte, besteht aber natürlich schon. Wir sollten aber mehr versuchen, diese vorhin genannten Szenarien erfolgreich zu bekämpfen.

Abgeordneter Günter Kiermaier

Wir brauchen – um es mit den Worten unseres Bundeskanzlers zu sagen – den raschen Aufbau der Europol, eine gemeinsame Visa- und Asylpolitik der Europäischen Union und eine noch viel intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Gerichte europaweit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das erfordert auch ein intensives Zugehen auf die Staaten Zentral- und Osteuropas. Immer wieder kommen mir in diesem Zusammenhang die Worte Michail Gorbatschows in den Sinn. Er sprach vom „gemeinsamen Haus Europa“, das nicht einerseits feuchte Kellerwohnungen und andererseits Luxussuiten haben darf, sondern in dem die Chancen für alle Menschen gleich sein müssen. Herr Generalsekretär Dr. Höynck hat heute ganz richtig gesagt: Europa beginnt in Vancouver und reicht bis Wladiwostok.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, daß die GUS-Staaten nicht von heute auf morgen an den Standard westlicher Länder herangeführt werden können, aber man sollte sich doch vor Augen führen, daß auch sie einmal einen Silberstreif am Horizont erkennen können müssen, sie müssen das Gefühl haben, daß es auch bei ihnen aufwärtsgeht.

Es ist an der Zeit, die geistigen Stacheldrähte und die geistigen Minenfelder, die es nun einmal gibt und die die Reichen von den Armen trennen, zu beseitigen. Dazu ist es höchste Zeit, und ich glaube, daß in diesem Zusammenhang das Wort und das gute Beispiel wesentliche Waffen darstellen. Das Wort: Unser Kanzler hat sehr eindeutig erklärt, wie die Atomversuche zu bewerten sind. Und das gute Beispiel: Österreich hat nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Aufstand in Ungarn ein Beispiel dafür gegeben, wie man mit Flüchtlingen umgehen sollte.

Frieden wird oft mit Hilflosigkeit verwechselt. Frieden ist jedoch das Lebensziel wirklicher Kulturvölker. Frieden ist kein Privatbesitz, und im Gegensatz zur Menschlichkeit ist Frieden nicht unteilbar, er ist teilbar. Teilen wir ihn mit den Völkern Europas und mit den Völkern der Welt. – Danke schön.

12.29

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke.

Frau Bundesrätin Riess, bitte.

12.29

Bundesrätin Dr. Susanne Riess (Freiheitliche): Danke, Herr Vorsitzender. – Es ist heute schon viel gesagt worden, ich werde mich daher auf einige wenige Punkte konzentrieren.

Ich möchte bei den Ausführungen des Kollegen Gusenbauer anfangen, der im Hinblick auf den EU-Beitritt von der Rosinen-Theorie gesprochen hat. Es wundert mich immer ein bißchen bei Ihrer Argumentation und der Ihrer Parteikollegen, Herr Kollege Gusenbauer, daß gerade jene, die mit Feuereifer den Vertrag von Maastricht und den Beitrittsvertrag bedingungslos unterschrieben haben, jetzt im nachhinein nicht mehr wissen wollen, was drinnensteht. Sehen Sie sich Artikel J 4 über die GASP an: Im Vertrag von Maastricht ist ausdrücklich als Ziel der GASP die vorbehaltlose und solidarische Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgehalten. Ich würde Sie bitten, mir das Wort „vorbehaltlos“ in diesem Zusammenhang zu erklären. Wie Sie dieses „vorbehaltlos“ mit der Neutralität unter einen Hut bringen wollen, ist mir schleierhaft. Ich könnte Ihnen jetzt hunderte Zitate bringen von Leuten, die Ihnen alle bestätigen würden, daß das eben **nicht** vereinbar ist. Der WEU-Generalsekretär zum Beispiel: „Der Maastricht-Vertrag ist mit der Neutralität nicht vereinbar“. Im Gutachten-Avis der Brüsseler Kommission, die Sie sonst so verehren und deren Worte sonst ja immer für Sie verbindliche Wirkung haben, wird gesagt: „Es ist nicht möglich, Österreich von gewissen Vertragsverpflichtungen freizustellen. Diese Theorie ist nicht haltbar.“

Im Aide-mémoire vom Juni 1992 hat es geheißen: Österreich identifiziert sich vollinhaltlich mit den Zielsetzungen der GASP. (*Abg. Dr. Gusenbauer: Machen wir ja!*) – Das, was Sie heute gesagt haben, ist genau das Gegenteil davon.

Ein zweites, Herr Kollege Gusenbauer, hat mich bei Ihren Ausführungen und bei denen Ihrer Parteikollegen schon ein bißchen stutzig gemacht, nämlich die Theorie der Sieger und Verlierer.

Bundesrätin Dr. Susanne Riess

Sie denken noch immer in Kategorien, die wir eigentlich schon längst überwunden geglaubt haben. Herr Kollege Kostelka hat heute im Zusammenhang mit der NATO davon gesprochen, daß die NATO jenes Konzept sei, das sich angeblich die Sieger nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostens angeeignet hätten. Das ist ähnlich der Theorie, die Pittermann vertreten hat, der gesagt hat, die EWG sei ein Werkzeug des internationalen Kartellkapitalismus. – Und diese Theorie übertragen Sie jetzt, weil Sie die EU nicht mehr mit Ihrer Argumentation vereinbaren können, auf die NATO. (*Abg. Dr. Gusenbauer: Bei welcher Aktion der GASP haben wir Probleme gehabt?*)

Ich möchte auch noch an folgendes erinnern: Es war die Argumentation Ihrer Partei über Jahrzehnte, daß ein EG-Beitritt für Österreich deswegen nicht in Frage käme, weil die Teilnahme an einem allfälligen Handelsembargo mit der Neutralität nicht vereinbar sei. Heute erklären Sie uns, daß die GASP und die vorbehaltlose und solidarische Teilnahme an einer Sicherheitspolitik mit der Neutralität sehr wohl vereinbar seien, und Sie erklären, daß die Durchfahr- und Überflugsgenehmigungen für Waffentransporte in den Golfkrieg mit der Neutralität auch vereinbar gewesen wären. – Das ist doch total unlogisch!

Was mir auch völlig gefehlt hat in der heutigen Diskussion, besonders in der Argumentation jener, die besonders vehement gegen einen NATO-Betritt auftreten, ist die Antwort auf die Frage: Welche Alternativen haben wir denn? Herr Professor Rotter hat davon gesprochen, man müsse das Undenkbare denken. Das ist ein guter Ansatz, Herr Professor. Man muß aber auch daran denken, das Machbare zu machen. Alternativen gibt es eben sehr wenige. Es gibt ein kollektives Sicherheitssystem, für das es noch überhaupt keine konkreten Konzepte gibt. Auch im Leitlinienpapier der Regierung wird davon kein einziges Wort erwähnt. Die Frage der eigenen Verteidigung umschiffen Sie auch immer, wenn es darum geht, welche Kosten die Beibehaltung der Neutralität und die Nichtteilnahme an der NATO verursachen. Österreich liegt bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Landesverteidigung an letzter Stelle.

Nur als Vergleich – das ist schon der letzte Satz –: Schweden hat 8 000 S an Verteidigungsausgaben pro Kopf, Österreich 2 400 S. Sie werden uns nicht weismachen können, daß das ein Konzept für die Zukunft ist.

12.34

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke.

Nächste Wortmeldung: Herr Dr. Egon Matzner, als Experte von den Grünen nominiert. – Bitte.

12.34

Universitätsprofessor Dr. Egon Matzner (Universität Wien): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß bei den meisten der bisherigen Beiträge ein Schönwetter-, ein Heiter-bis-bewölkt-Szenario den Überlegungen zugrunde gelegen ist, und zwar eine vielleicht schwierige herbeizuführende, aber positive Entwicklung des Integrationsprozesses, die über Schwierigkeiten zu einem von einem einheitlichen Willen getragenen außenpolitischen und sicherheitspolitischen Konzept der EU führen wird.

Ich meine, wenn man sicherheitspolitische Überlegungen anstellt, darf man sich nicht nur auf Schönwetter- beziehungsweise Heiter-bis-bewölkt-Szenarien verlassen. Man muß auch Schlechtwetterszenarien untersuchen, das heißt, etwa das Szenario, daß der Integrationsprozeß stagniert oder es sogar zu einer Umkehrung kommt, nämlich zu Desintegrationserscheinungen. Mir liegt eine Studie zum Thema „Europa der Regionen und Österreich“ vor, in dem nicht nur die üblichen – also business as usual oder optimistische – Szenarien untersucht werden, sondern auch die Schlechtwetterszenarien, und zwar nicht von sicherheitspolitischen Gesichtspunkten – das war nicht unser Auftrag –, sondern von staatspolitischen und ökonomischen Gesichtspunkten aus. Es wäre wichtig, daß man ein solches Szenario auch von sicherheitspolitischen Gesichtspunkten aus exakt durchanalysiert. Vorläufig liegt die Vermutung auf der Hand, daß Stagnation oder Desintegration auch die Perspektiven der europäischen Sicherheitsstrukturen negativ beeinflussen werden. Das ist eine Vermutung, die ich nicht durch ein durchanalysiertes Szenario belegen kann.

Universitätsprofessor Dr. Egon Matzner

Wenn jedoch diese Vermutung Gültigkeit hat: Was folgt daraus für Österreich? – Ich bin der Auffassung, daß erstens Österreich auf einer eigenständigen militärischen Landesverteidigung bestehen soll. Ich betone das, obwohl ich von den Grünen als Experte eingeladen worden bin. Sie ersehen daraus, daß ich jene verteidigungspolitischen Vorstellungen beibehalten habe, die ich bereits seit langem vertrete. Ich bin auch der Auffassung – es ist mir ein Bedürfnis, das zu sagen –, daß die österreichische Landesverteidigung effektiver ist, als sie sich selbst darstellt und als sie in der Öffentlichkeit perzipiert wird.

Was die Mitwirkung in NATO oder WEU betrifft, bin ich – angesichts der unterschiedlichen bis negativen Entwicklungsmöglichkeiten – für ein Zuwarten. Man soll nicht zum Sprung ansetzen, wenn man noch nicht weiß, wo man landen wird.

Desintegrative Tendenzen sind meiner Ansicht nach ernstzunehmen und auch in Österreich zu diskutieren. Letzte Woche hat Helmut Schmidt seine Besorgnis über desintegrative Tendenzen zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, wir müssen darauf aufmerksam machen, und wir sollten alles unternehmen, ideell und durch Initiativen, durch die Organisation von Dialogen, damit Stagnation und Desintegration nicht wahr werden.

Ein letztes Wort: Da Schwierigkeiten, internationale Instabilitäten nicht auszuschließen sind, erinnere ich an ein Axiom der österreichischen Staatspolitik: Wenn es in Sicherheitsfragen keinen nationalen Konsens gibt, ist die Entwicklung des Staates gefährdet.

Ich bin besorgt über die Weite des Dissenses, der hier zutage getreten ist. – Danke.

12.38

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke schön. Nunmehr für das Bundesministerium für Landesverteidigung: Herr Dipl.-Ing. Malzacher. – Bitte.

12.39

Dipl.-Ing. Hans Michael Malzacher (Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf ergänzen, daß ich als Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft auf Einladung des Verteidigungsministeriums hier bin.

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Entschuldigen Sie, wenn der Fall so ist, dann kann ich Ihnen gar nicht das Wort geben. Die Offiziersgesellschaft ist hier nicht vertreten, die Ministerien hatten auch nicht irgendjemanden oder zumindest einen Experten einzuladen, sondern die Ministerien hatten Personen zu nominieren, die ihr Ministerium vertreten. Also ich möchte nicht hart erscheinen, aber wenn Sie nicht das Ministerium vertreten, muß ich sagen, darf ich Sie eigentlich nicht hier sprechen lassen.

Ich werde das mit dem Herrn Minister klären. Ist Herr Dipl.-Ing. Malzacher Vertreter des Ministeriums?

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend: Herr Dipl.-Ing. Malzacher ist der Präsident der Offiziersgesellschaft und hat einen Platz im Rahmen des Kontingents des Bundesministeriums für Landesverteidigung, weil wir der Ansicht sind, daß seine Meinungen beziehungsweise die Meinung seiner Gesellschaft auch einen Platz hier in diesem Forum haben sollte, unabhängig von der Partei.

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Nein! Ich bitte um Entschuldigung, Herr Bundesminister. Die Ministerien können mit ihren Plätzen nicht handeln, sondern die Ministerien haben vertreten zu werden. Und das ist ganz eindeutig: Für das Ministerium kann nur jemand da sein, der das Ministerium vertritt. Der Vertreter einer Partei muß ein Abgeordneter sein. Als Experten kann sich jeder nehmen, wen er will. Ein Vertreter einer Partei kann nur ein Abgeordneter sein. Kollege Gusenbauer kann nicht seinen Platz jemand anderem schenken, weil er glaubt, der solle da reden. Und das Ministerium muß jemanden aus seinem Bereich entsenden.

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder

Ich will Sie nicht aufhalten. Ich lasse den Kollegen Malzacher auch reden. Sie kommen jetzt zum Handkuß. Ich bitte Sie um Entschuldigung! Wir werden darüber nachher in Ruhe mit dem Herrn Minister reden.

Bitte, Sie haben das Wort.

Dipl.-Ing. Hans Michael Malzacher (fortsetzend): Ich danke für diese Klarstellung.

Ich möchte jetzt in einer natürlich etwas schwierigen Situation doch die Präambel vorbringen, die ich mir vorbereitet habe, ansonst wäre das schwierig. Ich danke, daß Sie mich in dieser speziellen Situation sprechen lassen und mich eingeladen haben. Nochmals: Ich bringe die Meinung – auf dem Boden des Verteidigungsministeriums, dankenswerterweise – zum Ausdruck, die mich als Präsidenten der Offiziersgesellschaft prägt, und dies in engster Affinität mit den anderen Soldatenbünden Österreichs, also etwa 450 000 Bürgern.

Ganz kurz – ich werde mich natürlich an die Zeitvorgabe halten – die wesentlichsten Positionen in diesem Zusammenhang: Mit den gesamteuropäischen Umbrüchen ab der zweiten Jahreshälfte 1989 hat die österreichische Neutralität ihre bisherige sicherheitspolitische Funktion für Europa und damit für unser Land verloren. Heute, fünf Jahre später, gibt es jedoch in Österreich noch immer keine breite sachliche politische Diskussion über die sicherheitspolitischen Vor- und Nachteile der Neutralität im neuen Europa.

Spätestens seit dem Zerfall der Sowjetunion hat Österreich zwei grundsätzliche sicherheitspolitische Optionen: erstens die Beibehaltung einer Position zwischen den machtpolitisch stabilen und instabilen Teilen Europas oder zweitens die volle Einbindung in die europäische Stabilitätszone.

Heute, vier Jahre später, muß festgestellt werden, daß die österreichische Bundesregierung die Frage einer möglichen vollen Beteiligung Österreichs am bestehenden westeuropäischen Sicherheitsverbund noch nicht offiziell andiskutiert hat. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß erst abgewartet werden muß, wie ein künftiges europäisches Sicherheitssystem beschaffen sein wird.

Ist wirklich so schwer erkennbar, was für alle Experten und für die gesamte Atlantische Staatengemeinschaft sowie die neuen Demokratien Europas klar auf der Hand liegt, nämlich daß ein europäisches Sicherheitssystem entweder vom weiteren solidarischen Zusammenwirken der Mitgliedstaaten von EU, WEU und NATO getragen werden oder nicht existent sein wird?

Wieweit ein solches System reichen und ob es Teil einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur sein wird oder nicht, hängt auch vom Beitrag Österreichs ab. Wir aber warten und beobachten, statt entschlossen zu agieren.

Als Präsident der ÖOG stelle ich daher fest: Teile der österreichischen Bundesregierung und des Nationalrates nehmen die ihnen zukommende sicherheitspolitische Verantwortung nicht ausreichend wahr. Sie verzögern beziehungsweise verhindern die mögliche rechtzeitige volle Einbindung Österreichs in die europäische Stabilitätszone. Sie laufen Gefahr, bestehende sicherheitspolitische Gestaltungsmöglichkeiten unseres Landes nicht rechtzeitig wahrzunehmen. Sie verzögern die Herausbildung eines europäischen Sicherheitssystems auf Basis funktionierender Bündnisse. Sie gefährden damit den politischen Stellenwert Österreichs in Europa und erhöhen letztlich die Wahrscheinlichkeit, daß die Sicherheit unseres Landes in einem künftigen Konflikt aufs Spiel gesetzt werden könnte.

Über die sicherheitspolitischen Interessen Österreichs in Europa wird auf politischer Ebene nicht sachlich genug diskutiert, geschweige denn, daß diese Interessen irgendwo umfassend definiert würden. Die österreichische Politik hat – mit wenigen Ausnahmen – die sicherheitspolitischen Zeichen der Zeit nicht hinreichend erkannt. Dadurch werden die Ergebnisse vor der Bevölkerung verschwiegen.

Dipl.-Ing. Hans Michael Malzacher

Ich ersuche daher die für die österreichische Sicherheitspolitik verantwortlichen Entscheidungsträger namens unserer Gruppe dringend, eine umfassende Diskussion über die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Chancen Österreichs in Europa zu beginnen und daraus eine Position Österreichs für die EU-Regierungskonferenz abzuleiten.

Was dabei den wehrpolitischen österreichischen Bezug betrifft, wird die Österreichische Offiziersgesellschaft in allererster Linie die Aufmerksamkeit auf ein Schließen der heute bestehenden Schere zwischen dem Inhalt des Auftrags an die Landesverteidigung und dessen Erfüllbarkeit richten. – Ich danke vielmals.

12.47

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Ich danke. – Als nächster Redner ist Herr Brigadier Wolfgang Jung als Experte vom freiheitlichen Klub nominiert. – Bitte.

12.47

Brigadier Wolfgang Jung (Maria-Theresien-Kaserne): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Eine europäische Sicherheitsstruktur ist zentral von der Entwicklung in Rußland abhängig. Um auf diese adäquat reagieren zu können, ist die Entwicklung einer entsprechenden Strategie notwendig. Eine solche Strategie muß jedoch auf dem Boden der Realität erfolgen und darf nicht Utopien und Wunschvorstellungen in sich beinhalten.

Ich darf gleich eingangs auf eine solche Wunschvorstellung eingehen: Wenn man bei uns in Österreich glaubt – ich kann es mir ja fast nicht vorstellen, daß das wirklich jemand ernsthaft meint –, wir beschließen im Rahmen der EU, und dann ist die NATO dran, die von uns zitiert wird, um zu vollziehen, dann muß ich sagen, da wackelt wohl wirklich der Schwanz mit dem Hund!

Zur russischen Außenpolitik, die diese Entwicklung zentral beeinflußt: Die russische Außenpolitik wird zurzeit im wesentlichen von der innenpolitischen Situation geprägt. Auf der einen Seite gibt es den großen Apparat der ehemaligen Nomenklatura, der tief gestürzt ist und nun versucht, wiederum in Positionen zurückzukommen, alte Positionen wiederum zu erkämpfen, auf der zweiten Seite steht der ungleich größere Teil der verarmten Bevölkerung, die ebenfalls mit der Entwicklung aufs höchste unzufrieden ist und sagt: Eigentlich war es früher besser als jetzt. Wir haben etwas weniger gehungert.

Es ist dies eine ausgesprochen gefährliche Entwicklung, und das wurde in Westeuropa auch erkannt. Man kann dieser Entwicklung aber leider nur sehr beschränkt mit wirtschaftlichen Maßnahmen entgegenwirken, denn so viel Geld aufzubringen, um die russische Bevölkerung mitzuernähren, würde ganz Westeuropa nicht schaffen, würde es auch politisch bei seinen Wählern nicht durchsetzen können.

Daher besteht die große Gefahr einer gefährlichen Entwicklung, auf die reagiert werden muß. Momentan ist Rußland – und da stimme ich den meisten Vorrednern zu – nicht in der Lage, in großem Maße einen militärischen Schlag zu führen. Dies kann sich jedoch in einem überschaubaren Zeitraum ändern, und daraus haben wir Folgerungen zu ziehen, nämlich festzustellen:

Abwehrbereite Streitkräfte sind nicht in wenigen Monaten oder auch nicht in einem oder zwei Jahren aufzubauen. Wir müssen uns eine entsprechende militärische Komponente bewahren beziehungsweise – so schlecht, wie sie jetzt ist – eigentlich erst richtig aufbauen. Das zum einen.

Zum zweiten: Wir brauchen den Schutz eines Bündnisses im Falle einer negativen Entwicklung, weil wir einen breiten Bereich dieses Spektrums gar nicht abdecken können; abgesehen davon, daß ein Bündnis auch noch andere Aufgaben hat als die reine militärische Verteidigung; das geht ja bis in die Sicherung der Rohstoffwege hinein und so weiter.

Die russische Außenpolitik ist derzeit darauf ausgerichtet, eher verzögernd zu wirken, um eine eigene Konsolidierung zu erreichen. Das heißt, man setzt auf allen Gebieten der Außenpolitik

Brigadier Wolfgang Jung

darauf, Zeit zu gewinnen. Es geht den Russen auch wesentlich darum, vorhandene Rechte oder scheinbar beziehungsweise aus russischer Sicht vorhandene Rechte herüberzutreten. Dazu gehört im wesentlichen die Möglichkeit von Einspruchsrechten.

Die Begriffe „nahes Ausland“, „Interessenzone“ beziehungsweise „Einflußzone“ – ein noch viel gefährlicheres Wort – sind durchaus wieder Vokabel der russischen Außenpolitik. Diesbezüglich bewegen wir uns in Richtung auf eine neue Breschnjew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der Nachbarstaaten Rußlands hin. Hier sieht man eine gefährliche, deutliche Kontinuität der Außenpolitik der Sowjetunion in jener des heutigen Rußlands. Ob sie von der gegenwärtigen Führung immer ganz freiwillig verfolgt wird, ist eine andere Sache. Sie ist aber ein Faktum, das wir zu berücksichtigen haben werden.

Ein weiterer Punkt und ein Thema der russischen Außenpolitik ist die Unterstützung der Entwicklung eines neutralen Gürtels von der Slowakei bis zu uns. Wer diese Entwicklung unterstützt, unterstützt die russische Außenpolitik.

Ich kann zusammenfassend nur sagen, was bereits einer unserer Vorredner gesagt hat: Kollektive Sicherheit kann nur im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigungsstruktur wirksam sein, und eine solche wirksame Verteidigung kann nur gemeinsam mit den Amerikanern, also im Rahmen der NATO erfolgen. Die Rosinen werden wir uns nicht herauspicken können, und die Beistellung von Militärmusik und Verkehrsreglern wird nicht genügen, damit man uns dort akzeptiert und mitreden läßt.

12.50

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke. – Herr Brigadier Wolfgang Plasche, nominiert als Experte vom freiheitlichen Klub. – Bitte.

12.50

Brigadier Wolfgang Plasche (Amtsgebäude Stiftgasse): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zur letzteäußerten Meinung, daß es noch nie einen Konflikt gegeben hat, der allein durch militärische Mittel gelöst worden ist, fällt mir nur ein vielleicht unwesentliches Beispiel ein, nämlich der Zweite Weltkrieg und die Entfernung Adolf Hitlers von diesem Kontinent.

Aber jetzt zum Thema. Ich möchte einige Punkte zusammenfassen und klarstellen: Die durch eine Anzahl österreichischer Politiker im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 der Europäischen Union getragene Deus-ex-machina-Hoffnung auf ein allumfassendes europäisches Sicherheitssystem, dem auch Österreich – eventuell sogar als neutraler Staat – beitreten könnte, ist unrealistisch. Es wird ein europäisches Sicherheitssystem aus den bereits bestehenden Institutionen OSZE, UN, Westeuropäische Union und NATO entwickelt. Das allerdings zu verbessernde Zusammenspiel – Interlocking, wie heute schon erwähnt, oder Mutual Reinforcing – dieser Institutionen stellt bereits das Endprodukt eines europäischen Sicherheitssystems dar.

Österreich allerdings kann nur als Vollmitglied in allen diesen Organisationen Weiterentwicklungen und Verbesserungen beeinflussen. Es entspräche auch durchaus den österreichischen integrationspolitischen Zielen, die Entwicklung eines solchen Sicherheitssystems aktiv mitgestalten zu wollen. Der Anspruch auf eine Mitgestaltung auch als aktiver Beobachter ist nach allen bisher gemachten Erfahrungen eindeutig illusionär.

Für den Zeitraum dieser Entwicklung – vermutlich auch für die Zeit danach – kann nur die Mitgliedschaft in einem System kollektiver Verteidigung Österreich effektive und nationale Sicherheit in bezug auf die militärischen Aspekte der Sicherheit garantieren. Ein Umweg über Vollmitgliedschaft in der WEU unter Umgehung der NATO ist eindeutig realitätsfern.

Dem Argument, die Sicherheit umfassend und nicht auf den militärischen Aspekt beschränkt zu sehen, ist Rechnung zu tragen. Es wird ihm Rechnung getragen, es ist aber gerade der militärische Aspekt, dem bisher nicht Rechnung getragen wurde. Die Aspekte der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit werden in der Ersten Säule der EU behandelt. Die Migrationsprobleme, die Drogenprobleme, die internationale Kriminalität werden in der Dritten Säule der

Brigadier Wolfgang Plasche

EU behandelt. Die Probleme der Krisenprävention, der Vorsorge werden in der OSZE behandelt. Die kollektive Sicherheit wird in den Vereinten Nationen behandelt. Bei all diesen Systemen, die wesentliche Aspekte einer umfassenden Sicherheit abdecken, ist Österreich bereits Mitglied und arbeitet vollberechtigt mit. Nicht abgedeckt ist jedoch der militärische Aspekt für Österreich, der nur durch den Beitritt zu einem System kollektiver Verteidigung lösbar ist, was allerdings im Unterschied zu allen anderen Systemen mit der Neutralität nicht mehr kompatibel ist.

Die österreichische Bevölkerung ist meiner Meinung nach allerdings wesentlich weniger begriffsstützig, als manche Politiker zu glauben scheinen. Das Erfordernis eines Beitrittes zu einem System kollektiver Verteidigung als völlig logische Konsequenz zum EU-Beitritt wäre ja auch unter der Voraussetzung einer Neutralitätsaufgabe behutsam, aber durchaus erfolgversprechend plausibel zu machen. Ohne jedes Lobbying, ja sogar bei derzeit konsequent betriebener Diskussionsverweigerung zu diesem Thema – wir haben es ja heute wieder gehört: NATO-Beitritt ist kein Thema; punktum – sind 40 Prozent der österreichischen Bevölkerung bereits heute für einen solchen.

Jetzt kommt noch die Kostenfrage. Diese ist relevant und muß gelöst werden. Aber da gilt es, mit einer grundsätzlichen Lebenslüge der Zweiten Republik, nämlich der, daß die Neutralität Österreichs während der letzten 40 Jahre Freiheit und Frieden erhalten hat, aufzuräumen. In Wirklichkeit war es nicht die Neutralität, sondern der Einsatz auch der kleinen NATO-Staaten, die unter großen Opfern – bis zu über 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an Verteidigungskosten – ein glaubwürdiges Abschreckungspotential aufgebaut und über 40 Jahre erfolgreich bis zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes aufrechterhalten haben.

Auf diesem Trittbrett mitfahrend hat sich Österreich in diesem Zeitraum Hunderte Milliarden Schilling erspart. In keinem Sicherheitssystem wird sich eine solche Haltung, auch wenn sie noch so sehr zur lieben Gewohnheit geworden ist, im Lichte von beabsichtigter Weiterführung der Integration und einer angestrebten europäischen Solidarität aufrechterhalten lassen. – Danke.

12.55

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Danke.

IV. Punkt: Zusammenfassung

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Es folgt die schwierige Aufgabe der Zusammenfassung. – Bitte als erster Herr Bundesminister.

12.55

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Für mich hat die Diskussion heute einiges offenbart. Sie hat für mich folgende Komponenten gehabt:

Zuerst einmal war es die Diskussion um die Notwendigkeit und die Zielsetzungen, dann war es die Diskussion um Begriffe, drittens die Frage von theoretischen Strukturen, viertens auch von politischen Modellen und fünftens die Frage der Konsequenzen für Österreich. Ich möchte auf diese aufgeworfenen Themenstellungen ganz kurz eingehen.

Was mich sehr freut, ist, daß die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik eigentlich von allen Debattenrednern außer Streit gestellt worden ist und daß selbst in der Frage der Zielsetzungen – wenn man versucht, es ein wenig zu ordnen und zu klassifizieren – eigentlich sehr einhellige Meinungen aufgetreten sind: im Sinne von Fortsetzung der friedlichen Konfliktlösung dort, wo sie bereits vorhanden ist, von Ausdehnung dieses Modells auf andere Länder und von – eine Frage, die immer wieder aufgeworfen wurde – Partnerschaft zu Rußland, die von allen oder fast allen Debattenrednern als etwas Spezifisches von der Größenordnung her betrachtet und angesprochen und eigentlich von der Tendenz her auch sehr gleichlautend behandelt wurde.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend

Zweitens: die Frage der Begriffe. Ich glaube, es ist bewußt geworden, wie notwendig es ist, klare Begriffsunterscheidungen zu treffen, und zwar nicht nur zwischen kooperativer und kollektiver Sicherheit, sondern auch etwa zwischen kollektiver Sicherheit und kollektiver Selbstverteidigung – so wie das Neuhold vorgeschlagen hat –, weil es auch notwendig ist, diese Begriffsunterscheidung zu treffen, um die Strukturen besser bewerten zu können.

Was die verschiedenen vorhandenen Strukturen zur Durchführung von Sicherheitspolitik betrifft, so konnte man durchaus Einigkeit darüber feststellen, daß es im wesentlichen sechs Organisationen sind: EU, WEU und NATO, UN, OSZE und der Europarat. Nicht von allen werden alle Organisationen gesehen, aber das ist zumindest im Diskussionsprozeß nicht in Streit gestellt worden.

Was für mich besonders erfreulich war, ist, daß auch von den Vertretern der einzelnen Organisationen jeweils die Bedeutung einer anderen Organisation hervorgehoben wurde, daß etwa aus dem Bereich der NATO auch die Bedeutung der OSZE, aus dem Bereich der WEU beide Richtungen oder auch der Europarat und die Bedeutung der UN et cetera angesprochen wurde.

Für mich sieht es zusätzlich noch so aus, daß man selbstverständlich darüber hinaus auch politische Modelle neu andiskutieren sollte. Sie werden wahrscheinlich immer nur ergänzenden Charakter haben, weil man es realpolitisch zu bewerten versucht, aber ich glaube, daß es wert ist, sich damit näher auseinanderzusetzen.

Wenn man jetzt zu einer konkreten Bewertung kommt – und ich tue das für mich –, dann muß ich davon ausgehen, daß es, was die effektive Begriffsklarheit betrifft, nach meiner Ansicht notwendig ist, daß es den umfassenden Sicherheitsbegriff gibt und daß er von allen verwendet wird – das, wogegen ich Bedenken habe, ist die Anwendung von Differenzierungen zwischen militärischer und nichtmilitärischer Sicherheitspolitik, insbesondere auch, um bestimmte Bereiche hinauszukippen. Es ist eine Realität, daß es heute Krieg in Europa gibt, und es ist eine harte Realität, daß darüber hinaus auch ein hohes Gefahrenpotential für weitere Krisenauslösungen vorhanden ist.

Wenn wir uns jetzt mit den theoretischen und praktischen Strukturen und Modellen auseinandersetzen, dann muß ich sagen, ist es für mich auch eine Realität, daß auf der einen Seite UN und OSZE wichtige Funktionen im Friedenprozeß haben und selbstverständlich auch der Europarat, allerdings, wie von den Organisationen selbst gesagt, in sehr begrenztem Umfang. Dort, wo es wirklich um das Beenden von Kriegen geht, wo es um den Schutz von Gemeinschaften geht, dort, wo es auch um präventive Maßnahmen im umfassenden Sinn geht, werden EU, WEU und NATO zweifellos im Vordergrund stehen. Ich kenne eigentlich auch auf der internationalen Ebene fast keine Experten, die diese Konstellation als Zentrum der europäischen Sicherheitsarchitektur nicht sehen.

Gleichzeitig muß man dazusagen, daß sie auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit haben, das verschränkt miteinander zu tun. Keine dieser Organisationen wird für sich allein imstande sein, wirklich Sicherheit in einem umfassenden Sinne zu gewährleisten.

Was die Konsequenzen für die Situation Österreichs betrifft, so möchte ich dazu folgendes sagen: Ich gehe üblicherweise davon aus, daß man bei einer Grobeinteilung unseres Kontinent in die Stabilitätszone Westeuropa, in die Zone der Instabilität Ost- und Ostmitteleuropa und in den Krisenherd Balkan teilen kann. Die Situation Österreichs ist dadurch gekennzeichnet, daß wir uns am Schnittpunkt dieser drei Zonen mit höchst unterschiedlicher Stabilität befinden und daß wir wahrscheinlich von allen Mitgliedern der EU das höchste Sicherheitsbedürfnis im Hinblick auf diese geographische Situation aufweisen.

Wir sind überdies gleichzeitig auch das einzige Land Westeuropas, das vier Nachbarn aus dem ehemals kommunistischen Bereich hat und daher von den dortigen Entwicklungen relativ am stärksten oder mit höchster Wahrscheinlichkeit betroffen ist, und haben, daraus resultierend, so gesehen auch eine besondere Verantwortung, die uns bei der Mitgestaltung der europäischen

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend

Sicherheitspolitik in Zukunft zukommt. Einer europäischen Sicherheitspolitik, die im Rahmen der Europäischen Union vornehmlich in Brüssel gestaltet wird. Dort sind wir bereits Vollmitglied.

Dort haben wir die Möglichkeit, auch voll mitzuwirken, ebenso wie im Bereich der UN, was wir ja in der Vergangenheit bereits wahrgenommen haben, im Bereich des Europarates und der OSZE. Dort, wo die Mitwirkungsmöglichkeiten beschränkt sind, nämlich im Bereich der WEU und der NATO, haben wir einen ersten Schritt hinein getan.

Wenn Sie die Frage stellen: Was spricht dafür, daß wir uns voll integrieren, und was spricht dagegen?, dann gibt es für mich eine ganze Reihe von Gründen, die dafür sprechen.

Erstens: Mehr Schutz für das eigene Land.

Zweitens: Eben gleichberechtigte und höhere Mitwirkungsmöglichkeiten bei der sicherheitspolitischen Gestaltung unseres eigenen Umfeldes und Europas.

Drittens: Eine geringere Wahrscheinlichkeit der Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik. Einer der größten Fortschritte hinsichtlich der europäischen Sicherheitspolitik ist, daß ein weiter Bereich, nämlich der gesamte westeuropäische Bereich, weitgehend aus der nationalen Sicherheitspolitik herausgenommen wurde.

Jeder zusätzliche Beitrag ist eben ein weiterer Beitrag dazu. Die Gefahr, daß es zu einer Nationalisierung kommen könnte, ist bereits angesprochen worden. Diese gilt es meiner Ansicht nach zu verhindern!

Viertens: Wir haben damit auch verbesserte direkte Möglichkeiten, die volle Integration ehemaliger Mitgliedsländer des Warschauer Paktes in die westliche Sicherheitsgemeinschaft zu forcieren. Wir müssen davon ausgehen, daß der gesamte Bereich zwischen Ostsee und dem Schwarzen Meer, der gesamte Bereich von Ost-Mitteleuropa eine einmalige historische Chance besitzt, und zwar in der Form, daß zum ersten Mal seit vielen Jahrhunderten eine reale Möglichkeit der Einwirkung einer hegemonialen Macht wahrscheinlich ausgeschlossen werden kann.

In Wirklichkeit gibt es nur drei Formen von Stabilität: nämlich Stabilität durch die Hegemonie eines oder mehrerer, ein Gleichgewicht von Kräften oder eben eine enge Zusammenarbeit im Sinne von Partnerschaft und Integration. In Wirklichkeit ist es meiner Ansicht nach nur die dritte Möglichkeit, die uns real zur Verfügung steht, daher müssen wir sie auch wahrnehmen. Uns muß eines bewußt sein: daß die Integrationschancen auch für Ungarn oder für die Slowakei und für andere Länder im Falle eines Beitritts von Österreich wesentlich größer sind.

Fünftens: Davon geht auch eine höhere Signalwirkung für die anderen Länder Ost- und Ost-Mitteleuropas aus. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, daß in fernerer Zukunft auch die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, die Ukraine, ja selbst, in weiterer Zukunft einmal, Rußland in irgendeiner Form näher heranrücken können beziehungsweise integriert werden, erhöht sich dadurch.

Sechstens ergibt sich daraus auch eine verbesserte Kosten-Nutzen-Relation.

Was steht dem entgegen? – Eigentlich nichts. Es wirkt auch nicht kostenerhöhend. Was dem tatsächlich entgegensteht, ist, daß wir zweifellos eine qualifizierte parlamentarische Mehrheit benötigen, um einen derartigen Prozeß in Gang zu setzen. Daher benötigen wir auch die politische Diskussion darüber, und deshalb schätze ich diese Veranstaltung auch in besonderem Maße.

Das, was wir heute bei der Diskussion beachten sollten, ist meiner Ansicht nach nicht so sehr die Frage, ob es zu einem europäischen Sicherheitssystem kommt und warum oder warum das nicht der Fall ist, daß wir uns also nicht hinsetzen und abwarten, sondern wir sollten mit dafür sorgen, daß es zu einem europäischen Sicherheitssystem kommt, das vordringlich auch unsere Sicherheitsinteressen in den Mittelpunkt stellt und bei dem wir mitbestimmen können, wie es aussehen soll. Realpolitisch sehe ich unsere nächsten Schritte insbesondere in der vollen

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend

Teilnahme Österreichs bei den beiden großen Sicherheitsgemeinschaften, nämlich auf der einen Seite der WEU beziehungsweise auf der anderen Seite auch im Bereich der Atlantischen Gemeinschaft.

Daß es ein Weg ist, der auch schwierig ist, der zweifellos auch viele Diskussionen und Ergänzungsmöglichkeiten zuläßt und notwendig macht, das möchte ich ebenfalls betonen. Das ist keine Einbahn, die uns mehr Sicherheit bringt, sondern sicherlich ein umfassender Prozeß, der realpolitisch alle Möglichkeiten ausschöpfen sollte und in dem darüber hinaus aber auch durchaus neue Ansätze in aller Form und aller Intensität diskutiert werden sollten.

13.05

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Herzlichen Dank, Herr Bundesminister.

Frau Staatssekretärin, bitte.

13.05

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer: Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf zwei Bemerkungen machen, bevor ich zu dem Versuch einer Zusammenfassung komme:

Zwei Bemerkungen des Herrn Experten Brigadier Plasche reizen mich direkt. Die erste: Er hat gemeint, daß ein Beispiel für eine erfolgreiche militärische Lösung der Zweiten Weltkrieg und die Befreiung dieses Kontinents vom Faschismus war. Ich persönlich halte das für einen Zynismus angesichts der Menschenopfer, die zu diesem Erfolg geführt haben. (*Abg. Mag. Stadler: Das hat Ihr Abgeordneter gesagt!*) – Ich komme jetzt gleich zu Ihnen, weil ich eine Bitte an Sie habe.

Zweitens: Er spricht vom „begriffsstützigen Politiker“. – Ich nehme an, Sie, die Abgeordneten der FPÖ, sind auch Politiker, und ich würde Sie bitten – nicht zuletzt, weil Herr Brigadier Plasche sicherlich auch junge Leute ausbildet –, daß Sie aufgrund seines Weltbildes etwas eingehender diese Frage mit ihm diskutieren, denn sonst könnte ich meinen, daß er mit „begriffsstützigen Politikern“ Sie meint, was Sie ja sicher auch nicht wollen. (*Abg. Mag. Stadler: Er hat nicht von begriffsstützigen Politikern, sondern von begriffsstützigen Bürgern gesprochen!*)

Ich bin angelobt auf die Republik Österreich. Ein wichtiger Baustein dieser Republik sind Parteien und Politiker. Ich halte es wirklich für schädlich, wenn jemand als Experte in diesem Haus von „begriffsstützigen Politikern“ spricht. (*Abg. Mag. Stadler: In diesem Forum sind Sie nicht als Zentralsekretärin!*)

Ich habe es aufgeschrieben. Er hat gesagt: „Und da gibt es manche begriffsstützige Politiker, die nicht so gescheit sind wie die Bürger, weil die sind schon viel weiter.“

Es gibt ja eine Mitschrift, die das jederzeit beweisen kann.

Nun zur Zusammenfassung dieser Diskussion: Erstens glaube ich, daß es in vielen Bereichen – auch wenn das überrascht – Übereinstimmung gibt. Es gibt Übereinstimmung darüber, daß es notwendig ist, eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur aufzubauen.

Zweitens gibt es Konsens darüber, daß eine Einbeziehung Rußlands ein ganz wesentlicher Sicherheitsaspekt ist, was heute viel zuwenig ausgeleuchtet worden ist. Aber auch international sind wirklich kaum Antworten vorhanden auf die Frage, in welchem institutionellen Rahmen diese Einbeziehung Rußlands stattfinden und wie man hier vorgehen sollte. Aber daß es diese Einbeziehung Rußlands geben sollte, darüber, glaube ich, besteht de facto Übereinstimmung.

Dritter Punkt, wo meiner Meinung nach Übereinstimmung besteht, ist jener, daß der Vertrag von Maastricht eine klare Vorgangsweise vorsieht. Man sollte zuerst zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen, die später möglicherweise eine gemeinsame Verteidigungs-politik umfassen sollte, die – als letzter Schritt – irgendwann auch zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte. Das ist der Inhalt des Vertrags von Maastricht. Ich meine – das ist jetzt wieder eine persönliche Bemerkung –, daß hier, aber auch in Teilen der Europäischen Union Nummer drei sehr stark diskutiert wird. Auch die Zusammensetzung der heutigen

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer

Experten et cetera weist ja auf einen Aufbau einer europäischen Verteidigung hin. Wir diskutieren viel weniger die Frage einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese ist ja nur in Ansätzen vorhanden. Das heißt, wir diskutieren Punkt drei, sollten aber eigentlich bei eins anfangen. – Ich denke nur daran, daß im ehemaligen Jugoslawien kaum eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorhanden war und daß auch beim französischen atomaren Alleingang im Südpazifik kaum eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorhanden war.

Ich möchte daher das noch unterstreichen, was Karsten Voigt gesagt hat: daß wir in der Regierungskonferenz 1996 wesentlich stärker gemeinsame Aktionsfelder der GASP suchen und definieren sollten. Drei Dinge liegen meiner Meinung nach auf der Hand: Erstens sollte ein umfassendes politisches Konzept für die politische Zukunft des Balkans ausgearbeitet werden. Das halte ich überhaupt für die entscheidende Frage der nächsten Monate, um nicht zu sagen Jahre, dieser Europäischen Union. Zweitens stellt sich die Frage der Osterweiterung der Europäischen Union und drittens der Partnerschaft mit den Mittelmeerländern.

Das sind meiner Meinung nach die wichtigsten Aktionsfelder für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der nächsten Jahre.

Vierter Bereich, wo nahezu Übereinstimmung herrscht, ist die Erkenntnis, daß Westeuropa und auch Österreich auf absehbare Zeit keinen unmittelbaren militärischen Bedrohungen ausgesetzt sind. Es besteht auch Konsens darüber, daß die neuen Herausforderungen einen umfassenden Sicherheitsbegriff benötigen. Da gibt es meiner Meinung nach auch die ersten sehr, sehr positiven Ansätze der Europäischen Union.

Im Bereich von Osteuropa sind das die von Karsten Voigt erwähnten Europa-Abkommen und die finanziellen und technischen Förderungen im Rahmen der PHARE-Programme sowie der strukturierte Dialog. Mit Rußland wurde das Kooperationsabkommen unterzeichnet und die finanzielle und technische Hilfe im Rahmen von TACIS beschlossen. Mit der Ukraine ist meiner Meinung nach der Europäischen Union ein ganz wichtiger Schritt gelungen, daß man finanzielle Hilfe gekoppelt hat an die Schließung des Kernkraftwerkes Tschernobyl bis 1999.

Ich halte das für einen ganz wichtigen Fortschritt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Im Bereich des Mittelmeerraumes ist ja nicht zuletzt völlig zu Recht sehr, sehr viel von der Mittelmeerkonferenz zu erwarten.

Die einzige Frage, über die meiner Meinung nach große Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, ist die: Wie bauen wir diese gemeinsame Sicherheitsstruktur auf? Da gehen wir alle von bestehenden Strukturen aus. Herr Vorsitzender Schieder war der einzige, der auf die Gestaltungsmöglichkeiten dieser Strukturen hingewiesen hat.

Wir kommen, je nach Weltanschauung – Herr Sektionschef Reiter kommt zum gleichen Ergebnis ohne Weltanschauung, sondern aus rein wertfreien Überlegungen zu dem NATO-Beitritt – zu verschiedenen Schlüssefolgerungen. Wir anderen kommen aus weltanschaulichen Überlegungen zu unterschiedlichen Ansichten, nämlich hinsichtlich der Frage, sollte man der NATO beitreten, sollte man der WEU beitreten, oder sollte man andere Strukturen vorziehen? Letztendlich geht es aber darum, daß wir alle sehr stark davon ausgehen, daß diese Strukturen so bleiben, wie sie sind. Das ist, glaube ich, ein Denkfehler, den wir hier in diesem Raum nicht machen sollten, sondern wir sollten bereit sein – das gilt auch für mich –, eine Entwicklung der NATO und der WEU zuzulassen – das gilt aber auch für die anderen, eine Entwicklung der OSZE beispielsweise zuzulassen –, aber zu definieren, wir sind nun Mitglied der EU und wir wollen an der Erarbeitung eines europäischen Sicherheitssystems mitwirken und nicht akzeptieren, daß bestehende Strukturen auf immer und ewig vorhanden sind.

Ich möchte hier noch einmal betonen, was Herr Abgeordneter Schieder gesagt hat: Es geht darum, politische Stellungnahmen in dieser Europäischen Union zu finden und diese politischen Stellungnahmen und Positionen dann letztendlich in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik oder in eine gemeinsame Verteidigungspolitik einzubringen.

Ich darf abschließend noch eine Bemerkung machen, die nicht die Zusammenfassung betrifft. Herr Abgeordneter Gudenus! Ich würde Sie bitten, nicht immer dieser Republik und unser Land schlechtzumachen, indem Sie meinen, wir sind „Trittbrettfahrer“. Wir sind sehr aktiv und für den

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer

Frieden tätig, etwa am Golan, in Zypern. Dort machen junge Soldaten Dienst im Sinne der internationalen Friedenserhaltung. Nennen Sie diese nicht immer „Trittbrettfahrer“. Das ist an sich eine Beleidigung für diese jungen Menschen und letztendlich auch für die Republik. (Abg. Mag. **Gudenus**: *Sie sind in einer schlechten Ausgangslage, darum versuchen Sie, mich zu beschuldigen!*) – Ich beschuldige Sie nicht, ich bitte Sie! Herr Abgeordneter, ich habe eine Bitte geäußert. Ich habe Sie nicht beschuldigt, das würde mir im Traum nie einfallen. Ich habe Sie um etwas gebeten.

Letztendlich möchte ich Sie bitten, sich folgende Probleme zu überlegen. Ich glaube, es gibt heute mehrere Bereiche und Situationen in Europa und im Mittelmeerraum, wo militärische Strukturen keine Lösung darstellen. Es gibt einen schwelenden Konflikt zwischen zwei NATO-Mitgliedsländern – Türkei und Griechenland – auf Zypern. Sehr geehrte Damen und Herren! Offensichtlich ist die NATO nicht in der Lage, hier wirklich Lösungen zu bringen.

Das zweite, das von dem Experten der Grünen sehr spannend angezogen worden ist, ist die Frage des aufkommenden Fundamentalismus in Teilen Nordafrikas. Das ist eine ganz wichtige Frage, mit der wir uns viel mehr auseinandersetzen müßten. Da geht es schon auch darum: Wenn ein aufkommender Fundamentalismus eine Bedrohung oder ein Sicherheitsrisiko beispielsweise für Frankreich ist, dann sehe ich nicht ganz die Möglichkeit einer militärischen Lösung dieses Konflikts, sondern das hat nun einmal, ob wir alle das wollen oder nicht, fast ausschließlich mit ökonomischen Problemen zu tun.

Es gilt, im Rahmen der Europäischen Union Maßnahmen zu setzen, diese ökonomischen Probleme zu lösen. – Danke.

13.16

Vorsitzender Abgeordneter Peter Schieder: Ich danke sehr herzlich.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir drei Anmerkungen zum Schluß.

Erstens: Wir brauchen keine Debatte darüber zu führen, wer was gesagt hat, denn wenn Sie jetzt zustimmen, dann gibt es ein Stenographisches Protokoll, und das wird allen Teilnehmern zugesandt. Dann kann man das dort feststellen. Wenn Sie zustimmen, dann machen wir es so wie bei anderen Enquêtes, daß dieses Stenographische Protokoll als Verhandlungsgegenstand gemäß § 98a Abs. 5 GOG dem Nationalrat vorgelegt wird.

Wenn sich von den Abgeordneten zum Nationalrat, die hier sind, kein Einwand erhebt, nehme ich an, daß das genehmigt ist. – **Kein Einwand.** Es wird daher so vorgegangen. Es gibt für alle Teilnehmer auch ein Stenographisches Protokoll.

Zweitens: Ich möchte mich sehr, sehr herzlich bedanken bei den Professoren in erster Linie, bei unseren Gästen von den europäischen Organisationen, insbesondere beim Kollegen Antretter, der auch so wie die beiden Herren Professoren bis zum Schluß geblieben ist und bleiben konnte. Ich danke sehr herzlich den fünf Personen, die eine für sie gar nicht leichte, aber in unserem Interesse sehr wichtige Aufgabe übernommen haben. Ich danke allen Teilnehmern der Enquête, vor allem jenen, die für Institute oder als Experten da waren, für die es nicht zur täglichen Aufgabe wie für Regierungsmitglieder oder Abgeordnete gehört, hier zu sein. Also herzlichen Dank all jenen, die sich dieser Aufgabe unterzogen haben. Danke schön allen, die mitgearbeitet haben, auch Presse und Rundfunk, die anwesend waren, und natürlich auch den Regierungsmitgliedern, Ihnen beiden für die Zusammenfassung, und Ihnen, meine Damen und Herren, für die disziplinierte Durchführung dieser wichtigen Beratung, die dadurch, daß sie als Verhandlungsgegenstand im Plenum eingeht, vielleicht auch in dieser Form fortgesetzt werden kann.

Ich danke sehr herzlich. Die Enquête ist **geschlossen**.

Schluß der Enquête: 13.18 Uhr